

ANTRÄGE
ZUM AUßERORDENTLICHEN
BUNDESPARTEITAG 2018

AM 22. APRIL 2018
IN WIESBADEN

Impressum:
SPD Parteivorstand
Abteilung I Mobilisierung
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Mitglieder der Antragskommission für den a.o. BPT am 22. April 2018 in Wiesbaden

Vom Parteivorstand benannte Mitglieder

Vorsitzender: Olaf Scholz

Stimmberechtigte Mitglieder

Katarina Barley
Malu Dreyer
Lars Klingbeil
Manuela Schwesig
Carsten Sieling
Johanna Uekermann
Sascha Vogt

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV Schleswig-Holstein	Ralf Stegner
LV Mecklenburg-Vorpommern	Frank Junge
LO Hamburg	Inka Damerau
LO Bremen	Karl Bronke
BZ Nord-Niedersachsen	Christina Jantz-Herrmann
BZ Weser-Ems	Roswita Mandel
BZ Hannover	Michael Rüter
BZ Braunschweig	Falko Mohrs
LV Sachsen-Anhalt	Susi Möbbeck
LV Brandenburg	Lars Wendland
LV Berlin	Ulrike Sommer
LV Nordrhein-Westfalen	Jochen Ott
BZ Hessen-Nord	Timon Gremmels
BZ Hessen-Süd	Dagmar Schmidt
LV Thüringen	Oleg Shevchenko
LV Sachsen	Daniela Kolbe
LV Saar	Ulrich Commerçon
LV Rheinland-Pfalz	Daniel Stich
LV Baden-Württemberg	Daniela Harsch
LV Bayern	Sebastian Roloff

Der Antragschluss für den außerordentlichen Bundesparteitag in Wiesbaden am 22. April 2018 war satzungsgemäß am 23. März 2018.

Über die Anträge hat die Antragskommission auf ihrer Sitzung am 13. April 2018 beraten. Nach § 19 des Organisationsstatuts besteht die Antragskommission aus je einer/m Delegierten der Bezirke bzw. Landesverbände (20) und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern.

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Inhaltsverzeichnis

	Seite/n
Leitantrag (IA1)	6 – 20
Arbeitsmarktpolitik (Ar1-Ar7)	21 – 26
Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik (A1-A2)	27 – 28
Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik (B1-B2)	29 – 30
Europapolitik (EU1)	31
Gesundheitspolitik (G1-G5)	32 – 43
Innen- und Rechtspolitik, Migration (I1-I11)	44 – 51
Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen (K1-K4)	52 – 58
Medien- und Kulturpolitik, Digitalpolitik (M1)	59 – 61
Organisationspolitik (O1-O40)	62 – 119
Sozialpolitik (S1-S4)	120 – 124
Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik (StW1-StW3)	125 – 126
Umwelt-, Energie- und Verbraucherschutzpolitik (U1-U3)	127 – 129
Verkehrspolitik (V1-V2)	130 – 131
Wahlvorschläge zum Parteivorsitz (gültige, nicht gültige Vorschläge)	132 – 133

Leitantrag (LA)**IA1***Parteivorstand***Eine neue Zeit braucht eine neue Politik**

5 Seit der Bundestagswahl 2017 haben wir uns auf den Weg gemacht, unsere Partei umfassend zu erneuern. Wir haben analysiert, diskutiert und mit dem Beschluss auf dem Parteitag im Dezember die Richtung für diesen Erneuerungsprozess gemeinsam entwickelt.

10 Mit den Diskussionen zum Mitgliedervotum und der klaren Entscheidung unserer Parteibasis für einen Eintritt in die Bundesregierung haben wir einen Weg für die kommenden Jahre eingeschlagen. Wir wollen gut regieren und zeigen, dass sich die Menschen auf gute Regierungsarbeit der SPD verlassen können -

15 und wir wollen, dass die SPD zu dem Ort in unserem Land wird, wo wichtige und spannende Zukunftsdebatten mit vielen Bürgerinnen und Bürgern stattfinden.

20 Unser Ziel ist klar: Wir wollen Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern und für unser Land machen.

I. Wo wir stehen und was zu tun ist

30 Wir sind Zeugen eines zunehmenden Auseinanderfallens unserer Gesellschaft. Unser gemeinsames Ziel ist es deshalb, eine Politik zu entwickeln, die die Mehrheit unserer Gesellschaft verbindet. Dabei geht es um Interessen und Sachthemen, aber auch um Werte und Emotionen.

35 Wir wollen zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die Ideen entwickeln, um unser Land in eine bessere Zukunft zu führen.

40 Wir wollen gleichzeitig mit einem erfolgreichen Erneuerungsprozess nachweisen, wie viel Kraft, Kreativität und Mut in der mitgliederstärksten Partei Deutschlands stecken.

45

Eine neue Zeit braucht eine neue Politik

Die Empfehlung der Antragskommission zum initiativen Leitantrag des Parteivorstands "Eine neue Zeit braucht eine neue Politik" wird nach Abschluss der Beratungen der Antragskommission veröffentlicht.

Der SPD-Parteivorstand wird in seiner Sitzung am Samstag, 21. April, abschließend über den Leitantrag "Eine neue Zeit braucht eine neue Politik" beraten.

Gute Regierungsarbeit

50 Das Fundament für die Rückgewinnung von
Vertrauen und Zutrauen ist eine gute
praktische Politik. In der Regierung haben wir
die Chance, jeden Tag zu beweisen, dass wir
ganz konkrete Verbesserungen erzielen, die
den Alltag der Menschen einfacher und besser
55 machen. Durch staatliche Investitionen, die in
ihrem direkten Lebensumfeld und in ihrer
Nachbarschaft spürbar sind. Durch Stärkung
ihrer Rechte. Durch die Verbesserung ihrer
sozialen Absicherung. Und durch den Mut, die
60 Veränderungen durch die Globalisierung und
Digitalisierung anzunehmen und mit den
Bürgerinnen und Bürgern zu ihren Gunsten zu
gestalten.

65 Es gibt ein Unbehagen an den Zuständen
unserer Zeit. Hier müssen wir die Ursachen
benennen und gute Antworten entwickeln.

70 Viele haben Lust auf Veränderung, aber für
viele bedeutet sie Verlust. Verlust von
Bekanntem, von Identität und Sicherheit.

75 Veränderung ist grundsätzlich weder gut noch
schlecht - aber wir sind überzeugt, dass
Veränderung politisch so gestaltet werden
kann, dass alle mitgehen können. Gerade in
diesen Zeiten wollen wir nachweisen, dass es
gelingen kann, Globalisierung und
80 Digitalisierung zum Wohle der Bevölkerung zu
gestalten.

Die #SPDErneuern

85 Aufbauend auf einer umfassenden
Aufarbeitung des letzten Wahlergebnisses
werden wir die inhaltliche, organisatorische
und kulturelle Erneuerung der SPD
vorantreiben.

90 Das Herzstück dieses Prozesses ist die
programmatische Erneuerung unserer Partei.
Sie steht im Mittelpunkt von #SPDErneuern
und soll bis 2020 Antworten auf die großen
Fragen unserer Zeit liefern, die klar und
verständlich sind und eine eindeutige
95 sozialdemokratische Handschrift tragen.

Wir wollen einen spannenden Wettstreit über
Zukunftsideen führen. Wir wollen inhaltliche
Konflikte offen austragen und am Ende
eindeutig entscheiden.

100

Gleichzeitig werden wir den Programmprozess nutzen, um die organisatorische und kulturelle Erneuerung unserer Partei voran zu treiben.

105

II. Die programmatische Erneuerung

110

Was meinen wir, wenn wir von neuen Zeiten sprechen? Die Digitalisierung und die Globalisierung verändern die Art wie wir leben, arbeiten und produzieren radikal. Smarte Technologien ermöglichen enorme Effizienzgewinne. Automatisierung und Robotisierung haben zunehmenden Einfluss auf den Arbeitsalltag vieler Menschen. Künstliche Intelligenz und Verbesserungen bei der Sensorik sind Treiber dieser Entwicklung.

115

120

Die Welt rückt wirtschaftlich und kulturell enger zusammen. Während die einen die Entwicklungen als Chance sehen und gerne flexibler, vernetzter und internationaler tätig sein wollen, fühlen sich andere von den rasanten Veränderungen bedroht. Der wirtschaftliche Erfolg geht an ihnen vorbei. Die Instrumente des Nationalstaats alleine reichen nicht mehr aus, um die notwendigen Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum und Stabilität zu schaffen.

125

130

Der Klimawandel zwingt uns, unsere Produktion und unseren Konsum nachhaltig zu verändern. Die demografische Zusammensetzung unserer Gesellschaft verändert sich. Wir erleben eine Pluralisierung der Lebensstile und den Wunsch vieler Paare und Familien, Gleichstellung und Gleichberechtigung auch im Alltag praktizieren zu können.

135

140

Regionale Konflikte nehmen zu. In einigen Teilen der Welt erleben wir einen bedrohlichen Zerfall von Staatlichkeit. In anderen Teilen der Welt gewinnen autokratische Regierungsformen an Bedeutung. Regeln des freien und fairen Welthandels werden in Frage gestellt. Wir erleben den Versuch von Staaten, gezielt unsere demokratische Grundordnung und unsere Wettbewerbsregeln zu untergraben.

145

150

155 Die beschriebenen Entwicklungen haben Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger und verstärken zum Teil Entwicklungen, die den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft bedrohen.

160 Die regionalen Unterschiede auch in unserem Land nehmen zu. Während der Zugang zu Bildung eine immer wichtigere Voraussetzung für soziale Teilhabe wird, nimmt der Einfluss des Elternhauses und der sozialen Herkunft auf die Bildungschancen der Kinder eher zu als ab.

170 Nach Jahrzehnten des Friedens und Wohlstandsgewinns verfügt ein Teil der Bevölkerung über beachtliches Vermögen, welches an die nachfolgenden Generationen weitergegeben wird, während ein anderer Teil der Bevölkerung keine Aussicht auf Vermögensbildung hat und noch nicht einmal an der guten Lohnentwicklung der letzten Jahre teilhaben konnte. Die Regeln unseres 175 über Jahrzehnte gewachsenen Sozialstaats gehen zum Teil an der Lebensrealität und dem Bedarf an sozialer Sicherung vieler Menschen vorbei.

180 Nicht alle dieser Entwicklungen sind neu. Schon einmal in der jüngeren Zeit haben die sozialdemokratischen Parteien Europas versucht, eine politische Antwort auf die großen Umbrüche unserer Zeit zu formulieren. Dieser Ansatz, im Umfeld einer stark durch den Neoliberalismus geprägten Debatte, setzte in hohem Maße auf die Befähigung der Bürgerinnen und Bürger, mit den großen Veränderungen unserer Zeit mitzuhalten – mit gleichen Startchancen, der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und dem Ziel, immer wieder über 195 Qualifizierung und Förderung einen Weg in Beschäftigung zu eröffnen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass dieser Ansatz nicht ausreicht, um die Kräfte, die unsere Wirtschaft und Gesellschaft verändern, in die richtige Richtung zu lenken.

200 Die Finanzkrise hat gezeigt, dass der Staat der Wirtschaft klare Regeln setzen und die Einhaltung dieser Regeln überwachen muss. 205 Ohne staatliche Investitionen und die

210 richtigen regulatorischen Rahmenbedingungen sind Großprojekte wie die Energiewende oder die Veränderung des Mobilitätssektors nicht leistbar. Der Strukturwandel hat starke Auswirkungen auf die kollektive Interessensvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder den Verbreitungsgrad von Tarifverträgen, mit entsprechenden Folgen für die Entwicklung der Arbeitsbedingungen und der Löhne insbesondere im Dienstleistungssektor und in Ostdeutschland.

220 Um Kindern bestmögliche Startchancen ins Leben geben zu können, sind Investitionen in unser Bildungssystem notwendig, aber allein noch längst nicht ausreichend. Die Stabilisierung des sozialen Umfelds und der finanziellen Situation von einkommensschwachen Familien ist ebenso wichtig. Neuer Aufgaben wie der Steuerung von Migration und Integration müssen wir uns mit unserer ganzen Kraft annehmen.

230 Wir spüren, dass unsere bisherigen Antworten noch nicht ausreichen, um diese Entwicklungen so zu gestalten, wie es die Bürgerinnen und Bürger von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erwarten.

240 In den letzten Jahren war sozialdemokratische Regierungspolitik im Bund davon geprägt, viele gute Maßnahmen durch- und umzusetzen, die das Leben der Menschen besser machen. Maßnahmen wie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sind bereits Teil der Antwort auf die beschriebenen Veränderungen. Auch der aktuelle Koalitionsvertrag enthält eine Fülle von Maßnahmen, um auf die beschriebenen Herausforderungen reagieren zu können. Wir sind uns aber auch der Grenzen des Koalitionsvertrags bewusst.

250 Zum einen, weil in einigen Bereichen andere politischen Mehrheiten notwendig sind, um eine bessere Politik durchsetzen können, zum Beispiel in der Steuerpolitik, der Gesundheitspolitik oder wenn es darum geht, die Arbeitnehmerrechte umfassend zu stärken oder Tarifverträgen deutlich mehr Geltung zu verschaffen. Zum anderen, weil wir

260 selbst noch nicht alle Antworten haben, die wir brauchen, um eine fortschrittliche und soziale Politik im 21. Jahrhundert durchsetzen zu können.

265 An diesen Antworten zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern zu arbeiten, ist unsere selbstgestellte Aufgabe im programmatischen Erneuerungsprozess, auf den wir uns konzentrieren werden.

270 Auf dem Bundesparteitag im Dezember haben wir ein inhaltliches Arbeitsprogramm mit Leitfragen für alle Politikfelder beschlossen. Auf diese werden wir gemeinsame Antworten finden. Verstehen wir die SPD weiter als

275 Volkspartei, muss sie schlüssige und machbare Lösungen für alle großen Fragen des frühen 21. Jahrhunderts anbieten: globale Risiken, den Klimawandel, Migration und Flucht, die Digitalisierung, die globale und

280 auch nationale Ungleichheit, die demografischen Veränderungen aber auch den Vertrauensverlust der Politik und die unübersehbaren Spannungen in unserer Gesellschaft. Als Volkspartei müssen wir vor

285 allem den inneren Zusammenhalt in den Blick nehmen: Sicherheit, Anerkennung und Verlässlichkeit sind unsere Prinzipien, egal, ob es um den ökologischen Strukturwandel oder eine neue Sozial- und Arbeitsmarktpolitik des

290 besseren Förderns geht.

Die folgenden vier Themenbereiche sind zentral. Wir wollen unsere Politik überprüfen, programmatische Lücken füllen, Widersprüche auflösen und auf diesem Weg zu einem Programm kommen, dass auf die

295 großen Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land bewegen, klare sozialdemokratische Antworten liefert.

300 **Erstens: Wachstum, Wohlstand und Wertschöpfung im 21. Jahrhundert.**

305 Wir wollen an einer Wirtschaftspolitik arbeiten, die wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele miteinander verbindet. Dazu gehören folgende Felder:

310 Investitionen: Der Staat muss mit Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Qualifizierung wichtige

315 Veränderungenprozesse wie die Energiewende, die Mobilitätswende oder die Digitalisierung vorantreiben und Innovationen zum Durchbruch verhelfen. Investitionen müssen in der gesamten Fläche des Landes wirken und für alle Menschen dazu beitragen, eine lebenswerte Heimat zu schaffen oder zu erhalten.

320 Regulierung: Die regulatorischen Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass wir die belohnen und fördern, die in saubere und moderne Arbeits- und Produktionsmittel investieren, die forschen und entwickeln, die Risiko eingehen um gesellschaftlich sinnvolle Investitionen zu fördern, die Arbeitsplätze schaffen und soziale Standards wahren wollen. Nicht die, die Gewinne abschöpfen, sondern die, die produzieren und Werte schaffen, wollen wir fördern. Wir müssen Regelungen identifizieren und verändern, die Steuer-, Lohn- und Sozialdumping begünstigen und bessere Wettbewerbsbedingungen für diejenigen schaffen, die den Wettbewerb über Produkte und nicht über Preise führen. Hier sind gerade auch Kommunen als Auftraggeber gefordert, ihre Handlungsspielräume bei Vergaben für bessere Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftsstandards einzusetzen.

345 Finanzierung und Verteilung: Wir brauchen eine gerechtere Finanzierung der staatlichen Aufgaben und eine Korrektur der sozialen Ungleichheiten. Unsere steuerpolitischen Instrumente reichen nicht aus, um hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften ausreichend zur Finanzierung staatlicher Aufgaben heranzuziehen. Eine andere Besteuerung ist auch ein Weg, um der ungleichen Einkommensverteilung entgegenzuwirken.

355 Darüber hinaus brauchen wir neue Instrumente, um die Primärverteilung von Einkommen gerechter zu gestalten und für mehr Menschen höhere Löhne zu ermöglichen.

360 Wachstums- und Konjunkturpolitik: wir müssen die Wirtschafts- und Währungsunion vertiefen und gleichzeitig das Soziale Europa stärken. Darauf aufbauend entwickeln wir

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
365	eine aufeinander abgestimmte nationale und europäische Wachstums- und Konjunkturpolitik, damit Europa seine vollen Wachstumspotenziale entfalten kann, denn davon profitiert auch die deutsche Wirtschaft.
370	Faire Handelspolitik: Als Antwort auf den chinesischen Staatskapitalismus auf der einen Seite und die zunehmend aggressive Handelspolitik der USA brauchen wir eine konsequentere Handelspolitik, die die
375	Interessen der deutschen und europäischen Wirtschaft wahrt und gleichzeitig Perspektiven für Entwicklungs- und Schwellenländer eröffnet.
380	Zweitens: Die Zukunft der Arbeit.
385	Unser Ziel ist ein inklusives Wachstum, das heißt ein Wirtschaftswachstum mit guten Arbeitsbedingungen und existenzsichernden Löhnen, das auch zu einer starken sozialen Infrastruktur beiträgt und von dem so alle Bürgerinnen und Bürger profitieren. Denn Wachstum hat für uns eine soziale Funktion und darf nicht reinen Profitinteressen dienen.
390	Deshalb stehen für uns die Lebensqualität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihrer Familien im Zentrum und nicht abstrakte Wirtschaftsdaten.
395	Wir werden in diesem Sinne eine zeitgemäße Arbeitsmarktpolitik entwickeln, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Chancen eröffnet und ihnen Sicherheit gibt.
400	Unsere Arbeitsmarktpolitik soll die Potentiale der Digitalisierung für bessere Arbeit, Arbeitszeitverkürzung und mehr selbstbestimmtes Arbeiten nutzen. Wir brauchen gesetzliche Regeln, die das
405	ermöglichen, aber auch Grenzen setzen, wo nötig. Gleichzeitig wollen wir den Einzelnen im Wandel qualifizieren und die kollektive Interessenvertretung stärken.
410	Wir wollen den Beschäftigten-Datenschutz und die Mitbestimmung ausbauen.
415	Mehr als zehn Jahre nach den Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 und neun Änderungsgesetzen zu SGB II ist es an der Zeit zu überprüfen, wo wir stehen und ob die Ansätze noch zeitgemäß sind und unseren

420 heutigen Gerechtigkeitsvorstellungen entsprechen.

Die Arbeitsmarktlage ist heute eine viel bessere, aber es gibt neue Herausforderungen. Daher werden wir neue Ideen erarbeiten, um allen Menschen in unserer Gesellschaft neue Bildungs- und Aufstiegschancen zu ermöglichen und Lebensleistungen bei der sozialen Absicherung besser anzuerkennen.

430 **Drittens: Ein bürgerfreundlicher Staat, der Schutz und soziale Teilhabe ermöglicht.**

Wir wollen die Herausforderungen unserer Zeit nicht nur individuell sondern solidarisch lösen. Diesem Ansatz liegt zu Grunde, dass es soziale Rechte aber auch Regeln für ein gelingendes Zusammenleben geben muss.

Wir stehen daher zu einem handlungsfähigen Staat und verteidigen ihn gegen neoliberale Angriffe. Gerade in Zeiten des Strukturwandels brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Wir brauchen den Staat, um für Ordnung zu sorgen. Ohne einen starken, handlungsfähigen und bürgerfreundlichen Staat entstehen keine guten, bezahlbaren und damit lebenswerten Nachbarschaften, Quartiere und Kieze in der Stadt und auf dem Land.

Ohne einen starken und bürgerfreundlichen Staat entsteht keine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall in unserem Land. Ohne einen starken und bürgerfreundlichen Staat gelingt keine Integration von Menschen, die zu uns kommen. Ohne einen starken und bürgerfreundlichen Staat gelingt auch keine soziale Teilhabe.

Wenn es etwas gibt, dass die große Mehrheit der Bürger in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft verbindet, ist es nicht das Private, sondern das Öffentliche. Wir wollen die Idee des Öffentlichen wieder stärken. Wir wollen wieder stolz auf unsere öffentlichen Dienstleistungen sein und auch die Rolle der Kommunen dabei stärker hervorheben. Und wo wir sie moderner, auch im Sinne digitaler Bürgerdienste machen können, werden wir dies tun.

470

475 Eine gute Absicherung gerade bei Rente, Gesundheit und Pflege wird sehr viel Geld kosten. Aber nicht in allen Handlungsfeldern des Sozialstaats geht es um mehr Geld. Es geht auch um die Frage, ob der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern bevormundend oder unterstützend gegenübertritt. Ob die Leistungen des Staates einfach, verständlich und transparent sind.

480 Ausgangspunkt für unser Sozialstaatsverständnis sind die menschliche Würde und die Arbeitsgesellschaft: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen für uns im Zentrum der Wertschöpfung und sind die Stützen des Sozialstaats. Die Teilhabe an Arbeit ist daher vorrangiges Ziel aller sozialstaatlichen Maßnahmen. Dabei wollen wir klären, wie der Sozialstaat einfacher, unbürokratischer, gerechter und auch in Zukunft vernünftig finanziert werden kann. Ansätze wie jene für ein „solidarisches Grundeinkommen“ werden wir dabei ebenso diskutieren wie jene um eine eigenständige Kindergrundsicherung.

Viertens: Deutschlands Rolle in einer sich rasant verändernden Welt.

500 Die sich rasant verändernde weltpolitische Lage mit zahlreichen Krisenherden, der Rückkehr des Protektionismus, brüchigeren europäischen und internationalen Bündnissen verlangt eine Neudefinition von Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt.

510 Wir stehen zur gewachsenen Verantwortung unseres Landes für Frieden, Stabilität, fairen Handel, Nachhaltigkeit und eine gerechtere Globalisierung und setzen uns in und mit Europa für die konsequente Verwirklichung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) ein. Nur wenn wir unser Land in der weltpolitischen Entwicklung institutionell, politisch und wertebezogen klar verorten, können wir die Interessen der Bürgerinnen und Bürger auch international vertreten und damit neuen Unsicherheiten entgegentreten.

520 Um das oben beschriebene Wachstumsmodell zu ermöglichen und abzusichern, brauchen wir einen Kurswechsel in Europa hin zu mehr

525 inklusivem Wachstum mit mehr und besseren
Arbeitsplätzen und einer verbesserten
sozialen Infrastruktur und sozialen
Absicherung. Deutschland muss dazu bereit
sein, eine kooperative Führungsrolle in Europa
einzunehmen und Beiträge zur Stabilisierung
530 und Dynamisierung Europas zu leisten, weil
eine Stärkung Europas im langfristigen
Interesse Deutschlands ist. Wir werden dazu
für die Europawahl ein europapolitisches
Programm vorlegen.

535 Alle vier genannten Schwerpunktthemen
umfassen die Handlungsebenen Europa,
Bund, Land und Kommune. Ziel ist es, dass die
SPD auf den verschiedenen Ebenen in
540 abgestimmter und kohärenter Form an diesen
Themen arbeitet.

In allen vier Schwerpunktthemen werden wir
zudem die Auswirkungen der großen
545 Megatrends unserer Zeit mit einbeziehen.
Dies sind vor allem die Digitalisierung, die
Globalisierung, die Migration und der
demografische Wandel.

550 Wir werden zu diesen vier
Schwerpunktthemen zum kommenden
Parteitag im Herbst 2019 einen
„Orientierungsrahmen“ vorlegen, auf dem
weitere Debatten aufbauen können.

555 **III. Organisatorische Erneuerung**

Wir werden den beschriebenen
Programmprozess nutzen, um gleichzeitig die
560 organisatorische Erneuerung unserer Partei
voran zu treiben.

Wir sind überzeugt: Die SPD wird stark, wenn
sie zurückfindet zur programmatischen
Klarheit. Die SPD wird stark, wenn sie eine
565 neue Debattenkultur entwickelt,
Beteiligungsmöglichkeiten für alle
interessierten Bürgerinnen und Bürger
ausbaut und mehr Mitglieder einbindet. Und
die SPD wird stark, wenn sie die Vielfalt der
570 Gesellschaft und ihrer Mitgliedschaft stärker
für sich nutzt.

Wir wollen auf allen Ebenen eine moderne
und starke Organisation werden, die bereit ist,
575 ihre Strukturen immer wieder zu hinterfragen
und auf der Höhe der Zeit zu halten. Wir

wollen ein spannender Ort der politischen Debatte sein.

580 **Neue Debattenkultur**

Wir wollen den Stil unserer Debatte verändern und eine neue, offene Debattenkultur in unserer Partei prägen. Wir werden neue Formate des politischen Diskurses und der innerparteilichen Willensbildung wählen.

585 Auf Debattencamps werden wir neue Ideen für die Zukunft unseres Landes mit unseren Mitgliedern und der Zivilgesellschaft diskutieren – in Workshops, Debattenstationen und bei Impulsvorträgen. Im Vorfeld rufen wir öffentlich dazu auf, Beiträge einzusenden. Jede und jeder kann sich hier beteiligen und Ideen einbringen. Die Ideen unserer über 50.000 Neumitglieder, die sich seit 2017 unserer Partei angeschlossen haben, werden besonderen Raum bekommen. Wir werden neue digitale Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, um allen SPD-Mitgliedern die Mitarbeit an unserer Partei zu ermöglichen – unabhängig von Zeit und Ort. Schon die programmatische Erneuerung werden wir – sobald dies technisch umsetzbar ist - durch Online-Themenforen begleiten und damit gleichzeitig eine dauerhafte Einrichtung dieser Plattform erproben. Den erfolgreichen Hackathon des Jahres 2017 wollen wir wiederholen und verstetigen, um digitales Knowhow langfristig an unsere Partei zu binden.

615 Die programmatische Erneuerung soll auch dazu dienen, gewachsene Netzwerke in der Gesellschaft zu stärken, verloren gegangene zu revitalisieren und neue zu schmieden. Keine Volkspartei kommt ohne ein politisches Umfeld aus, dass ihr nahesteht, sie aber auch herausfordert. Deshalb müssen wir durch eine neue Kultur der ernsthaften und verantwortungsvollen Zusammenarbeit in der Partei den inneren Zusammenhalt stärken und die Partei gleichzeitig nach außen öffnen. Wir wollen neuen Anschluss an die Vordenkerinnen und Vordenker aus der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Kultur herstellen. Die programmatische Erneuerung werden wir deshalb mit einer Impulsreihe mit Vordenkerinnen und

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

630 Vordenkern aus unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft ergänzen, die den parteiinternen Diskurs kritisch und konstruktiv begleiten wird.

635 Über den Programmprozess hinaus haben wir Anfang April eine erste digitale Mitgliederbefragung auf den Weg gebracht und werden diese in regelmäßigen Abständen wiederholen. Wir brauchen den Input unserer

640 Mitglieder, um unsere Arbeit zu verbessern.

Wir werden zudem über die Einführung einer Fokusgruppe Ortsverein entscheiden, die regelmäßig zur Umsetzung von inhaltlichen und organisatorischen Erneuerungen befragt werden soll.

645

Parteistrukturen stärken

Wir werden die Parteiarbeit auf allen Ebenen professionalisieren. Dazu entwickeln wir eine App als digitale Anlaufstelle für alle Mitglieder, die die Parteiarbeit deutlich vereinfachen und verbessern soll.

650

Wir werden schwache Strukturen in der Fläche stärken und langfristig besonders in diesen Bereichen neue Präsenz aufzubauen. Die Grundlage dafür ist eine umfassende datenbasierte Wahlkreisanalyse. Zur Stärkung gehört eine Bestandsaufnahme der Strukturen und bessere Qualifizierung unser Haupt- und Ehrenamtlichen.

655
660

Um den besonderen Herausforderungen im Osten zu begegnen, erarbeiten der Generalsekretär und die/der Ostbeauftragte ein „Zukunftsprogramm Ost“ zur inhaltlichen, organisatorischen und strukturellen Neuaufstellung der SPD-Ostdeutschland.

665

Unsere Kampagnenfähigkeit v.a. im Süden und im Osten werden wir durch Modellprojekte stärken.

670

In den anstehenden Landtagswahlkämpfen werden die Landesverbände mit einem Arbeitsstab aus dem Willy-Brandt-Haus unterstützt. Gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik werden wir anstehende Kommunalwahlen zielgenauer unterstützen.

675
680

Vielfalt sichtbar machen

685 Wir wollen die Vielfalt unserer Gesellschaft in
unserer Partei besser abbilden. Wir wollen
insbesondere Frauen, jungen Menschen oder
Menschen mit Migrationshintergrund eine
bessere Teilhabe und die Übernahme von
Verantwortung in unserer Partei ermöglichen.
690 Dies wird zu einem der vorrangigen Ziele der
Parteiorganisation und regelmäßig evaluiert.
Um diese Bemühungen zu unterstützen, wird
unter anderem eine Stabsstelle für
Gleichstellung beim Generalsekretär
695 eingerichtet. In einem ersten Schritt wurde
bereits Anfang des Jahres die Doppelspitze im
Ortsverein ermöglicht.

700 Wir werden eine gründliche, wissenschaftlich
begleitete Analyse unserer Strukturen,
Arbeitsweisen und innerparteilichen Kultur
vornehmen, um zu prüfen, welche Hürden
etwa die Einbindung von Frauen in
verantwortlichen Positionen unserer Partei
705 erschweren. Auch die regelmäßigen
Mitgliederumfragen werden wir dazu
gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften
nutzen. Aus dieser Analyse leiten wir konkrete
Handlungsempfehlungen für alle Ebenen
710 unserer Partei ab.

Erneuerung im Alltag

715 Wir wollen uns zu einer lernenden
Organisation entwickeln, die ihre Strukturen
und Schwerpunkte immer wieder hinterfragt.
Unsere Partei hat sich in über 150 Jahren
immer wieder verändert und neu erfunden.
Das gehört zur DNA unserer Partei und das
wollen wir in der täglichen Arbeit leben.

720 Wir wollen als Partei auch außerhalb von
Wahlkämpfen überall im Land sichtbar,
präsent und ansprechbar sein. Deshalb
werden wir einen zentralen „Tag der Tür zu
725 Tür-Aktion“ einführen, an dem die gesamte
Partei im Land unterwegs ist, um Ideen
aufzunehmen und den direkten Dialog zu
suchen.

730 Wir wollen die Kampagnenfähigkeit der SPD
verbessern, um auch außerhalb von
Wahlkämpfen gesellschaftliche Debatten zu
führen und Impulse zu geben. Dazu sind eine
Reihe von strukturellen Veränderungen nötig,
735 die in den kommenden Jahren federführend

- vom Generalsekretär vorangebracht werden. Grundlage dafür ist eine externe Evaluation des letzten Bundestagswahlkampfes, die bis zum Sommer 2018 abgeschlossen sein wird.
- 740 Die Erkenntnisse dieser Evaluation fließen bereits in die Europawahlkampagne 2019 ein. Auf einer Best-Practice-Konferenz werden wir zudem erfolgreiche sozialdemokratische Wahlkämpfer aus dem gesamten Bundesgebiet zusammenbringen, um von ihren Erfahrungen zu lernen.
- 745
- Klar ist aber auch: Erneuerung entsteht ganz wesentlich vor Ort. Nicht alles kann und soll aus Berlin vorgegeben werden. Wir ermutigen alle Gliederungen, neue Wege der Parteiarbeit zu beschreiten. Das Willy-Brandt-Haus wird in den kommenden Monaten und Jahren den Wissenstransfer organisieren und gute Ideen aus der Fläche im Sinne eines Best Practice-Gedankens in die gesamte Partei tragen.
- 750
- 755
- Ein klares sozialdemokratisches Programm für die Zukunft. Starke Strukturen überall im Land. Eine neue Beteiligungskultur und deutlich mehr Vielfalt in unserer Partei. Das sind die wichtigsten Aufgaben unserer Erneuerung. Wenn uns dies gemeinsam gelingt, haben wir die Chance, uns neues Vertrauen zu erarbeiten.
- 760
- 765

Arbeitsmarktpolitik (Ar)

Ar1

Landesverband Berlin

Darstellenden Künstlern den Zugang zu ALG I erleichtern

Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass darstellenden Künstlern der Zugang zu ALG I erleichtert wird.

Darstellenden Künstlern den Zugang zu ALG I erleichtern

Erledigt durch Beschlusslage der SPD (Erweiterung der Rahmenfrist auf drei Jahre)

Ar2

Landesverband Berlin

Antrag zur Reduzierung der befristeten Verträge im Öffentlichen Dienst

Die Zahl der befristeten Verträge im Öffentlichen Dienst muss kleiner werden. Das soll – wie in Berlin – durch Streichung der generellen sachgrundlosen Befristung und Sachgrunds „Zweckbindung von Haushaltsmittelbefristung“ erreicht werden.

5

10

Antrag zur Reduzierung der befristeten Verträge im Öffentlichen Dienst

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Die SPD hat in den Koalitionsverhandlungen erfolgreich durchgesetzt, dass die Möglichkeiten der Befristung von Arbeitsplätzen deutlich eingeschränkt werden. Das muss auch Konsequenzen für die Reduzierung von befristeten Arbeitsverträgen im öffentlichen Dienst haben, der an dieser Stelle Vorbildcharakter hat.

Ar3

Ortsverein Bonn-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Befristete Beschäftigung von Lehrerinnen und Lehrern beenden

Wir fordern alle Landesregierungen, die von der SPD geführt werden oder an denen die SPD beteiligt ist, dazu auf, in Zukunft keine befristeten Arbeitsverträge mehr mit Lehrerinnen und Lehrern zu schließen, die diese zwingen, sich in den Sommerferien arbeitslos zu melden.

5

Die Fraktionen der SPD in den Ländern ohne Regierungsbeteiligung werden aufgefordert, mit dem gleichen Ziel Anträge in den Landesparlamenten zu stellen.

10

Die befristete Beschäftigung von Lehrkräften, die dauerhaft für eine gesicherte Unterrichtsversorgung notwendig sind,

15

Befristete Beschäftigung von Lehrerinnen und Lehrern beenden

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

widerspricht den Zielen der SPD von fairen Arbeitsbedingungen und „guter Arbeit“.

20 Die Dimension des Problems macht ein Bericht der Bundesagentur für Arbeit vom Dezember 2017 („Lehrerarbeitslosigkeit in den Sommerferien“) deutlich. Im Jahr 2017 meldeten sich in den Sommerferien bundesweit 4938 Lehrkräfte an
25 allgemeinbildenden Schulen und an Schulen der Berufsbildung arbeitslos. 61 Prozent der betroffenen Lehrkräfte sind unter 35 Jahren und drei Viertel sind Frauen. Zu den Gründen heisst es in dem Bericht der Bundesagentur der Arbeit:
30

„Nach den Sommerferien beendet eine ähnliche Anzahl von Personen die Arbeitslosigkeit wieder durch die Aufnahme einer Beschäftigung.“

35 Die Hauptursache für die kurzfristige Lehrer-Arbeitslosigkeit in den Sommerferien dürfte in befristet geschlossenen Arbeitsverträgen und Referendariaten zu suchen sein.“ (Seite 6)
40

Mehr als die Hälfte dieser Sommerferien-Arbeitslosigkeit (2543) entfiel auf die Länder Baden-Württemberg und Bayern. 1395 Lehrerinnen und Lehrer mussten sich in
45 Ländern arbeitslos melden, in denen die SPD die Landesregierung führt. Sie verteilen sich wie folgt:

- Berlin 202
- Brandenburg 153
- 50 • Bremen 32
- Hamburg 257
- Mecklenburg -Vorpommern 108
- Niedersachsen 469
- Rheinland -Pfalz 174

55 389 Lehrerinnen und Lehrer mussten sich in Ländern arbeitslos melden, in denen die SPD an der Landesregierung beteiligt ist. Sie verteilen sich wie folgt:

- 60 • Saarland 64
- Sachsen 153
- Sachsen -Anhalt 82
- Thüringen 90

65 Diese Personalpolitik in sozialdemokratischer (Mit-)Verantwortung untergräbt die politische Glaubwürdigkeit der SPD auf Länder-, Bundes- und auf kommunaler Ebene.

Ar4*Ortsverein Bürgel-Rumpenheim (Bezirk Hessen-Süd)***Armut in Deutschland wirksam bekämpfen**

Der Bundesarbeitsminister und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, energisch Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut in der Bundesrepublik auf den Weg zu bringen. Hierzu ist u.a. folgendes erforderlich:

- 5 • Hartz IV sanktionsfrei gestalten – um Druck und Erniedrigung zu nehmen und eine finanzielle Sicherstellung aller Menschen zu gewährleisten sowie wieder
- 10 einen Qualifikationsschutz für Arbeitslose einführen
- Deutliche Anhebung der Regelsätze des ALG II – wie von Sozialverbänden und Gewerkschaften gefordert
- 15 • Deutliche Anhebung des Schutzvermögens insbesondere beim eigenen Haus/Wohnung
- 20 • Statt Prüfung einer Anhebung des „Kinderzuschlags“ keine Anrechnung des Kindergeldes auf ALG II, damit das Kindergeld mit der Erhöhung bei allen – und insbesondere den ohnehin sozial benachteiligten - Kindern ankommt.
- 25 • Ein deutlich größerer „sozialer“ Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose angesichts von nach wie vor rund 2,6 Mio. ausgewiesenen und 3,5 Mio. tatsächlichen Arbeitslosen.
- 30 • Deutliche Anhebung des Mindestlohns über € 10,00

Armut in Deutschland wirksam bekämpfen

Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern

Ar5*Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)***Agenda 2010 – positive Würdigung und kritische Auseinandersetzung**

Die Agenda 2010 wurde in der Regierungszeit von Gerhard Schröder entworfen, weil die Sozialsysteme durch die Politik des Aussitzens des vorherigen Kanzlers Helmut Kohl am Rande des Kollaps standen. Ziel war es, die Sozialsysteme zu erhalten und Arbeitsplätze zu schaffen. Nicht zuletzt dank dieser Reformen steht heute die deutsche Wirtschaft gut da.

5

Agenda 2010 – positive Würdigung und kritische Auseinandersetzung

Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 10 Dennoch ist es immer wieder an den Infoständen Thema, welche Ungleichheit durch die Agenda2010 hervorgerufen und welche menschlichen Schicksale durch Hartz IV entstanden sind.
- 15 Daher fordern wir eine grundlegende Auseinandersetzung mit der Agenda2010. Eine Aufstellung welche positiven Ziele verfolgt wurden und welche Maßnahmen dazu ergriffen wurden. Die positiven Punkte sollen deutlich herausgestellt werden.
- 20 Manches ließ sich wegen einem Koalitionspartner oder dem Bundesrat nicht so durchsetzen wie gedacht. Dies soll klar benannt werden. Ebenso wie
- 25 Fehlentwicklungen, die niemand voraussehen konnte. Und bei dieser Gelegenheit ist es gut, wenn wir dann nach vorne denken und überlegen, welche Maßnahmen notwendig sind, um die positiven Ziele, die für die ArbeitnehmerInnen angestrebt wurden, auch zu erreichen.
- 30 Der Mindestlohn ist ein Schritt, aber in Sachen Leiharbeit und Werksverträge sowie sachgrundlose Befristung und anderen
- 35 Dingen ist noch einiges zu tun. Nicht nur hier sollen klare Ziele und Schritte benannt werden.

Ar6

Unterbezirk Delmenhorst (Bezirk Weser-Ems)

- Forderungskatalog an den Parteivorstand**
- Die SPD soll die folgenden Punkte umsetzen. Zu beschließen sind dabei folgende Punkte:
- 5 1. Die Alterssicherung soll, nach dem Beschluss des letzten Parteitages, in der Regierung eingefordert und womöglich umgesetzt werden.
- 10 2. Die SPD soll die Bekämpfung der Kinderarmut mehr in den Fokus ihrer Arbeit nehmen. Wichtig ist dabei die Kindergrundsicherung sicherzustellen und einzuführen.
- 15 3. Die schwarze Null soll nicht eingehalten werden, wenn in wichtige Projekte/Infrastruktur usw. investiert werden muss.
4. Die Besteuerung der Kapitalertragsteuer soll erhöht werden und mindestens gleichgestellt sein mit Abgaben der bei lohnabhängiger Arbeit.

Forderungskatalog an den Parteivorstand

Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 20 5. Die Parität in der Sozialversicherung soll wieder hergestellt werden. Dabei wird darauf geachtet, dass dies nicht durch geringere nachgelagerte Lohnsteigerungen umgangen wird.
- 25 6. Die Hartz-Gesetze werden einer Evaluation und Neujustierung unterzogen. Insbesondere wird der Regelsatz bei Bezug von Leistungen nach SGB II häufiger angepasst.
- 30 7. Die Daseinsvorsorge soll in die öffentliche Hand. Dienstleistungen der Daseinsvorsorge (DAWIs) werden im Wettbewerbs- und Haushaltsrecht mit Sonderregeln versehen, um eine Versorgung der Bevölkerung mit diesen Dienstleistungen, in guter Qualität, jederzeit und allerorten sicherzustellen.
- 35 8. Beitragsbemessungsgrenzen erhöhen
9. Geflüchtete sollen "fit" gemacht werden für eine mögliche Rückkehr.
- 40 10. Abkehr vom Solidaritätszuschlag und mehr Unterstützung von finanzschwachen Kommunen.
11. Es soll eine Grundrente eingeführt werden, die deutlich höher als der Hartz IV-Satz ist.
- 45 12. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte wird zurückgefahren. Tariflöhne werden wieder Standard.
13. Die Zweisäuligkeit im Gesundheitswesen wird schrittweise abgebaut.
- 50 14. Eine international solidarische Außenwirtschaftspolitik sowie eine auf zivile Konfliktlösung angelegte Sicherheitspolitik wird Leitlinie sozialdemokratischer Regierungspolitik.
- 55 15. Die SPD entwickelt politische Strategien für den Übergang in eine digitale Gesellschaft, in der sich gesellschaftliches Leben, Wirtschaftsweise und Infrastrukturen sich massiv verändern werden.

Ar7

Ortsverein Delmenhorst-Ost (Bezirk Weser-Ems)

Positionen

Die Bundes-SPD wird gebeten, die Durchsetzung nachfolgender drei sozialdemokratischer Positionen zu betreiben:

Positionen

Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern

- 5 1.Grundsicherung für Kinder/Jugendliche
"sämtliche, derzeit für Kinder und Jugendliche eingesetzte öffentliche Hilfen (von Kindergeld, Mütterhilfe etc. bis ausschließlich

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

10 BaföG) sind zu einer Grundsicherung zusammenzufassen und einheitlich auszuzahlen.“

15 2. Änderung des Rentensystems
 “die verschiedenen Alterssicherungssysteme (Renten, Pensionen, Grundsicherung) sollten, z. B. dem Beispiel Schwedens folgend, zu einem System zusammengefasst werden:
 20 - eine steuerfinanzierte Grundrente für alle
 - darüber hinaus eine je hälftig von Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzierte Zusatzversicherung
 - die Bildung mündelsicherer, staatlich kontrollierter Fonds bei Überschüssen aus der Zusatzversicherung.“

25 3. Finanztransaktionssteuer
 es ist nicht nachvollziehbar, warum beim Handel sämtlicher Produkte eine Mehrwertsteuer anfällt, beim Handel mit
 30 Wertpapieren keine.
 “die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist deshalb, auch national als erster schritt vor einer europäischen oder internationalen Lösung,
 35 erforderlich (s. Frankreich), mit dem Ziel, nicht nur um zusätzliche , gerechte steuern zu erheben sondern auch um die dafür erforderlichen technischen Voraussetzungen zur Erfassung der Daten, nämlich den Fluss der
 40 Finanzströme, zu etablieren und so eine weitere Grundlage zur Vermeidung von Steuerflucht zulegen.“

Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik (A)

A1

040 Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf (Landesverband Berlin)

- | | | |
|---|---|---|
| 5 | <p>Aussetzen der Rüstungsverträge mit der Türkei
Die SPD-Bundestagsfraktion möge die sozialdemokratischen Vertreter/-innen der geschäftsführenden Bundesregierung auffordern, sich dafür einzusetzen, dass die mit der Türkei ausgehandelten Rüstungsverträge aufgrund der aktuellen Lage sofort ausgesetzt und neue nicht abgeschlossen werden.</p> | <p>Aussetzen der Rüstungsverträge mit der Türkei
Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> |
|---|---|---|

A2

Ortsverein Münster-West (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

- | | | |
|----|---|---|
| 5 | <p>Keine Exporte von Waffen und Rüstungsgütern in Konflikt- und Kriegsgebiete
Aufstockung der Humanitären Hilfe und gleichzeitiger Ausbau der Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung.
Der Export von Waffen jeglicher Art, Waffensystemen und Rüstungsgütern in Krisengebiete (z.B. Saudi-Arabien, Ägypten, Türkei) ist mit einer Politik, die der Sicherung des Friedens höchste Priorität einräumt, unvereinbar und muss mit sofortiger Wirkung eingestellt werden. Ebenso darf die Auslagerung von deutschen Produktionsstandorten der Rüstungsindustrie in Krisenländer nicht genehmigt werden. Es ist nicht hinzunehmen, dass der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Türkei in Syrien mit deutschen Waffen unterstützt wird und somit Krieg, die Fluchtursache Nr. 1, weiter angeheizt wird. Nach den neuesten Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri hat Deutschland als viertgrößter Waffenexporteur nach den USA, Russland und Frankreich den Waffenexport in den Nahen Osten um 109 % gesteigert.</p> | <p>Keine Exporte von Waffen und Rüstungsgütern in Konflikt- und Kriegsgebiete
Überweisung an Kommission Internationale Politik und den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> |
| 10 | <p>15</p> | |
| 20 | <p>25</p> | |
| 25 | <p>Vorrangig müssen demgegenüber die Instrumente der Friedensförderung, der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung konzeptionell und</p> | |

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 30 operativ ausgebaut werden. Der überproportionalen Steigerung ihrer Mittelausstattung sowie der Humanitären Hilfe, insbesondere in den griechischen, libanesischen, jordanischen, syrischen und
- 35 libyschen Flüchtlingslagern, ist absolute Priorität einzuräumen.

Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik (B)

B1

Landesverband Berlin

5	<p>Einführung des „Modell Bundestag“ an den weiterführenden Schulen in Deutschland Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landtage sind aufgefordert, auf die Entwicklung eines „Modell Bundestag“ an den weiterführenden Schulen in Deutschland hinzuwirken.</p>	5	<p>Einführung des „Modell Bundestag“ an den weiterführenden Schulen in Deutschland Erledigt durch Annahme von B2</p>
10	<p>Das „Modell Bundestag“ dient der politischen Bildung der Schüler*innen und soll an allen weiterführenden Schulen als Arbeitsgemeinschaft oder als Projekttag für interessierte Schüler*innen eingeführt werden. Ansprechpartner*innen findet man in der Bundeszentrale für politische Bildung. Benötigte Materialien stellen die Parteien in Zusammenarbeit mit ihren Jugendorganisationen zur Verfügung. Hierzu gehören auch das Grundsatzprogramm und das Wahlprogramm zur aktuellen Legislaturperiode.</p>	10	
15	<p>Das „Modell Bundestag“ wird an den weiterführenden Schulen durchgeführt. Schüler*innen beschäftigen sich hier mit den Programmen der Parteien und bilden, analog zum Bundestag, Fraktionen und Koalitionen. Ziel ist es, das Verständnis für die politische Arbeit in Deutschland sowie die unterschiedlichen Positionen der Parteien unter den Schüler*innen zu erhöhen. Bundestagswahlkämpfe werden in den Arbeitsgemeinschaften oder in Projekten begleitet. Es werden die Grundsatz- und Wahlprogramme aller zur Wahl zugelassenen Parteien besprochen. Zusätzlich können regionale und bundesweite Konferenzen durchgeführt werden. Zu den regionalen Konferenzen können Schulen einzelne Schüler*innen oder Gruppen anmelden. Die bundesweite Konferenz wird aus Delegationen der regionalen Konferenzen gebildet.</p>	15	
20	<p>Ziel ist es, das Verständnis für die politische Arbeit in Deutschland sowie die unterschiedlichen Positionen der Parteien unter den Schüler*innen zu erhöhen. Bundestagswahlkämpfe werden in den Arbeitsgemeinschaften oder in Projekten begleitet. Es werden die Grundsatz- und Wahlprogramme aller zur Wahl zugelassenen Parteien besprochen. Zusätzlich können regionale und bundesweite Konferenzen durchgeführt werden. Zu den regionalen Konferenzen können Schulen einzelne Schüler*innen oder Gruppen anmelden. Die bundesweite Konferenz wird aus Delegationen der regionalen Konferenzen gebildet.</p>	20	
25	<p>Ziel ist es, das Verständnis für die politische Arbeit in Deutschland sowie die unterschiedlichen Positionen der Parteien unter den Schüler*innen zu erhöhen. Bundestagswahlkämpfe werden in den Arbeitsgemeinschaften oder in Projekten begleitet. Es werden die Grundsatz- und Wahlprogramme aller zur Wahl zugelassenen Parteien besprochen. Zusätzlich können regionale und bundesweite Konferenzen durchgeführt werden. Zu den regionalen Konferenzen können Schulen einzelne Schüler*innen oder Gruppen anmelden. Die bundesweite Konferenz wird aus Delegationen der regionalen Konferenzen gebildet.</p>	25	
30	<p>Ziel ist es, das Verständnis für die politische Arbeit in Deutschland sowie die unterschiedlichen Positionen der Parteien unter den Schüler*innen zu erhöhen. Bundestagswahlkämpfe werden in den Arbeitsgemeinschaften oder in Projekten begleitet. Es werden die Grundsatz- und Wahlprogramme aller zur Wahl zugelassenen Parteien besprochen. Zusätzlich können regionale und bundesweite Konferenzen durchgeführt werden. Zu den regionalen Konferenzen können Schulen einzelne Schüler*innen oder Gruppen anmelden. Die bundesweite Konferenz wird aus Delegationen der regionalen Konferenzen gebildet.</p>	30	
35	<p>Ziel ist es, das Verständnis für die politische Arbeit in Deutschland sowie die unterschiedlichen Positionen der Parteien unter den Schüler*innen zu erhöhen. Bundestagswahlkämpfe werden in den Arbeitsgemeinschaften oder in Projekten begleitet. Es werden die Grundsatz- und Wahlprogramme aller zur Wahl zugelassenen Parteien besprochen. Zusätzlich können regionale und bundesweite Konferenzen durchgeführt werden. Zu den regionalen Konferenzen können Schulen einzelne Schüler*innen oder Gruppen anmelden. Die bundesweite Konferenz wird aus Delegationen der regionalen Konferenzen gebildet.</p>	35	
40	<p>Ziel ist es, das Verständnis für die politische Arbeit in Deutschland sowie die unterschiedlichen Positionen der Parteien unter den Schüler*innen zu erhöhen. Bundestagswahlkämpfe werden in den Arbeitsgemeinschaften oder in Projekten begleitet. Es werden die Grundsatz- und Wahlprogramme aller zur Wahl zugelassenen Parteien besprochen. Zusätzlich können regionale und bundesweite Konferenzen durchgeführt werden. Zu den regionalen Konferenzen können Schulen einzelne Schüler*innen oder Gruppen anmelden. Die bundesweite Konferenz wird aus Delegationen der regionalen Konferenzen gebildet.</p>	40	

B2

Landesverband Saar

Mit Bildung entschieden gegen Rechtspopulismus – Kein Platz bei strafwürdigen Äußerungen von AfD-Politikern im öffentlichen Dienst

Die SPD setzt sich dafür ein, dass

1. die Verankerung der AfD als Partei in der europaweiten Bewegung der Neuen Rechten und ihr antidemokratisches Potential deutlich offengelegt werden. Dafür ist eine verstärkte politische Bildungsarbeit in unserer Gesellschaft erforderlich. In den Schulen müssen die Grundsätze demokratischen Handelns wie die universelle Idee der Menschenrechte und der Gleichheit aller Menschen als vorrangige Aufgabe vermittelt werden. Denn zentrale Aussagen der AfD wie der Neuen Rechten sind mit dem Grundgesetz und unseren demokratischen Spielregeln nicht zu vereinbaren.
2. MitarbeiterInnen im öffentlichen Dienst, sei es im Lehramt, vor Gericht, in Polizei oder Bundeswehr oder andernorts, die sich in ihren Äußerungen volksverhetzend, minderheitenfeindlich und damit grundgesetz- wie demokratiefeindlich verhalten, aufgrund solcher strafrechtlich relevanten Verstöße aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen sind.

Mit politischer Bildung für Demokratie und gegen Rechtspopulismus

Annahme in der Fassung der Antragskommission:

- Rechtspopulismus und antidemokratische Denkweisen treten in Deutschland wie in Europa immer deutlicher zu Tage. Dem müssen wir mit einer verstärkten politischen Bildungsarbeit entschieden entgegenreten. In den Schulen, aber auch mit den außerschulischen Angeboten von Jugendverbänden, freien Trägern und politischen Jugendorganisationen müssen wir die Grundsätze unserer Demokratie immer wieder neu vermitteln. Deshalb werden wir die Angebote politischer Bildung für alle ausbauen und stärken. Dabei sollten auch innovative Modelle, wie z.B. Planspiele, berücksichtigt werden. Wir wollen junge Menschen dafür begeistern, sich politisch zu beteiligen.

Europapolitik (EU)

EU1

Landesverband Schleswig-Holstein

	Vorsicht beim Freihandel	Vorsicht beim Freihandel
5	SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich weiterhin darum zu bemühen, dass bei künftigen Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit anderen Ländern der Welt ökologische und soziale Standards eingehalten werden. Eine weitere Geheimniskrämerei bei der Europäischen Union darf es nicht geben. Das betrifft	Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament
10	gegenwärtig vor allem JEFTA (Freihandelsabkommen mit Japan), CETA (Freihandelsabkommen mit Kanada) und die Verhandlungen mit Staaten in Südamerika (MERCOSUR). JEFTA ist trotz aller	
15	Bekanntnisse der Europäischen Union zur „Transparenz“ erneut geheim verhandelt worden. Es wurde erst durch Greenpeace	
20	Niederlande im Sommer 2017 öffentlich gemacht. Dabei geht es um Zollfreiheit für japanische Autos und um den europäischen Export von Agrarprodukten. Da Japan einen großen Markt für Lebensmittel bietet, wäre eine weitere Erhöhung der Agrarexporte	
25	verheerend für die notwendige Agrarwende in der EU. Bei allen Freihandelsabkommen müssen die Ziele der nachhaltigen	
30	Entwicklung in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (SDG=Sustainable Development Goals) umgesetzt werden. Es muss das Vorsorgeprinzip gelten und darf keine	
35	privaten Schiedsgerichte geben. Die entsprechenden Beschlüsse des SPD-Konvents sind dafür eine gute Grundlage. SPD-Politiker dürfen im Bundestag und im europäischen	
	Parlament nur zustimmen, wenn die dort festgehaltenen Kriterien erfüllt sind.	

Gesundheitspolitik (G)

G1

Landesverband Berlin

- | | | |
|----|--|--|
| 5 | <p>Ruf die Hebamme an! Wie denn? Wir ham keene mehr!
In diesem Jahr hat der Berliner Senat einen runden Tisch einberufen, um der Situation rund um die Hebammen herr/frau zu werden. Das reicht uns nicht. Wir müssen bei diesem Thema endlich handeln. Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • einen Haftpflichtfond, wie vom Deutschen Hebammenverband gefordert, der für Schäden aufkommt, die über einer bestimmten Deckungssumme liegen | <p>Ruf die Hebamme an! Wie denn? Wir ham keene mehr!
Erledigt durch Beschluss des ordentlichen Bundesparteitages 2017 (G52) und Koalitionsvertrag</p> |
| 10 | <ul style="list-style-type: none"> • mehr Ausbildungsplätze und bessere Bedingungen für Hebammen/Entbindungspfleger mit dem Ziel der Überführung in die duale Ausbildung | |
| 15 | <ul style="list-style-type: none"> • eine Mindestausbildungsvergütung • dass die Vergütung der angestellten Hebammen tariflich gesichert wird | |
| 20 | <ul style="list-style-type: none"> • mehr gut bezahlte Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen für Hebammen/ Entbindungspflegerinnen in den Krankenhäusern • die Ermöglichung der 1:1-Betreuung bei jeder Geburt | |
| 25 | <ul style="list-style-type: none"> • die Einführung von Hebammen-Kreißsälen | |

G2

Ortsverein Neubrandenburg Mitte (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

- | | | |
|----|---|---|
| 5 | <p>Bundespflegekammer
Die SPD unterstützt die Bemühung um die Errichtung einer Bundespflegekammer. Die Bundespflegekammer wird das oberste Vertretungsorgan der größten Berufsgruppe im Gesundheitswesen sein und als solches die Interessen der geschätzt 1,3 Millionen Pflgenden in Deutschland vertreten. Sie wird zukünftig die Vertretung aller Landespflegekammern auf Bundesebene sein.</p> | <p>Bundespflegekammer
Überweisung an SPD-Parteivorstand und Bundestagsfraktion</p> |
| 10 | <p>Damit nimmt die Selbstverwaltung der beruflich Pflgenden Einfluss auf bundespolitische Themen mit dem Ziel, die Anliegen des Pflegeberufsstandes und die</p> | |

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 15 Anliegen der Pflegeempfänger_innen voranzutreiben.
Die Bundespflegekammer ist eine noch nie da gewesene Größe einer Berufsvertretung in Deutschland. Wir erfüllen mit ihr eine
- 20 Forderung nach Organisation und Selbstverwaltung, die die Berufsverbände seit rund 100 Jahren erheben. Es ist notwendig, dass Pflege in ihrem ganzen Umfang sichtbar und laut wird.
- 25 Die SPD wird sich zudem dafür einsetzen, dass die professionelle Pflege zukünftig im gemeinsamen Bundesausschuss vertreten ist.

G3

Ortsverein Neubrandenburg Mitte (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

- | | | |
|---|--|---|
| 5 | <p>Gesundheits- und Kinderkrankenpflege
In der Pflegepolitik setzt sich die SPD neben einer verbesserten Personalausstattung in der Alten- sowie der Gesundheits- und Krankenpflege für dieselben Verbesserungen in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege ein. Die SPD achtet auf die korrekte Bezeichnung der Berufe im Gesundheitswesen.</p> | <p>Gesundheits- und Kinderkrankenpflege
Erledigt durch Koalitionsvertrag</p> |
|---|--|---|

G4

Landesverband Baden-Württemberg

- | | | |
|-----------------------|--|---|
| 5

10

15 | <p>Gute Pflege für morgen gestalten und garantieren
Gute Pflege geht uns alle an. Jede und jeder von uns kann selbst pflegebedürftig werden oder pflegebedürftige Angehörige haben. Für die SPD ist die Absicherung des Pflegerisikos eine wesentliche Daseinsvorsorge, die solidarisch finanziert werden muss und die auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen reagieren muss:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir werden immer älter, damit steigt auch die Zahl der Pflegebedürftigen mit unterschiedlichsten Unterstützungs-, Betreuungs- und Pflegebedarfen. • Es gilt die Forderung nach der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu erfüllen und für weitere Anerkennungs- und Entlastungsleistungen pflegender Angehöriger zu sorgen. • Arbeitnehmer*innen in der Pflege brauchen bessere | <p>Gute Pflege für morgen gestalten und garantieren
Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern im Hinblick auf
- Pflegevollversicherung
- Bürgerversicherung in der Pflege:

erledigt durch Regierungsprogramm und Koalitionsvertrag im Übrigen</p> |
|-----------------------|--|---|

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 20 Beschäftigungsbedingungen und Berufsperspektiven.
- Länder, Kommunen und Pflegeversicherung müssen stärker als Partner für den Aufbau der
- 25 Pflegeinfrastruktur und bei der Koordinierung von in der Pflege ehrenamtlich Tätigen, Fachkräften und pflegenden Angehörigen agieren.
- Die Finanzierung der Pflege muss durch mehr Solidarität in einer
- 30 Bürgerversicherung gesichert werden.

35 Für uns Sozialdemokrat*innen sind Sozialversicherungen keine starren Systeme, sondern Systeme, die das Streben nach stetiger Verbesserung in sich tragen.

40 Die Pflegeversicherung hat sich bewährt – Rückblick und Herausforderungen

45 Die 1995 eingeführte Pflegeversicherung ist ein Erfolg. Sie ist zu einem zentralen Baustein unseres Sozialversicherungssystems geworden und wird nicht nur von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen, sondern von der gesamten Bevölkerung als wichtiger Sozialversicherungszweig angesehen. Diese grundsätzlich positive Haltung zur Pflegeversicherung wird immer

50 wieder in repräsentativen Umfragen bestätigt. Die Pflegeversicherung wird als wichtiger Baustein der sozialen Absicherung gesehen, der weiter gestärkt werden muss.

55 Mit der Pflegeversicherung wurde für alle Versicherten ein Rechtsanspruch auf Hilfe bei Pflegebedürftigkeit gesetzlich festgeschrieben und je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein Leistungsanspruch für ambulante und stationäre Pflege definiert.

60 Durch die solidarisch finanzierte Versicherung war es ab 1995 möglich, die Zahl derer, die bei Pflegebedürftigkeit von Sozialhilfe abhängig wurden, zu reduzieren. Die Lebenssituation von Pflegebedürftigen wurde spürbar verbessert und die Angehörigen entlastet.

65 Allerdings konnten sich die Bundesregierung und das Parlament lediglich auf eine Pflegeversicherung einigen, die einen begrenzten Leistungsanspruch

70 (Teilversicherung) nur für körperliche Einschränkungen brachte und die zur Finanzierung den Arbeitnehmer*innen einen

75 Feiertag abverlangte (Buß- und Bettag) und damit den Beitrag von einem Beitragssatzpunkt allein den Arbeitnehmer*innen auferlegt. Mit der Einführung der Pflegeversicherung trug der Gesetzgeber den veränderten gesellschaftlichen und demografischen Bedingungen Rechnung. Bereits vor 80 Einführung der Pflegeversicherung waren rund 1,7 Millionen Menschen auf Pflege angewiesen. Hiervon wurden etwa 1,2 Millionen Menschen zu Hause betreut. Schon 85 damals war abzusehen, dass die Zahl derer, die pflegebedürftig werden, stetig wächst. Die Pflegeversicherung wurde seit 1995 sukzessiv weiterentwickelt und den jeweiligen gesellschaftlichen Erfordernissen angepasst. Sie steht immer wieder vor neuen Herausforderungen und muss diesen gerecht werden.

90 In den darauffolgenden Jahren wurden in der Pflegeversicherung zwar immer wieder 95 Veränderungen vorgenommen, aber prinzipiell kein Systemwechsel erreicht, mit dem eine gerechtere Bedarfserhebung gelang und die steigenden Eigenanteil für Pflege und Betreuung aufgefangen hätten.

100 Erst in der Großen Koalition konnte die SPD in den Koalitionsvertrag 2013 in großen Teilen ihr Konzept einer Pflegereform einbringen und bis heute in drei wesentlichen Schritten umsetzen. Mit den Pflegestärkungsgesetzen 105 haben wir die größte Reform der sozialen Pflegeversicherung seit ihrer Einführung vor über 20 Jahren durchgeführt.

110 Mit dem Pflegestärkungsgesetz I haben wir das Leistungsspektrum der gesetzlichen Pflegeversicherung deutlich ausgeweitet. Seit dem 1. Januar 2015 erhalten rund 2,9 Millionen Pflegedürftige in Deutschland mehr Leistungen. Zudem wurden in der ambulanten 115 Pflege die Leistungen um rund 1,4 Milliarden Euro erhöht, für die stationäre Pflege um rund eine Milliarde Euro. Durch die Ausweitung der Unterstützungsangebote für die Pflege zu Hause werden pflegende Angehörige besser 120 entlastet, die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in stationären Pflegeeinrichtungen wurde deutlich erhöht. Leider musste die Forderung der CDU/CSU nach Einrichtung eines Pflegevorsorgefonds 125 akzeptiert werden.

130 Mit dem Pflegestärkungsgesetz II wurde durch die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeits-begriffs ein Paradigmenwechsel eingeleitet. Kognitive Bedarfe werden erstmals gleichberechtigt neben somatischen Bedarfen berücksichtigt. Mit dem Betreuungs- und Entlastungsbetrag wird eine neue Regelleistung in die Pflegeversicherung eingeführt. Die bisherige Orientierung der Pflegeversicherung an den Defiziten pflegebedürftiger Menschen wird durch ein neues Verständnis von Pflege, das sich an Fähigkeiten und noch vorhandenen Kompetenzen orientiert, ersetzt. Das war eine überfällige Reform, was den Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung anbelangt. Statt der bisherigen drei Pflegestufen kann durch fünf Pflegegrade der individuelle Bedarf bei Pflegebedürftigen sehr viel genauer ermittelt werden. An Demenz erkrankte Menschen werden erstmals den rein körperlich Pflegebedürftigen gleichgestellt. Mit der Reform haben alle den gleichen Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung.

135

140

145

150

155 Entscheidend ist lediglich, wie sehr die Selbstständigkeit tatsächlich eingeschränkt ist. Niemand wird mit der Umstellung schlechter gestellt – viele aber besser. Zudem müssen Menschen, die in Heimen gepflegt werden, künftig bei steigender Pflegebedürftigkeit keine Steigerung des pflege-bedingten Eigenanteils mehr befürchten.

160

165 Durch das Pflegestärkungsgesetz III haben wir die Rolle der Kommunen sowie die Pflegeberatung vor Ort deutlich gestärkt. Hilfe soll zielgenauer dort ankommen, wo sie dringend benötigt wird.

170 Mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, welches zum Januar 2015 in Kraft getreten ist, haben wir einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit festgeschrieben. Dies bedeutet eine teilweise Freistellung von bis zu 24 Monaten bei einer Mindestarbeitszeit von 15 Wochenstunden.

175 Ebenso eingeführt wurde der Anspruch auf Freistellung mit Lohnersatz-leistung von bis zu 10 Tagen für die Organisation von Angehörigenpflege.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
180	Die, nach langen Verhandlungen und im Kompromiss, verabschiedete Reform eines Pflegeberufe-gesetzes soll die generalistische Ausbildung der Pflegeberufe stärken und insbesondere für die Altenpflege Perspektiven eröffnen.
185	Dies sind wichtige Schritte für eine bessere Pflege, dennoch gibt es in vielen Bereichen noch Handlungsbedarf.
190	Die Pflegeversicherung zukunftsfest gestalten – Lösungsansätze und Forderungen
195	1. Wir werden immer älter, damit steigt auch die Zahl der Pflegebedürftigen mit unterschiedlichsten Unterstützungs-, Betreuungs- und Pflegebedarfen.
200	Die Zahl der Pflegebedürftigen wird steigen. Das statistische Bundesamt geht davon aus, dass die Zahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2030 bei 3,2 Millionen liegen wird und 2040 auf ca. 3,8 Millionen angewachsen sein wird. Diese Zahlen sehen wir nicht als Bedrohung an, sondern als Verpflichtung zu politischem Handeln.
205	Zu Hause gepflegt zu werden ist meist der größte Wunsch von Pflegebedürftigen. Aber auch wenn das Leben in der eigenen Häuslichkeit nicht mehr möglich ist, brauchen pflegebedürftige Menschen höhere Leistungsansprüche.
210	Daher muss aufbauend auf den drei Pflegestärkungsgesetzen:
215	<ul style="list-style-type: none"> Die Anpassung der Leistungsbeträge an die tatsächliche Preis- und Lohnentwicklung erfolgen. Denn die Leistungsanpassungen zwischen 2008 und 2012 sowie die Dynamisierung um 4 % mit dem Pflegestärkungsgesetz I haben den Wertverlust von 25 % nicht annähernd aufgefangen.
220	<ul style="list-style-type: none"> Die Leistungen aus der Pflegeversicherung für alternative Wohnformen, die Leistungen für Assistenztechnik und für Umbaumaßnahmen in der eigenen Häuslichkeit müssen deutlich erhöht werden, um es jedem Menschen zu ermöglichen auch bei Pflegebedürftigkeit selbstbestimmt zu leben.
230	<ul style="list-style-type: none"> Der Eigenanteil für pflegebedingte Aufwendungen in stationären

- 235 Einrichtungen ist von der Pflegeversicherung zu übernehmen, damit es auch in der vollstationären Pflege keine weitere Kostenverlagerung auf Pflegebedürftige gibt. Unser Ziel ist die Vollversicherung in der Pflege im Hinblick auf diese Leistungen.
- 240 • Aufsuchende Beratung weit vor Eintritt von Pflegebedürftigkeit muss Standard werden, um Prävention vor Rehabilitation vor Pflege zu realisieren und Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern. Die Zahl der Pflegestützpunkte muss erhöht werden, Pflegestützpunkte müssen die
- 245 Koordinierung der Beratung übernehmen, um so allen Menschen die ihnen zustehenden Leistungen zu vermitteln.
- 250 2. Es gilt die Forderung nach der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu erfüllen und für weitere Anerkennungs- und Entlastungsleistungen pflegender Angehöriger zu sorgen.
- 255 Angehörige von Pflegebedürftigen möchten größtenteils selber pflegen und unterstützen. Sie leisten damit wesentliche gesellschaftliche Arbeit. Außerdem werden die traditionellen Familienverbände durch andere
- 260 Gemeinschaften, in denen Menschen füreinander Sorge tragen, ergänzt. Daher muss aufbauend auf den drei Pflegestärkungsgesetzen und anderen Gesetzen wie dem Familienpflegezeitgesetz folgendes umgesetzt werden:
- 265 • Die Pflege der Angehörigen muss bei der Rente anerkannt, weiter ausgebaut und künftig vollständig aus Steuermitteln finanziert werden.
- 270 • Wer pflegt, soll bis zu 3 Monate eine Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung, die sich am Elterngeld orientiert, beanspruchen können. Danach soll bei der Reduzierung der Arbeitszeit auf 75 bis 90 % ein steuerfinanziertes Familiengeld gezahlt werden. Denn das geltende Recht auf Anspruch einer Familienpflegezeit auf Basis einer Darlehensgewährung hat sich nicht
- 275 bewährt.
- 280 • Das Angebot an Nachtpflege muss erweitert werden.
- Die sogenannte „24-Stunde-Pflege“ in Modellprojekten mit guten

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 285 Arbeitsbedingungen, wie z.B. bei der Caritas, der Diakonie oder anderen Wohlfahrtsverbänden, zur Entlastung von Angehörigen erproben, denn schon heute setzt fast jeder zehnte Haushalt eine
- 290 Hilfskraft ein, die meist in einem rechtsfreien Raum beschäftigt ist. Uns ist dabei wichtig, daß die staatliche Förderung derartiger Projekte an die soziale Absicherung der Beschäftigten gekoppelt ist.
- 295
- Die Förderung des Ehrenamtes zum Aufbau und Ausbau von Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen, die sich die Unterstützung von
- 300 Pflegebedürftigen sowie deren Angehörigen und vergleichbar Nahestehenden zum Ziel gesetzt haben, muss deutlich erhöht werden.
- 305
3. Arbeitnehmer*innen in der Pflege brauchen bessere Beschäftigungsbedingungen und Berufsperspektiven.
- 310 In Deutschland ist bereits jetzt jede/r achte Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegebereich tätig. In der Altenpflege waren 2015 insgesamt 568 000 Menschen beschäftigt, 85 % (484 000) davon sind Frauen. Von den in der Pflege insgesamt Beschäftigten arbeiten wiederum 367 000 (64,6 %) in Teilzeit, hiervon sind 327 000 Frauen. Damit ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in der Pflege deutlich höher als der Anteil aller sozialversicherungspflichtigen
- 315 Teilzeitbeschäftigten in Deutschland (27-28 %, Quelle: IAB, 2015). Die Verweildauer im Altenpflegebereich beträgt allerdings im Schnitt nur 8 Jahre. Hauptgrund hierfür sind die Arbeitsbedingungen und
- 320 Berufsperspektiven.
- 325 Daher muss aufbauend auf den drei Pflegestärkungsgesetzen und anderen Gesetzen wie dem Pflegeberufegesetz umgesetzt werden:
- Ein bundeseinheitlicher Rahmen für Gesundheitsberufe und ein bundeseinheitlicher Branchentarifvertrag Soziales geschaffen werden, um der Zersplitterung der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen und der Tarifabschlüsse zu begegnen.
- 330
- 335

- Unser Ziel ist es Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auch in der Pflege möglich machen. Damit wollen wir eine effektivere Planung von Schichtmodellen ermöglichen, um die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen und das derzeitige, in Teilzeit arbeitende, Fachkräftepotential zu heben.
- Eine bundesweite Pflegefachkräftemindestquote muss in der Altenpflege eingeführt werden, um auch dadurch bessere Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. In unserer Regierungszeit hat unsere Ministerin Katrin Altpeter eine verbindliche Fachkräftequote von über 50% in Baden-Württemberg eingeführt.
- Das Pflegeberufegesetz muss so reformiert werden, dass durch die generelle Einführung einer generalistischen Ausbildung Berufsperspektiven ausgeweitet werden.
- Die Mittel aus dem Pflegevorsorgefonds sind für ein Pflegestellenprogramm in der Altenpflege einzusetzen. Der von der CDU im Zusammenhang mit dem Pflegestärkungsgesetz I verlangte Pflegevorsorgefonds ist für die Versicherten ein Verlustgeschäft, da sich die Renditeannahmen auf dem Kapitalmarkt nicht erfüllen.
- In einer Expertenkommission wollen wir gemeinsam mit Expert*innen und Vertreter*innen der Pflegedienste und Verbände für ehrenamtliche Altenbetreuung Vorschläge entwickeln, wo Angehörige künftig durch bürgerschaftliches Engagement entlastet werden dürfen, und an welcher Stelle niederschwellige Schulungs- und Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche geschaffen werden müssen. Dabei wollen wir unter Berücksichtigung hoher Qualitätsstandards prüfen, welche Leistungen von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern übernommen werden dürfen, die beispielsweise bereits von Familienangehörigen erbracht werden. Dies darf nicht zu Lasten der hauptamtlichen Pflegenden gehen.

4. Länder und Kommunen und die Pflegeversicherung müssen als Partner für den Aufbau der Pflegeinfrastruktur und bei der Koordinierung von in der Pflege ehrenamtlich Tätigen, Fachkräften und pflegenden Angehörigen agieren.
- Pflege der Zukunft ist Pflege im Quartier und in der Kommune. Unterstützung, Betreuung und Pflege braucht eine umfassende, sozialräumliche und integrierte Planung, die neben der professionellen Pflege auch die Selbsthilfe, das Ehrenamt und die Nachbarschaftshilfe einbezieht. Diese integrierte Sozialplanung umfasst auch die Bauleitplanung und Wohnungswirtschaft, die Wirtschaftsförderung sowie den ÖPNV. Ein solches umfassendes Versorgungs- und Angebotskonzept erhält durch gute Beratung Akzeptanz.
- Daher muss aufbauend auf den drei Pflegestärkungsgesetzen:
- In §8 SGB XI muss die gemeinsame Verantwortung von Ländern, Kommunen, Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen genauer definiert werden. In §9 SGB XI muss die Verantwortung der Länder konkret gefasst werden, um die Zusammenarbeit verbindlicher zu regeln.
 - Für altersgerechte Quartiere und Kommunen soll ein Sonderprogramm des Bundes aufgelegt werden, von dem die Kommunen profitieren, die durch sozialräumliche Planung und Pflegeplanung die Angebote ausbauen und vernetzen. Im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ sollen die Quartiersmanager wieder gefördert werden. Insbesondere finanzschwache Kommunen wollen wir bei Quartiersmanagement und Gewährleistung von Teilhabe im Alter stärker fördern.
 - Wir werden uns für eine verbindliche Quote altersgerechter, barrierefreier Wohnungen einsetzen. Dafür sollen vorrangig und zweckgebunden die notwendigen Finanzmittel in einem Bund-Länder-Programm bereitgestellt werden, denn Deutschland hat einen der geringsten Anteile an altersgerechten Wohnungen. Dies soll insbesondere den gemeinnützigen

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
445	Wohnungsbaugenossenschaften zur Verfügung gestellt werden, um auch das Wohnungsbau-Genossenschaftswesen wieder stärker zu beleben.
450	5. Die Finanzierung der Pflege muss durch mehr Solidarität in einer Bürgerversicherung gesichert werden.
455	Die SPD will die Bürgerversicherung einführen. Wie die Bürgerversicherung in der Krankenversicherung wird auch die Bürgerversicherung in der Pflege nachhaltig die Versorgung verbessern, die Solidarität stärken und zu mehr Finanzierungsgerechtigkeit führen. Gerade die Pflegeversicherung eignet sich für eine zügige Einführung einer Bürgerversicherung, denn hier wurde vieles schon geregelt, was sich in der Krankenversicherung noch als Hürde auf dem Weg zur Bürgerversicherung auftut: In der sozialen wie auch in der privaten Pflegeversicherung gibt es den gleichen Leistungsanspruch. In der sozialen wie auch in der privaten Pflegeversicherung gibt es die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern. In der privaten Pflegeversicherung orientieren sich die Beiträge an den Beiträgen in der sozialen Pflegeversicherung.
460	Daher muss die Finanzierung wie folgt geändert werden:
465	<ul style="list-style-type: none"> • Die Pflegeversicherung wird eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und alle Einkommensarten verbeitragt werden.
470	
475	<ul style="list-style-type: none"> • Die Beitragsbemessungsgrenze wird an die Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung angehoben werden, für Beamtinnen und Beamte wird es die Wahlmöglichkeit geben in einen Bürgerversicherungstarif zu wechseln.
480	<ul style="list-style-type: none"> • Der Pflegevorsorgefonds wird abgeschafft, aus den vorhandenen Mitteln wird ein Altenpflegestellenprogramm finanziert.
485	

G5

*Ortsverein Münster-West (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Wechsel zu einer Widerspruchslösung bei
Organspenden in Deutschland**

Um den dramatischen Rückgang der
Organspenden in Deutschland zu stoppen und
die in der heutigen Zeit oftmals als viel zu
selbstverständlich angesehene Möglichkeit
einer Organtransplantation zu stärken,
fordern wir eine möglichst rasche
Gesetzesänderung zur Einführung des
Widerspruchsverfahrens in Deutschland in
Anlehnung an andere europäische Staaten. In
weiterer Folge soll langfristig durch die
Organe der EU eine für alle Mitgliedsstaaten
gültige Lösung erarbeitet und beschlossen
werden.

5

10

**Wechsel zu einer Widerspruchslösung bei
Organspenden in Deutschland**

Erledigt durch Beschluss des ordentlichen
Parteitages 2017 (G20) und Koalitionsvertrag

Innen- und Rechtspolitik, Migration (I)**11***Landesverband Schleswig-Holstein***Berufsbezeichnung und Stand auf Wahl-/stimmzetteln**

Die Berufsbezeichnung und der Stand (der Kandidatinnen und der Kandidaten) werden auf den Wahl-/Stimmzetteln bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen gestrichen.

5

Berufsbezeichnung und Stand auf Wahl-/stimmzetteln

Ablehnung

12*Landesverband Berlin***§ 7 InsO wieder in Kraft setzen**

Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass § 7 der Insolvenzordnung wieder in Kraft gesetzt wird.

§ 7 InsO wieder in Kraft setzen

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

13*OB Pfungstadt (Bezirk Hessen-Süd)***Begrenzung auf eine Amtszeit**

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass die Bundestagsfraktion sich dafür einsetzt, dass die Wiederwahl eines Kanzler oder einer Kanzlerin auf zwei Amtszeiten beschränkt wird.

5

Begrenzung auf eine Amtszeit

Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern

14*Ortsverein Radolfshausen (Bezirk Hannover)***Begrenzung auf 2 Legislaturperioden für das Amt des/ der Bundeskanzlers/ Bundeskanzlerin**

Die SPD-Bundespartei soll einen Gesetzentwurf erarbeiten zur Begrenzung der Amtsdauer einer Bundeskanzlerin / eines Bundeskanzlers auf zwei Legislaturperioden.

Begrenzung auf 2 Legislaturperioden für das Amt des/ der Bundeskanzlers/ Bundeskanzlerin

Erledigt durch Überweisung von 13 an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

15

Ortsverein Radolfshausen (Bezirk Hannover)

Verlängerung der Legislaturperiode für den Deutschen Bundestag auf 5 Jahre

Die SPD-Bundespartei soll einen Gesetzentwurf erarbeiten der die Verlängerung der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages auf 5 Jahre zur Folge hat.

5

Verlängerung der Legislaturperiode für den Deutschen Bundestag auf 5 Jahre

Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDERneuern

16

Kreis VII Harburg (Landesorganisation Hamburg)

§ 219a jetzt abschaffen – für Informationsfreiheit und sexuelle Selbstbestimmung

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, den Antrag auf Abschaffung des § 219a StGB wieder einzubringen und sich für die Abschaffung des § 219a einzusetzen.

5

10

15

20

25

30

§ 219a StGB: Recht auf sachliche Information gewährleisten – strafrechtliche Konsequenzen für Ärztinnen und Ärzte wirksam verhindern

Annahme in der Fassung der Antragskommission:

Im November 2017 wurde die Ärztin Kristina Hänel zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, weil sie auf ihrer Internetseite über Schwangerschaftsabbrüche informiert hat. Diese Verurteilung zeigt sehr deutlich, dass Ärztinnen und Ärzte auf der Grundlage des aktuellen § 219a StGB strafrechtliche Konsequenzen befürchten müssen, wenn sie sachlich über Schwangerschaftsabbrüche informieren. Das kann und darf nicht sein.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar, dass sexuelle Selbstbestimmung aller Menschen ein Grundrecht ist. Auch deshalb verfolgen wir weiter das Ziel, für Frauen mit niedrigem Einkommen den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln sicherzustellen. Sexuelle Selbstbestimmung kann nur dann gelebt werden, wenn alle Menschen freien Zugang zu sachlichen Informationen über medizinische Behandlungen haben. Frauen in der sensiblen Situation wie einer frühen, ungewollten Schwangerschaft dürfen die für sie so wichtigen Informationen nicht vorenthalten werden. Ein freier Zugang zu sachlichen medizinischen Informationen ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten daher nicht verhandelbar.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

35	Vor diesem Hintergrund unterstützt der SPD-Bundesparteitag den Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion zur Streichung des § 219a StGB. Die Suche nach einer parlamentarischen Mehrheit darf angesichts weiterer laufender Strafverfahren gegen Ärztinnen und Ärzte nicht auf die lange Bank geschoben werden. Jetzt ist die Regierung gefordert.
40	
45	Deshalb fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, umgehend die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit möglichst schnell gesetzliche Änderungen verabschiedet werden, auf deren Grundlage Ärztinnen und Ärzte straffrei über Schwangerschaftsabbrüche objektiv informieren können und das Informationsrecht für schwangere Frauen gewährleistet wird.
50	

17

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten

	<p>Sexuelle Selbstbestimmung ist unverhandelbar - §219a StGB umgehend abschaffen</p>
5	<p>In Deutschland sind Schwangerschaftsabbrüche, gebunden an bestimmte Bedingungen, straffrei. Laut §219a StGB ist jedoch jegliche Werbung für diese Eingriffe verboten. Das führt dazu, dass selbst das Bereitstellen von Informationen über diese Eingriffe durch Ärztinnen und Ärzte auf ihren Internetseiten unter Strafe steht. So geschehen bei der Ärztin Kristina Hänel die vom Amtsgericht Gießen zu einer Strafe von 6000 € verurteilt worden.</p>
10	<p>Die SPD bekennt sich zum Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und Informationsfreiheit und kämpft an der Seite von Frauen* und Ärztinnen und Ärzten für mehr Rechtssicherheit durch für die ersatzlose Streichung des §219a StGB.</p>
15	<p>Die SPD Bundestagsfraktion hat bereits einen entsprechenden Gesetzesentwurf beschlossen und verzichtet aktuell auf die Einbringung des Antrags um mit der Unionsfraktion einen Kompromiss auszuhandeln. Wir akzeptieren nicht, dass medizinische Informationen und</p>
20	<p>Erledigt durch Annahme von I 6 in der Fassung der Antragskommission.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 25 Frauenrechte dem Frieden in der Koalition geopfert werden. Ein Kompromiss, der dazu führt, die unklare Rechtslage zwischen Werbung und Informationsfreiheit weiter Aufrecht zu erhalten, lehnt die SPD ab.
- 30 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Abschaffung des § 219a StGB einzusetzen und vorhandene parlamentarische Mehrheit dafür zu nutzen. Die Abstimmung hat für uns den Rang einer
- 35 Gewissensentscheidung und muss daher außerhalb der im Koalitionsvertrag vereinbarten Koalitionsdisziplin stattfinden.

18

Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

- § 219a**
Die hohe Zustimmung der Mitgliedschaft zum Koalitionsvertrag ist vor allem in der Erwartung begründet, dass die SPD die Chance nutzt, politisch eigenständig sichtbar zu werden und sozialdemokratische Positionen umzusetzen, um bei den Wählerinnen und Wählern wieder eindeutig erkennbar zu werden und Stimmen zurückzuholen.
- 5 Das schließt Entschiedenheit gegenüber dem Koalitionspartner bei widerstreitenden Themen und ein entsprechendes öffentliches Auftreten ein. Kaum im Amt, verstößt die SPD in Regierung und Bundestagsfraktion dagegen in eklatanter Weise.
- 10 Seit der strafrechtlichen Verurteilung einer Gynäkologin unter Berufung auf § 219 a des Strafgesetzbuches haben SPD, Grüne, Linke und die FDP sich dafür ausgesprochen, diesen Paragraphen zu streichen oder zu ändern
- 20 (FDP), weil die bloße Information, dass in einer Praxis Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, wie von der Ärztin auf ihrer Homepage mitgeteilt, nicht als verbotene Werbung zu werten ist, die etwa auf finanzielle Bereicherung ausgerichtet ist.
- 25 Die SPD hat zweimal einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht und ist unverständlicherweise zweimal vor der CDU/CSU eingeknickt, obwohl die
- 30 Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles bereits mit dem Fraktionsvorsitzenden Kauder der Union ausgehandelt hatte, dass die SPD in diesem Fall kontrovers abstimmen würde.

- § 219a**
Erledigt durch Annahme von I 6 in der Fassung der Antragskommission.

35 Während die SPD also ihren Antrag bereits
zum zweiten Mal zurückgezogen hat, macht
der neue CDU-Gesundheitsminister mit
unverschämten Anwürfen gegen die SPD
Schlagzeilen. Die CDU-Generalsekretärin
40 Kramp-Karrenbauer wiegelt zwar ab, eine
Lösung des Konflikts lässt sie jedoch offen.
SPD-Justizministerin Katharina Barley wiegelt
ebenfalls ab und stellt einen Kompromiss in
Aussicht ohne Hinweise, wie der aussehen
45 könnte.

Die SPD Düsseldorf ist zutiefst enttäuscht
über diesen Kniefall der politisch
Verantwortlichen in Berlin vor einer nach
50 rechts gedrifteten Union, die es nicht
abwarten kann, der SPD politischen Schaden
zuzufügen.

Sie fordert die Bundestagsfraktion auf, ihren
Antrag zu § 219 a zeitnah zur Abstimmung
55 einzubringen. Der Faktionszwang ist
aufzuheben.

Selbstverständlich geht es in der SPD niemand
um Werbung für Schwangerschaftsabbrüche
und schon gar nicht um die Öffnung
60 finanzieller Pfründe für medizinische
Einrichtungen oder ärztliches Personal. Dies
ist uneingeschränkt abzulehnen! Aber es muss
möglich sein, bloße Information über die
Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen
65 ohne Strafandrohung für Ärztinnen oder
Ärzten zur Kenntnis zu bringen.

Wer dies verhindern will, rettet kein
ungeborenes Leben, sondern macht Frauen
den schweren Weg in ihrer Not noch schwerer.

70 Muss man immer noch betonen, dass sich
keine Frau aus Leichtfertigkeit für einen
Schwangerschaftsabbruch entscheidet,
sondern sich in einer schwerwiegenden
Notlage befindet, über die ein
75 Gesundheitsminister und auch ein
Strafbericht zum Glück nicht zu entscheiden
hat. Hier ist im Interesse aller Beteiligten
Rechtssicherheit zu schaffen.

19

*Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Haltung zeigen und die Abschaffung des § 219a StGB nicht länger aufschieben**

Am 02.03.2018 brachte die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag zur Aufhebung des §219a StGB in den Bundestag ein. Dies setzte mehrere deutliche Zeichen: wir waren bereit, Haltung zu zeigen und uns für die Rechte von Frauen und Ärzt*innen einzusetzen und einen mutigen Weg zu gehen. Nachdem auch die FDP bereit war, diesen Antrag mitzutragen, statt an ihrem eigenen Kompromiss festzuhalten, schien die längst überfällige Aufhebung in greifbarer Nähe. Mit der Streichung des §219a hätten Ärztinnen und Ärzte die Möglichkeit erhalten, über ihr eigenes medizinisches Angebot informieren - eine Selbstverständlichkeit bei allen anderen medizinischen Eingriffen.

Nun gibt es ein anderes Signal: der Antrag wurde zurückgezogen, eine Gewissensentscheidung wird nicht mehr angestrebt. Dies ist ein Schlag ins Gesicht für alle Frauen und Ärzt*innen, die ihre Hoffnungen in uns gesetzt haben. Stattdessen lässt man sich das Heft des Handels von der Unionsfraktion aus der Hand nehmen und sich von diesen die eigene Gesellschaftspolitik diktieren. Damit legt die Fraktion, die selbst nur zu 20 Prozent aus Frauen besteht, der körperlichen Selbstbestimmung von Frauen erneut Steine in den Weg und lässt zu, dass Ärzt*innen weiterhin für eine Information über ihre Leistung kriminalisiert werden.

Wir sind mit dem Versprechen in die erneute große Koalition gestartet, uns zu erneuern und an Profil zu gewinnen. Diese Chance bietet sich uns hier in historischer Weise. Wir dürfen sie nicht verstreichen lassen.

Wir fordern daher die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, den ursprünglichen Antrag aufrecht zu erhalten und gemeinsam mit den Fraktionen der FDP, der Grünen und der Linken die Aufhebung des § 219a StGB zu erwirken und mindestens eine Gewissensentscheidung im Bundestag zu ermöglichen.

Haltung zeigen und die Abschaffung des § 219a StGB nicht länger aufschieben

Erledigt durch Annahme von I 6 in der Fassung der Antragskommission.

I10*Ortsverein Bürgel-Rumpenheim (Bezirk Hessen-Süd)***Bürgerbeteiligung erleichtern**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die bereits vorliegende Drucksache 17/9156 vom 27.03.2012 in einer aktualisierten Fassung als Antrag erneut in den Deutschen Bundestag einzubringen und durch einen Zusatz zu ergänzen, dass rechtsfähige Dachverbände, in denen sich Bürger mit ihren Initiativen organisiert haben, einen Rechtsanspruch auf Übernahme der Kosten erhalten, die ihnen dadurch entstehen, dass sie bei komplexen Infrastrukturprojekten und Planfeststellungsverfahren durch entsprechend qualifizierte Anwälte und Sachverständige beraten und bei nachfolgend sich ergebenden Verwaltungs- und Gerichtsverfahren anwaltlich und gutachterlich vertreten werden.

Bürgerbeteiligung erleichtern

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

I11*Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)***3+2-Regel verbessern- jungen Geflüchteten eine Chance bieten**

Wir fordern, eine Herabsetzung der Voraussetzungen für das Greifen der 3+2-Regel (§60a Abs. 2 Sätze 4 und 5 AufenthG). So fordern wir konkret den zeitlichen Rahmen, in dem die Regelung in Kraft tritt, bzw. ein entsprechender Antrag gestellt werden kann (nach Abschluss des Asylverfahrens, jedoch bevor konkrete Maßnahmen zu Aufenthaltsbeendigung beschlossen sind), auszuweiten. Ferner muss die Formulierung „konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung“ (§60a Abs. 2 Satz 5 AufenthG) konkretisiert werden, um den Behörden verpflichtende Vorgaben zu machen.

Darüber hinaus wäre eine direkte Bleibegarantie für 5 Jahre ab der Unterzeichnung eines Ausbildungsvertrages für uns ebenfalls denkbar. Diese Möglichkeit gilt es zu prüfen.

3+2-Regel verbessern- jungen Geflüchteten eine Chance bieten

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Ziel der 3+2-Regel ist es, abgelehnten Asylbewerber*innen, die eine Ausbildung anfangen, oder diese bereits begonnen haben, trotz des abgeschlossenen Asylverfahrens, die

Möglichkeit zu bieten, die Ausbildung fortzusetzen. So lobenswert die Intention zwar ist, da gerade jungen Geflüchteten auf diese Weise eine Perspektive geboten wird, so wenig funktioniert die Regelung aber tatsächlich. Wegen des viel zu knappen zeitlichen Rahmens, in dem die Regelung greift, nämlich nach Beendigung des Asylverfahrens, jedoch vor der Einleitung „konkreter Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung“, haben viele Geflüchtete gar keine reelle Chance, einen entsprechenden Antrag zu stellen, vor allem auch weil die Formulierung „konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung“ zu viel Interpretationsspielraum lässt.

So ist gerade die Bayerische Staatsregierung in den letzten Monaten immer wieder dadurch aufgefallen, dass sie eben diese Formulierung möglichst großzügig interpretiert hat, um somit die 3+2-Regel zu umgehen und Geflüchtete meist während der Ausbildung abzuschieben.

Aber auch aus unternehmerischer Perspektive ist eine Korrektur dieses Gesetzes unabdingbar, da die Ausbildungsbetriebe derzeit keinerlei Planungssicherheit haben und daher abgeschreckt werden könnten, wenn es um die Einstellung von Geflüchteten geht.

Aus diesem Grund fordern wir, den Beantragungszeitraum für die 3+2-Regel auszudehnen und die Formulierung „konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung“ zu konkretisieren, um schnell für eine Verbesserung der Situation Geflüchteter in der Ausbildung zu sorgen.

Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen (K)

K1

Landesverband Berlin

- SPD solidarisch: Mieter*innen-Partei – Parteinarbeit für Mieter*innen in Berlin** – **SPD solidarisch: Mieter*innen-Partei – Parteinarbeit für Mieter*innen in Berlin**
- Kooperationsverbot aufheben und Eigenbedarfskündigungen einschränken** Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion (Zeilen 1-163)
- 5 Ohne eine Änderung des Grundgesetzes sind ab 2020 die Länder allein für die soziale Wohnraumversorgung zuständig. Angesichts der Entwicklung am Mietwohnungsmarkt, dem Auslaufen von Belegungsbindungen und dem Einsetzen der Schuldenbremse droht damit eine weitere Verschärfung der Lage am
- 10 Mietwohnungsmarkt – vor allem in den großen Ballungsräumen und Universitätsstädten. Wir sind daher der Überzeugung, dass die Förderung des sozialen Wohnungsbaus auch zukünftig als
- 15 Gemeinschaftsaufgabe „Wohnen für alle!“ von Bundesebene und Ländern, zweckgebunden und langfristig auch nach 2019 fortgeführt werden muss. Das
- 20 Kooperationsverbot muss auch in diesem Handlungsfeld aufgehoben und der Schwerpunkt der Förderung auf die Förderung von bezahlbaren Mietwohnungen und nicht auf die steuerliche Förderung der
- 25 Eigentumsbildung gelegt werden, wie sie die konservativ-liberalen Parteien fordern.
- Die Zahl der preiswerten Mietwohnungen, vor allem der in der Vergangenheit geförderten Sozialwohnungen geht seit einigen Jahren dramatisch zurück. Nicht nur das Auslaufen
- 30 der Bindungsfristen, sondern der schleichende Verlust von preiswerten Mietwohnungen durch Umwandlung in Eigentumswohnungen tragen schleichend dazu bei. In Berlin sind
- 35 allein in den Jahren 2011 bis 2016 mehr als 62.000 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt worden. Vor allem innerstädtische Wohnungen in den
- 40 Ballungszentren wie Berlin sind betroffen. Wir treten daher dafür ein, dass diese Umwandlungspraxis aufhört, d. h., dass die gesetzlichen Anforderungen an eine
- 45 Umwandlung in Wohnungseigentum deutlich verschärft werden müssen. Die Mietwohnung muss ein gesetzlich geschütztes Gut werden.

50 Berlin wird sich daher dafür einsetzen, dass das Baurecht, dahingehend geändert wird, dass die Umwandlung von Mietin Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten komplett untersagt wird. Alle Ausnahmeregelungen im Baurecht sind abzuschaffen.

55 Berlin nutzt verstärkt die Möglichkeit der Ausweitung von Erhaltungssatzungsgebieten nach § 172 Abs. BauGB. Senat und Bezirke erarbeiten dazu ein stadtweites Konzept, das gemeinsam umgesetzt wird. Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die rechtliche Grundlage für verbindliche Mietobergrenzen nach Modernisierungen in Milieuschutzgebieten geschaffen wird. Diese sollen auch bei Neuvermietungen Geltung haben. Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Regelungen bei der Eigenbedarfskündigung verschärft werden:

- 70 • So ist das Recht auf Eigenbedarfskündigung, auf den tatsächlichen Eigentümer zu beschränken.
- Die Ausübung der Eigennutzung muss kontrolliert werden.
- Der Missbrauch muss sanktioniert werden.

75 **Modernisierung / Energetische Sanierung muss klar geregelt werden**
Mieterhöhungen nach Modernisierungsmaßnahmen müssen begrenzt werden, damit Wohnen bezahlbar bleibt. Die Tragung der gesamten Kosten für Modernisierungsmaßnahmen allein durch Mieterinnen und Mieter ist durch Streichung des § 559 BGB zu beenden.

85 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Mietrecht in den Paragraphen 536, 555 sowie 559 BGB so verändert wird, dass Kosten für Modernisierungsmaßnahmen nicht mehr allein von den Mieterinnen und Mietern, sondern von den Vermietern getragen werden, die hierfür eine Wertsteigerung ihres Eigentums sowie die Möglichkeit der Mieterhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete nach § 558 BGB erhalten.

Energetische Sanierung

- 100 • Zukünftig sollen nur die Maßnahmen auf die Miete umgelegt werden können, die Wirtschaftlichkeitsprinzipien entsprechen.
- 105 • Eine Überprüfung der Maßnahmen durch den Mieter muss möglich sein. Unzulässige Modernisierungsmaßnahmen müssen vom Mieter abgelehnt werden können.
- 110 • Die Nettokaltmiete nach der Modernisierung wird – analog zur Mietpreisbremse – auf einen Betrag begrenzt, der die ortsübliche Vergleichsmiete um nicht mehr 10% übersteigt.
- 115 • Konkretisierung der Härtefallklausel durch Einführung eines Regelbeispiels: Härte liegt regelmäßig vor, wenn mehr als 40 Prozent des Nettohaushaltseinkommens für Miete einschließlich Heizkosten gezahlt werden muss.
- 120 In der nächsten Wahlperiode steht aufgrund der EU-Rechtsprechung eine Änderung der ENEV und des Erneuerbare-EnergienWärmegesetzes an. Geplant ist die Zusammenfassung zu einem Gebäudeenergiegesetz (GEG).
- 125 Wir fordern, dass zukünftig energetische Sanierungen genau auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft werden und kein Mieter eine energetische Sanierung fürchten muss. Unser Ziel ist es, die Praxis des grauen Baumarktes zu stoppen, der vorgeblich energetische Sanierungen für Entmietungen in attraktiven Großstadtquartieren nutzt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Städtebauförderprogramme und die KfW-Förderung sich zukünftig auf die energetische Sanierung von Quartieren konzentrieren und dass die Förderung auf eine warmmietneutrale Sanierung ausgerichtet wird.
- 130 Der qualifizierte Mietspiegel muss als Instrument gestärkt werden. Ein wesentlicher Punkt dabei ist die Verlängerung des Bezugszeitraumes auf mindestens 10 Jahre.
- 135 Konkretisierung der Anforderungen an Mietspiegel, vor allem durch eine Mietspiegelverordnung der Bundesregierung, in der insbesondere für qualifizierte Mietspiegel Grundsätze aufgestellt werden.
- 140
- 145
- 150

- 155 Der Spekulation mit Grund und Boden muss durch Entwicklungsmaßnahmen, Baugebote und durch die Anpassung der Besteuerung entgegengewirkt werden. Durch eine kürzere Befristung der Baugenehmigungen soll der Grundstückshandel eingedämmt werden.
- 160 Im Rahmen der geplanten Novelle des Baugesetzbuches muss ein planungsrechtliches Instrument zur Steuerung der Bodenpreisentwicklung geschaffen werden, welches auch kleinteilig anwendbar ist.
- 165 **Aufgaben in Berlin**
- Berlin wird selbst Grundstücke aktiv erwerben und preislimitierte, am Verkehrswert orientierte Vorkaufsrechte aktiv nutzen bzw.
 - 170 Abwendungsvereinbarungen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter schließen.
 - Wir fordern, dass innerhalb des S-Bahnringes möglichst flächendeckend und darüber hinaus in allen Gebieten, welche die Voraussetzungen dafür erfüllen, soziale Erhaltungssatzungen nach § 172, Absatz 1, Satz 1, Nr. 2 BauGB (Milieuschutz) aufgestellt werden.
 - 175
 - Im Haushalt des Landes Berlin ist hinreichend Vorsorge zu treffen, dass den Bezirken ausreichende personelle und finanzielle Mittel zur Ausweisung und Kontrolle von Maßnahmen nach §172 BauGB zur Verfügung stehen.
 - 180
 - Das Land Berlin legt eine neue Modernisierungsförderung mit mindestens 70 Mio. Euro pro Jahr auf. Diese Fördermittel sind vorrangig für Maßnahmen in sozialen Erhaltungsgebieten einzusetzen. Sie sollen vor allem für warmmietneutrale Sanierungen eingesetzt werden, die entsprechend abgesichert werden müssen.
 - 185
 - Die Abkehr von der Privatisierungslinie und der neue Kurs des Berliner Senats zur Stärkung der landeseigenen Wohnungsbauunternehmen muss konsequent fortgesetzt werden, um einen funktionierenden sozialen Mietmarkt zu gewährleisten. Dies bedeutet, dass das Land Berlin seinen Anteil an landeseigenen Wohnungen perspektivisch auf 500.000 Wohnungen
 - 190
 - 195
 - 200

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 205 weiter erhöhen muss. Um diese Strategie langfristig abzusichern, müssen Privatisierungen von kommunalem Eigentum verfassungsrechtlich ausgeschlossen werden.
- 210 • Innerhalb dieser Wahlperiode soll Berlin die Zahl der geförderten Sozialwohnungen auf 6000 pro Jahr steigern. Wir streben dabei an, dass nach dem Grundsatz verfahren wird „Einmal gefördert, immer gebunden.“.
- 215 • Wir bekräftigen die Zielsetzung des Koalitionsvertrages zur dauerhaften sozialen Belegungsbindung in den städtischen Wohnungsbauunternehmen.
- 220 • Die Mieten im sozialen Wohnungsbau sind durch ein neues System der Mietenkalkulation für WBS berechnete Haushalte zu kappen. Belegungsbindungen sind konsequent für die Versorgung berechtigter Haushalte zu nutzen.
- 225 • „Das Mietenbündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ des Landes Berlin muss durch die Einbeziehung von kooperationswilligen genossenschaftlichen und privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen auf eine breitere Basis gestellt werden. Ziel muss es sein, in einem solchen Bündnis, bezahlbare Mietwohnungen nach Hamburger Modell zur Verfügung zu stellen.
- 230 • Es ist zu prüfen, ob alle Rechtsvorschriften in einem Wohnraumschutzgesetz zusammengefasst werden können. Darin soll das Land Berlin insbesondere den Abriss von preisgünstigen Mietwohnungen verhindern und weitere Instrumente gegen die Vernachlässigung und Überbelegung von Wohnraum ein bzw. zusammenführen. Mit der Senatsverwaltung abgesprochene Maßnahmen der Bezirke sind für ggf. eintretende Rechtsstreitigkeiten finanziell abzusichern.
- 235 • Das geschützte Marktsegment, Wohnungen für Menschen mit dringendem Wohnraumbedarf, ist auszuweiten. Private, kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen sollen pro Jahr 3.000 Haushalte mit dringendem
- 240
- 245
- 250
- 255

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
260	<p>Wohnbedarf unterbringen. Insbesondere private Wohnungsunternehmen müssen sich bei der Unterbringung dieser Nachfragegruppen mehr engagieren.</p>
265	<ul style="list-style-type: none"> Die neuen Modularbauten für Flüchtlinge sollen in den nächsten Jahren für die Versorgung von weiteren Zielgruppen geöffnet werden, um so gemischte Quartiere zu entwickeln.
270	<ul style="list-style-type: none"> Das Land Berlin intensiviert das Monitoring des Wohnungsmarktes. Dazu muss es eine halbjährige Auswertung der Bestandsentwicklung bei Mietwohnungen geben – getrennt nach unterschiedlichen Mietpreis-Einstufungen und Belegungsbindungen. Ziel ist eine kontinuierliche Bestandsaufnahme und eine belastbare
275	<p>Prognose über die Zahl des Bestandes und des Zubaus der Mietsozialwohnungen und bezahlbaren Wohnungen sowie die Zahl der aus der Förderung bzw. Bindung</p>
280	<p>fallenden geförderten Mietwohnungen zu erhalten.</p>
285	<p>Hier sollten die Daten über die durch Luxus-Modernisierungen und Aufteilung in Eigentumswohnungen verlorenen Wohnungen ausgewiesen werden. Angaben über die Zahl der noch benötigten oder gebauten Wohnungen, ohne Angabe zu den Mietpreisen verzerren das Bild. Das Ergebnis</p>
290	<p>der Auswertung sollte der Handlungsrahmen für die Bedarfsplanung der Stadtentwicklungspolitik des Landes Berlin werden.</p>
295	<ul style="list-style-type: none"> Berlin sucht eine intensivere Kooperation mit dem Land Brandenburg, um zu einer gemeinsamen Stadtentwicklung und Wohnungsbaupolitik in der Region zu kommen.
300	<ul style="list-style-type: none"> Berlin verpflichtet sich dazu, zukünftig und dauerhaft eine enge Kooperation mit den Wohnungsgenossenschaften zu suchen. Genossenschaften sind Akteure mit sozialer Verantwortung.
305	<ul style="list-style-type: none"> Genossenschaften stellen gegenwärtig mit ca. 200.000 Wohnungen 12% der Wohnungen in Berlin bereit. Mit einem durchschnittlichen Mietpreis von 5,20 Euro pro m² im Bestand sind sie ein wichtiger Bestandteil für die Versorgung
310	<p>mit bezahlbarem Wohnraum in unserer</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 315 Stadt. Insbesondere für Mittelschichtsfamilien, denen sonst kaum noch Zugang zu bezahlbaren Wohnungen zur Verfügung steht, bieten sie sicheren Wohnraum auf Dauer. Um diese Funktion zu stärken, muss das Land Berlin Genossenschaften stärker fördern, damit diese die Zahl an erschwinglichen Genossenschaftswohnungen ausbauen können.
- 320
- Die SPD Berlin ruft ihre Mitglieder dazu auf, die Berliner Mieterselbstorganisationen zu unterstützen und Mitglied zu werden.

K2

Ortsverein Stuttgart-Ost (Landesverband Baden-Württemberg)

Bodenwertsteuer

Die SPD setzt sich bei der Reform der Grundsteuer für eine reine Bodenwertsteuer ein.

Bodenwertsteuer

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und die neue Wohnungsbaukommission Wohnungsbau beim SPD-Parteivorstand

K3

Ortsverein Gifhorn (Bezirk Braunschweig)

Rekommunalisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge

- Wir fordern alle Gliederungen des SPD auf, als eine regionale Zielsetzung sich für eine vollständige Rekommunalisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge einzusetzen.
- 5 Hierzu zählen unter anderem Krankenhäuser, Müllabfuhr, Energieversorger und Wasserwerke. Für die Rekommunalisierungen sind geeignete Rahmenbedingungen und Gesetze zu schaffen, um im Rahmen der Niedrigzinsphase bisher privatisierte Dienstleistungen in die öffentlichen Trägerschaften (z.B. Gemeinde und Kommunen) zurück zu führen.
- 10

Rekommunalisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge

Ablehnung

K4

Ortsverein Olbernhau (Landesverband Sachsen)

Obdachlosigkeit

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Sofortprogramm gegen Obdachlosigkeit in Deutschland auf den Weg zu bringen.

Obdachlosigkeit

Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern und an die SPD-Bundestagsfraktion und

Medien- und Kulturpolitik, Digitalpolitik (M)

M1

Landesverband Berlin

5	<p>Act smart – get safe: Gerätehersteller*innen verpflichten, Konsumenten schützen! Immer mehr Geräte verfügen über eine Internetanbindung, egal ob PCs, Smartphones, Tablets, Wearables, Smart-TVs oder smarte Haushaltsgeräte, wie</p>	5	<p>Act smart – get safe: Gerätehersteller*innen verpflichten, Konsumenten schützen! Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
10	<p>Kühlschränke. Wenn alles mit jedem kommuniziert, kommt dem Aspekt der Geräte-Sicherheit eine besondere Rolle zu. Während bei Computern regelmäßige Sicherheitsupdates bei den gängigen Betriebssystemen (Windows, MacOS, Linux) mittlerweile die Regel sind, stellt sich die Situation bei den anderen internetfähigen Geräten, insbesondere bei Smartphones, problematischer dar. So laufen</p>	10	
15	<p>Medienberichten zufolge beispielsweise 90% aller Android-Geräte mit veralteter Software. Die Ursache liegt dabei in erster Linie nicht bei den User*innen, denn viele Hersteller*innen bieten notwendige Sicherheitsupdates</p>	15	
20	<p>entweder gar nicht, nur in unregelmäßigen Abständen oder nur für ihre aktuellsten Geräte an. Leidtragende sind die Konsumenten, denn die von ihnen verwendeten Geräte können auf</p>	20	
25	<p>unterschiedlichste Art und Weise angegriffen werden. Da auf Mobilgeräten vielerlei persönliche Daten zusammenlaufen (E-Mail, Banking, Social Media, Fotos), sind die Auswirkungen möglicher Attacken enorm. Mittlerweile sind immer mehr klassische</p>	25	
30	<p>Haushaltsgegenstände mit dem Internet verbunden. Auch Angriffe auf Smart-Home Technologien oder die Bordcomputer in modernen Autos sind mit enormen Risiken verbunden. Schon alleine, weil auch hier</p>	30	
35	<p>zahlreiche persönliche Daten gespeichert und verwertet werden. Dieses Risiko ist minimierbar! Hierzu müssen die Hersteller*innen Sicherheitsupdates</p>	35	
40	<p>kontinuierlich bereitstellen. Am Beispiel des Android-Betriebssystems lässt sich feststellen, dass Google notwendige Updates aktuell freiwillig bereitstellt, diese jedoch nur von</p>	40	
45	<p>wenigen Hersteller*innen an die Konsumenten weitergegeben werden.</p>	45	

50 Da nicht zu erwarten ist, dass sich diese Situation ohne Eingreifen der Politik verbessern wird, muss der Gesetzgeber zum Wohle der Konsumenten tätig werden und die kontinuierliche Versorgung mit Sicherheitsupdates gegenüber den Hersteller*innen durchsetzen. Die Hersteller*innen müssen verpflichtet werden, regelmäßige Sicherheitsupdates der auf den Geräten installierten Software durchzuführen. Insbesondere muss die Haftung im Schadensfall bei den Hersteller*innen und nicht bei den Konsumenten liegen.

55 Aufgrund der Schnelllebigkeit der heutigen Technologie sind Updates über einen unbegrenzten Zeitraum jedoch nicht sinnvoll umzusetzen. Deshalb müssen für die verschiedenen Gerätegattungen jeweils verbindliche Zeiträume durch den Gesetzgeber festgelegt werden, in denen eine kontinuierliche Versorgung mit Softwareupdates durch die Hersteller*innen sichergestellt sein muss.

60

65

70

75 Grundlage für die Festlegung einer Mindestunterstützung mit Sicherheitsupdates könnte die jeweilige durchschnittliche Nutzungsdauer der Geräte sein. So wird ein Smartphone im Schnitt 2,5-3 Jahre verwendet. Kühlschränke jedoch werden in der Regel 7 Jahre verwendet und sollen durch die Hersteller*innen über einen entsprechenden Mindestzeitraum ab Kauf aktualisiert werden, sofern sie internetfähig sind. Die Versorgung mit Sicherheitsupdates soll dabei das zweieinhalbfache der jeweiligen durchschnittlichen Nutzungsdauer der Geräte, wie sie das Bundesfinanzministerium angibt, ab Kauf keinesfalls unterschreiten. Um eine langfristige Weiterverwendung der Geräte sicherzustellen, soll im Falle keiner weiterer Updates durch den Hersteller – auch nach der Mindestunterstützung von Sicherheitsupdates – dieser dazu verpflichtet sein, den Quellcode für nicht-kommerzielle Zwecke bereitzustellen, so dass eine Weiterentwicklung durch die Öffentlichkeit und von Privatpersonen möglich ist.

80

85

90

95 Darüber hinaus sollen Hersteller*innen verpflichtet werden, ihre Unterstützung mit Sicherheitsupdates transparent vor Kauf

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

100 darzulegen, beispielsweise durch eine
 Kennzeichnungspflicht nach dem Vorbild der
 europäischen
 Energieverbrauchskennzeichnung.
 Es ist sicherzustellen, dass nur Geräte in den
 Verkehr gebracht werden dürfen, die diese
 105 Anforderungen erfüllen. Halten die
 Hersteller*innen ihre Verpflichtungen nach
 Kauf nicht ein, sollen sie wirksam in Regress
 genommen werden können. Hierfür sind
 entsprechende Regelungen mit
 110 empfindlichen Strafen auf europäischer Ebene
 zu schaffen.
 Wir fordern die Mitglieder der SPD-
 Bundestagsfraktion und der S&D-Fraktion im
 Europäischen Parlament auf, entsprechend
 115 tätig zu werden.

Organisationspolitik (O)

O1

Ortsverein Hagen (Bezirk Nord-Niedersachsen)

	Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms für die SPD	Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms für die SPD
5	Der OV Hagen im Bremischen beantragt und fordert den Parteivorstand auf, die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogrammes für die SPD anzustoßen. An der Erarbeitung sollen an dem auf Grundlage des proklamierten „Neustarts“ alle Gliederungen der Partei beteiligt werden.	Überweisung an den vom ordentlichen Bundesparteitag 2017 beschlossenen Prozess #SPDerneuern
10	Eine politische Neuausrichtung und Neugestaltung der SPD ist, unabhängig davon ob wir uns in einer großen Koalition oder in der Opposition befinden, nur mit und durch die Beteiligung aller in der Partei möglich.	

O2

Ortsverein Bad Krozingen-Hartheim (Landesverband Baden-Württemberg)

	Neues Grundsatzprogramm erarbeiten - die Chance auf Profilierung und öffentliche Wahrnehmung nutzen	Neues Grundsatzprogramm erarbeiten - die Chance auf Profilierung und öffentliche Wahrnehmung nutzen
5	Die SPD benötigt ein neues Grundsatzprogramm. Das über 10 Jahre alte "Hamburger Programm" ist nicht veraltet, in vielen Teilen aktuell und in den Kernaussagen nach wie vor gültig.	Überweisung an den vom ordentlichen Bundesparteitag 2017 beschlossenen Prozess #SPDerneuern
10	Jedoch fehlen ganze Themenkomplexe wie z.B. zur Digitalisierung, Entwicklungspolitik, Fluchtursachen und Integration von Geflüchteten in Europa und Deutschland. Weiterhin lassen sich in vielen anderen Bereichen inzwischen Ergänzungen und Präzisierungen aufnehmen oder sind Überarbeitungen aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre angebracht.	
15	In der besonderen Situation, dass die SPD sich eine dringend notwendige Erneuerung verordnet hat, gleichzeitig jedoch erneut in Verantwortung für unser Land Regierungsverantwortung übernimmt, ist die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms eine gute Möglichkeit Profil zu zeigen.	
20		

03

Ortsverein Hannover Bothfeld (Bezirk Hannover)

Kommission für ein Grundsatzprogramm

Der außerordentliche Parteitag im April 2018 setzt eine Kommission ein, die ein langfristiges und zukunftsfähiges Grundsatzprogramm erarbeiten soll. Die sozialdemokratischen Werte sollen im Hinblick auf eine veränderte Gesellschaft in einer veränderten Welt definiert und die Ziele einer sozialdemokratischen Regierung benannt werden. Insbesondere sollen drei Themen im Mittelpunkt stehen:

- Schaffung eines sozial gerechten Deutschland in einem sozial gerechten Europa;
- Durchsetzung eines wirksamen Klima- und Umweltschutzes;
- Grundsätze einer engagierten Friedens- und Entwicklungshilfepolitik, die an den Ursachen der Konflikte, besonders im Nahen Osten und in Afrika, ansetzt, um die Massenflucht der Menschen aus diesen Regionen einzudämmen, die vor Krieg, Hunger, und Hoffnungslosigkeit ihrer Zukunft und der ihrer Kinder aus ihrer Heimat fliehen.

Die Kommission besteht paritätisch aus Frauen und Männern und jungen und älteren Mitgliedern sowie proportional aus Mitgliedern der alten und neuen Bundesländer.

Die Mitglieder der Ortsvereine und Unterbezirke werden in die Arbeit der Kommission einbezogen und erhalten die Möglichkeit, sich aktiv an der Diskussion der Kommission zu beteiligen.

Die Kommission legt einen ersten Bericht mit Empfehlungen beim nächsten ordentlichen Parteitag vor. Nach einer Diskussion auf dem Parteitag und sich möglicherweise anschließenden Fach- und Regionalkonferenzen sind der fortgeschriebene Kommissionsbericht und die Empfehlungen Grundlage des Wahlprogramms für die nächste Bundestagswahl.

Kommission für ein Grundsatzprogramm

Überweisung an den vom ordentlichen Bundesparteitag 2017 beschlossenen Prozess #SPDerneuern

O4*Ortsverein Isernhagen (Bezirk Hannover)***Stimmberechtigung bei Mitgliedervoten**

Stimmberechtigt bei Mitgliedervoten sind nur Mitglieder, deren Mitgliedschaft bereits am Datum des Entscheids zu diesem Votum bestand.

Stimmberechtigung bei Mitgliedervoten

Ablehnung

O5*Kreisverband Bautzen (Landesverband Sachsen)***Beteiligung zum Grundsatzprogramm**

Im aktuellen Erneuerungsprozess der SPD ist es folgerichtig und notwendig, dass die Partei sich ein neues Grundsatzprogramm erarbeitet. Es kommt darauf an, die wirklich grundsätzlichen Themen so knapp und eindeutig aufzugreifen, dass jedermann sie versteht und künftig mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Verbindung bringt. Da soll es Punkte geben, die, wie unser Grundgesetz, nie zur Verhandlung stehen dürfen.

5

10

15

20

25

Wir wollen das Programm mit allen Mitgliedern der Partei mittels der im SPD-Erneuerungsprozess zu findenden und umzusetzenden Formen basisnaher Beteiligungsmethoden diskutieren und schlussendlich in einem neuen Mitgliedervotum zur Abstimmung bringen.

Es muss ein unabhängiges Gremium eingerichtet werden, welches zukünftig konsequent die nachhaltige Umsetzung von Grundsatzprogrammen und Parteitagebeschlüssen bei den verantwortlichen Mandatsträgern einfordert.

Beteiligung zum Grundsatzprogramm

Überweisung an den vom ordentlichen Bundesparteitag 2017 beschlossenen Prozess #SPDERneuern

O6*Ortsverein Wuppertal Cronenberg-Hahnerberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Neues soziales Grundsatzprogramm für die SPD**

Der Bundesvorstand möge in kürzester Zeit, spätestens bis zum nächsten ordentlichen Parteitag einen Plan über die Erneuerung (Inhaltlich/Organisatorisch/Strukturell und Ziele) erstellen.

5

Die Themen müssen sein: Mehr innerparteiliche Demokratie, soziale

Neues soziales Grundsatzprogramm für die SPD

Überweisung an den vom ordentlichen Bundesparteitag 2017 beschlossenen Prozess #SPDERneuern

- 10 Gerechtigkeit, gerechtere Vermögensverteilung, Sicherheit im Alter, Hilfe für in Not geratene, Mieterschutz, Chancengleichheit an den Schulen, Bildungsplanung, spürbare -und sichtbare Verbesserung der inneren Sicherheit, sozialer Wohnungsbau, soziales Bodenrecht,
- 15 verbesserte Umweltschutzgesetze, Abschaffung der Massentierhaltung, die Digitalisierung muss schnellstens eingeführt werden. Erhöhung des Mindestlohns, Stärkung Europas, Einwanderungsgesetz,
- 20 Flüchtlingspolitik, Umgang mit Flüchtlingen, mehr Einstellungen bei der Polizei, in den Krankenhäusern Kindergärten und Pflegepersonal. Bessere Bezahlung dieser Berufsgruppen.
- 25 Den Pflegenotstand bekämpfen, Stopp der Privatisierung von sozialen Dienstleistungen. Steuerflucht vermeiden. Den Solidaritätszuschlag über 2020 hinaus verlängern und die Einnahmen einem zu bildenden kommunalen Schuldenfond zuführen. Dadurch könnten sich die Kommunen von ihren Altlasten schnellstens befreien und wieder gestaltend tätig werden.
- 30 Außerdem bedarf es Anpassungen bei der Erbschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes. Besserverdiener sollten demnach mehr Steuern zahlen und Geringverdiener müssen steuerlich entlastet werden.
- 35 Dies sind natürlich nur einige wesentliche Beispiele für eine inhaltliche Neuaufstellung. Insgesamt bedeutet das, dass das im Jahr 2007 verabschiedete Hamburger Programm grundlegend erneuert werden muss.
- 40
- 45 Soziale Gerechtigkeit bleibt also das zentrale Unterscheidungsmerkmal der SPD gegenüber den „bürgerlichen“ Parteien. Das Gefühl der zunehmenden Ungleichheit in der
- 50 Gesellschaft verlangt daher in Zukunft sehr viel konkretere, eindeutig als sozialdemokratisch ausgewiesenen Gegenmaßnahmen.
- 55 Bei diesem Themenkatalog sollte die Basis sehr eng eingebunden werden. Hierfür bieten sich auf Unterbezirksebene die Bildung einer festen Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften an. Es bleibt allerdings den jeweiligen Unterbezirken
- 60 überlassen mitzuarbeiten.

65 Der Bundesvorstand wird angewiesen die Genossinnen und Genossen mit Fragebögen, sei es elektronisch oder in Papierform nach persönlichen Kompetenzen abzufragen, um diese je nach Bedarf für die politische Arbeit zu nutzen.

70 Der Prozess ist zu jeder Zeit transparent zu gestalten. Es soll eine öffentlich einsehbare Statusleiste eingerichtet werden, die den Fertigstellungsgrad anzeigt. (Basis müssen immer die Grundsätze Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sein.)

07

Ortsverein Dortmund- Berghofen I (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Resolution: SPD erneuern!

5 Die SPD-Mitglieder haben entschieden: Die SPD wird erneut in eine große Koalition gehen. Jetzt besteht die große Herausforderung darin, eine transparente und basisorientierte Erneuerung zu starten. Die Sozialdemokratie steht jetzt an einem Scheideweg. Die Zukunft der SPD wird entscheidend davon abhängen, ob es ihr gelingt, sich zu erneuern.

10 Wir wollen die SPD wieder zu einer Partei der Arbeit und sozialen Gerechtigkeit machen. Die Sozialdemokratie muss der Mehrheit der Bevölkerung eine Stimme geben und deren Arbeits- und Lebensbedingungen spürbar verbessern. Dafür braucht es die inhaltliche, organisatorische und strukturelle Erneuerung der Partei. Nur auf dieser Grundlage kann es gelingen, wieder gesellschaftliche Mehrheiten für eine linke Reformpolitik zu gewinnen.

20 **Fehler korrigieren**

25 Die SPD ist heute in den Augen vieler ehemaliger SPD-Wählerinnen und Wähler nicht mehr der natürliche Anwalt der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten. Nicht einmal jeder Dritte traut der Sozialdemokratie in Gerechtigkeitsfragen noch etwas zu. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wählt nicht mehr rot.

35 Das durch die Agenda-Politik, Globalisierung und fortschreitende gesellschaftliche Entsolidarisierung verlorene Vertrauen wird nicht mit kleinen politischen Schritten zurückgewonnen. Deutschland hat trotz

Resolution: SPD erneuern!

Überweisung an den vom ordentlichen Bundesparteitag 2017 beschlossenen Prozess #SPDERneuern

40 Mindestlohn einen der größten
Niedriglohnsektoren vergleichbarer Länder in
Europa. Unsichere Beschäftigung ist weit
verbreitet, die Einkommensunterschiede
45 vergrößern sich weiterhin, für langfristig
arbeitslos gewordene Menschen gibt es so gut
wie keine beruflichen Eingliederungschancen,
Millionen Menschen sind von Altersarmut
bedroht, in den Krankenhäusern und
50 Altersheimen herrscht Notstand, in den Kitas
und Schulen mangelt es an Personal und in
den Ballungsräumen explodieren die Mieten.
Auch auf den digitalen Wandel der
Arbeitswelt hat die SPD bis heute keine
55 Antworten gegeben, welche den Ängsten und
Befürchtungen der Menschen
entgegenwirken können. Um die SPD als
Partei der sozialen Gerechtigkeit wieder
erkennbar zu machen, muss die Partei sich
inhaltlich neu aufstellen.

Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft

60 Die SPD braucht ein reformpolitisches
Konzept. Die wichtigste Aufgabe einer
sozialdemokratischen Partei ist die
Verbesserung der Arbeits- und
Lebensbedingungen der
65 Bevölkerung. Einen Neustart braucht die
Sozialdemokratie auch in
wirtschaftspolitischen Fragen. Die SPD sollte
wieder eine Wirtschaftspolitik verfolgen, die
vorrangig auf Vollbeschäftigung, soziale
70 Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit
abzielt. Darüber hinaus muss die
Sozialdemokratie aber auch als Europa- und
Friedenspartei erkennbar sein. Konkret
fordern wir:

75 1. **Eine Politik für gute Arbeit.**
Sozialdemokraten müssen konsequent
für sichere, gesunde und tariflich
entlohnte Arbeit streiten. Das erfordert
die politische Stärkung von Tarifverträgen
sowie die Eindämmung von
80 Niedriglöhnen und prekärer
Beschäftigung. Zudem muss die SPD
durch eine Aufwertung von prekärer
Dienstleistungsarbeit, mehr
Arbeitszeitsouveränität sowie die
85 Qualifizierung und Humanisierung der
Arbeit fortschrittliche Antworten auf den
Wandel der Arbeitswelt geben.

- 90 2. **Eine Politik für gute Rente.**
Die gesetzliche Rente muss vor Armut schützen und den Lebensstandard sichern. Dafür muss das Rentenniveau wieder deutlich angehoben werden.
- 95 Darüber hinaus sollten Zeiten der Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und Pflege sowie gering entlohnte Erwerbsphasen rentenrechtlich kräftig aufgewertet werden.
- 100 Parallel muss im Hinblick auf die Folgen der digitalen Revolution in der Arbeitswelt mit der Einführung einer solidarischen Grundsicherung vor dem Beginn einer Berentung vorgesorgt werden.
- 105 3. **Eine Politik für gute Gesundheit**
Gesundheit darf keine Ware sein. Wir müssen die real existierende Zwei-Klassenmedizin überwinden. Die Kranken- und Pflegeversicherung muss zu einer BürgerInnenversicherung umgebaut werden, die allen Menschen Teilhabe am medizinischen Fortschritt garantiert, die gesundheitliche Versorgung deutlich verbessert und solidarisch finanziert wird.
- 110 4. **Eine Politik für Zukunftsinvestitionen**
Die öffentliche Infrastruktur muss erneuert und ausgebaut werden. In Bildung, Soziales, Wohnungsbau, Klimaschutz und Verkehr muss jedes Jahr ein mittlerer zweistelliger Milliardenbetrag investiert werden. Eine solche Investitionsoffensive darf nicht an einer Finanzpolitik nach Kassenlage – schwarze Null und Schuldenbremsen – scheitern. Die notwendigen Investitionen müssen entweder über Kredite und/oder eine höhere Besteuerung von Reichen und Unternehmen finanziert werden.
- 115 120 125 5. **Eine Politik für ein soziales Europa**
Europa hat nur eine Zukunft als soziales Europa. Ein demokratisches und soziales Europa braucht eine europäische Wirtschaftsregierung, ein gemeinsames Schuldenmanagement, eine Koordination der nationalen Sozial- und Lohnpolitiken, und besser regulierte Finanzmärkte. Anstelle der Austeritätspolitik sind Zukunftsinvestitionen notwendig, besondere in strukturschwachen und von den Krisen der letzten Jahre am stärksten betroffenen Ländern und Regionen. Die
- 130 135 140

Rechte des europäischen Parlaments müssen deutlich erweitert werden.

- 145 6. **Eine Politik für eine friedliche Welt**
Weltweit nehmen die militärischen Konflikte zwischen und innerhalb der Staaten zu. Um gewaltsame Scheinlösungen dieser Konflikte zu verhindern, braucht es eine faire Handelspolitik sowie eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe. Eine Politik der Abschottung gegen Flüchtlinge ist der falsche Weg.

- 155 7. **Mehr Demokratie in Wirtschaft und Politik**

160 Die SPD muss eine Politik verfolgen, die demokratische Teilhabemöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter öffnet. Hierzu zählt insbesondere die gesellschaftliche und politische Mitentscheidung von Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention.

165 Monopolmacht des digitalisierten Kapitalismus gilt es zurückzudrängen und dezentrale und demokratische Strukturen zu ermöglichen und zu fördern, wie z.B. Genossenschaften.

170 **Eine moderne Mitgliederpartei**
Mit über 460.000 Mitgliedern sind wir die mitgliederstärkste Partei Deutschlands. Das muss erlebbar sein. Die Mitglieder wollen mehr Beteiligung und wichtige Entscheidungen selbst treffen. Wir müssen eine Mitmach- und Mitbestimmungspartei sein. Das Engagement der SPD muss sich für unsere Mitglieder lohnen. Dazu war das Mitgliedervotum ein wichtiger Schritt. Weitere Schritte müssen folgen. Konkret heißt das:

- 185 1. Die satzungsmäßigen Möglichkeiten einer direkten Beteiligung der Mitglieder an der Wahl von Vorsitzende(n) und SpitzenkandidatIn sind auf allen Parteiebenen zu erweitern. Die Zulassung einer direkten Beteiligung ist von einem geeigneten qualifizierten Quorum abhängig zu machen.
- 190 2. Die direkte Diskussion zwischen Mitgliedern und Parteispitze sollte im Rahmen von Mitgliederforen und

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 195 Konferenzen fortgeführt werden. Dies kann vereinzelt auch online erfolgen.
- 200 3. Wichtigster Baustein für die Beteiligung bleiben die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften der SPD. Dort, wo Strukturen brachliegen oder nicht mehr existieren, muss der Parteivorstand verstärkt eingreifen, um Mitglieder zu unterstützen. Insbesondere im Osten und Süden unseres Landes braucht es strukturelle Unterstützung durch die Parteizentrale, damit die SPD überhaupt noch vor Ort wahrnehmbar und ansprechbar ist.
- 205 Die Debatten der letzten Wochen zeigen: Die SPD muss sich auf den Weg der Erneuerung machen: Inhaltlich, strukturell und auch personell. Sozialdemokratie hat nur eine Zukunft, wenn die Erneuerung gelingt!
- 210

08

Ortsverein Kassel-Kirchditmold (Bezirk Hessen-Nord)

- | | | |
|----|--|--|
| 5 | <p>Die inhaltliche Erneuerung vorantreiben!
Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand der Partei auf, unverzüglich eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene einzurichten – in der alle Bezirks- und Landesverbände der SPD vertreten sind –, die die Aufgabe hat, die inhaltliche Erneuerung der Partei voranzutreiben. Dabei sollen u.a. folgende Fragen bearbeitet werden:</p> | <p>Die inhaltliche Erneuerung vorantreiben!
Überweisung an den vom ordentlichen Bundesparteitag 2017 beschlossenen Prozess #SPDERneuern</p> |
| 10 | <ul style="list-style-type: none"> • Wie kann die Globalisierung so gestaltet werden, dass alle Menschen davon profitieren? | |
| 15 | <ul style="list-style-type: none"> • Welchen Beitrag kann und muss der Staat zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland leisten? • Welchen Beitrag muss die SPD zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt und zum Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele leisten? | |
| 20 | <ul style="list-style-type: none"> • Welche konkreten Vorstellungen hat die SPD zu einer gerechteren Gesellschaft in den verschiedenen Politikfeldern (z.B. Bildung, Arbeit, Rente, Pflege, Steuern)? | |
| 25 | <ul style="list-style-type: none"> • Welche Antworten hat die SPD für die vielen Menschen, die vom gesellschaftlichen Abstieg bedroht sind und/oder sich von den politischen Akteuren nicht mehr wahrgenommen fühlen? | |

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 30 • Welche Vorstellungen hat die SPD zu einem geeinten Europa, dessen Zusammenhalt nicht nur wirtschaftlich und monetär, sondern vor allem sozial definiert ist?
- 35 • Wie stellt sich die SPD die Reaktivierung der Sozialistischen Internationale vor, um der weltweiten Macht der Konzerne eine weltweite Macht der Solidarität entgegenzusetzen?
- 40 • Wie kann die SPD wieder stärker ihrer früheren Rolle als Partei des Friedens gerecht werden?

09

Kreisverband Rhein-Kreis Neuss (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Die SPD von morgen

Die SPD hat ein turbulentes Jahr hinter sich. Ein Jahr, das im Frühjahr gezeigt hat, was möglich sein könnte. Leider folgte im Herbst die schwerste Niederlage bei einer Bundestagswahl. Um nicht wie andere sozialdemokratische Parteien in Europa in die Bedeutungslosigkeit zu taumeln, stehen wir jetzt vor drei Herausforderungen, die wir mit vollem Einsatz anpacken müssen:

5

10

SPD programmatisch erneuern

Auf der Höhe der Zeit zu bleiben und sich immer wieder zu hinterfragen, muss ein fortlaufender Prozess sein. Wir hatten im Wahlprogramm keine Vision und keine Ideen, wie wir die großen Herausforderungen dieser Zeit lösen wollen. Wir brauchen eine moderne sozialdemokratische Idee von der Zukunft und dem Leben im 21. Jahrhundert. Wir brauchen eine starke, mutige und hoffnungsvolle Erzählung von sozialdemokratischen Visionen für unser Land und für Europa. Wir brauchen ein neues Grundsatzprogramm, welches zumindest in zentralen Fragen (Arbeit, Rente, Gesundheit, Pflege, Bildung, Europa) bis Ende 2019 mit unseren Mitgliedern, den Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Experten diskutiert und erarbeitet werden muss. Dabei müssen wir folgende Inhalte herausstellen:

30

1. Wir sind die Partei des Fortschritts, des Optimismus und der guten Laune

Die SPD von morgen

Überweisung an den vom ordentlichen Bundesparteitag 2017 beschlossenen Prozess #SPDERneuern

- 35 Zukunft gestalten, Optimismus verbreiten –
als Partei des Fortschritts und Anwalt der
Zukunft wollen wir Chancen ergreifen, statt
uns ängstlich vor den Herausforderungen
wegzuducken. Die zunehmende Skepsis
40 gegenüber Innovationen gefährdet die
Zukunft unserer Gesellschaft. Wir werden den
technischen Fortschritt fördern und dafür
nutzen, überzeugend für gesellschaftlichen
Zusammenhalt, Emanzipation, die Würde der
45 Arbeit und vieles mehr kämpfen. Wir werden
gewaltige, auch öffentlich finanzierte
Investitionen in die neue und traditionelle
Infrastruktur auf den Weg bringen. Wir
werden den Wandel optimistisch gestalten,
50 um Sicherheit in der Arbeitswelt wie in
anderen Lebensbereichen zu schaffen.
Wir werden die Partei des Dafür sein, nicht die
Partei des Dagegen. Jede und jeder soll hier
mit uns eine gute Zukunft für sich sehen. Wir
55 können die Digitalisierung und die
Globalisierung nutzen, um erfolgreicher zu
sein in Deutschland und in Europa. Wir
brauchen dazu eine starke Erzählung, die
mutig ist, ohne ein ‚aber‘ auskommt und dabei
60 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität
gleichermaßen verkörpert; die nicht den Weg
beschreibt, sondern das Ziel. Erst eine solche
Erzählung ermöglicht es uns, über die
verschiedenen Themenfelder hinweg,
65 langfristig eine klare Richtung zu verfolgen.
Nur so werden wir das Vertrauen der
Bürgerinnen und Bürger in die
Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und
unserer Partei stärken.
- 70 Dieser Optimismus muss sich schon in unserer
Sprache ausdrücken. Viel zu oft wird zunächst
ein Problem beschrieben, welches wir
bekämpfen wollen. Wir werden künftig
positiver kommunizieren und deutlicher
75 machen, was wir wollen und wofür wir
stehen.
2. Wir sind die Partei der Arbeit
- Wir werden zu mutigen Bekenntnissen
80 zurückkehren, die zwar mit grundlegenden
Veränderungen verbunden sind, aber letztlich
dazu führen, dass Arbeitslosigkeit
wirkungsvoll bekämpft werden kann. Somit
darf das Thema Vollbeschäftigung nicht
85 länger nur ein Lippenbekenntnis sein, sondern
muss wieder zurück ins Zentrum politischen
Handelns. Auf dem Weg dorthin bedarf es

90 einer teils radikalen Neuausrichtung unserer
gewohnten Arbeitswelten. Mit neuen Ideen
und den richtigen Impulsen muss man aber
auch davor keine Angst haben.

95 Wir sind die Partei, die die verschiedensten
Formen der Arbeit als wertvollen Dienst für
unsere Gesellschaft begreift. Wir werden eine
klare Vorstellung davon entwickeln, wie
Menschen künftig arbeiten werden und wie
der Arbeitsalltag flexibel und
arbeitnehmerfreundlich ausgestaltet werden
kann. Wir werden Sicherheit für Lebensphasen
100 schaffen, in denen Familienmitglieder
gepflegt oder Kinder großgezogen werden.
Wir wollen Wert und Sicherheit der Arbeit
erhalten, auch wenn die Produktivität mehr
und mehr automatisiert wird. Wir werden
105 Antworten finden auf die zunehmende
Digitalisierung der Arbeitswelt. Der
Arbeitnehmer- und der Betriebsbegriff, um
den sich die Schutzmechanismen für die
Beschäftigten drehen, werden wir neu
110 definieren.

3. Wir sind die Partei, der sozialen Sicherheit
Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss eine
Rente bekommen, von der er leben kann.
115 Unser aktuelles Rentenkonzept kann dies
nicht leisten. Wir brauchen einen
Systemwechsel in der Rente. Die staatliche
Altersversorgung muss grundlegend
umgebaut und gestärkt werden. Alle
120 Beschäftigten müssen in das Rentensystem
ein zahlen. Das Rentenniveau werden wir
deutlich (auf 60%) erhöhen. Zudem benötigen
wir eine Grundrente, für Menschen, die in
ihrem Arbeitsleben wenig verdient haben,
125 oder wegen Zeiten der Kindererziehung,
Pflege oder Krankheit nicht dauerhaft
beschäftigt waren.

Wir werden ein neues Sozialsystem
130 erarbeiten, indem die Menschen keine Sorge
und Angst mehr haben müssen, dass sie bei
Arbeitslosigkeit oder Krankheit in die Armut
abrutschen. Das ist das Versprechen unserer
sozialdemokratischen Geschichte. Wir
135 müssen mutig sein und klar benennen, dass
die Agenda 2010 mit den Reformen im Bereich
Arbeit und Soziales in der damaligen Zeit im
Grundsatz richtig waren. Heute stehen wir
allerdings vor neuen Herausforderungen und
140 haben eine deutlich verbesserte

wirtschaftliche Lage. Daher bedarf es keiner Korrektur, sondern einer Neuausrichtung in der Sozialpolitik.

145 Unser Gesundheitssystem ist eines der besten der Welt. Es ist nicht wirklich krank, aber auch nicht topfit. Wir werden uns für ein Gesundheitssystem einsetzen, in dem alle einzahlen und die besten medizinischen Leistungen erhalten. Beim Hausarzt, beim 150 Facharzt, im Krankenhaus, in der Reha oder in der Pflegeeinrichtung.

Dadurch, dass wir glücklicherweise älter werden, wächst auch der Bedarf an Pflege und Geld für die Pflege. Klar ist aber auch: Diese Pflege sicherzustellen ist Verantwortung des 155 Staates. Um die Pflege auch in Zukunft zu garantieren, wollen wir einen Pflegegarantiefonds. In diesen Pflegegarantiefonds sollen die Einnahmen aus einer neuen Erbschaftssteuer fließen. Und zwar aus einer Erbschaftssteuer, die nicht die Mittelschicht, sondern die Reichsten in Deutschland betrifft – jene mit einer Erbschaft über 1 Millionen Euro. Mit diesen Einnahmen 160 erhöhen wir die Qualität und geben den Menschen, was sie sich verdient haben – eine würdevolle und bedarfsgerechte Versorgung. Das gehört für uns zum staatlichen Auftrag aus Art. 1 GG.

170 4. Wir sind die Partei, die aus digitalem Fortschritt sozialen Fortschritt entwickelt

Das Verdienst unserer Partei war es einmal, aus technischem auch sozialen Fortschritt

175 entwickelt zu haben. Das Zeitalter der Digitalisierung werden wir aktiv und verantwortungsvoll im Sinne der sozialen Marktwirtschaft mitgestalten. Damit wir den sozialen Fortschritt auch erreichen, müssen wir Antworten auf die gerechte Verteilung des Vermögens und der Güter finden. Wir brauchen unsere Definition von sozialer Marktwirtschaft im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung. Antworten 180 müssen wir auch auf die Frage finden, wie wir unser Bildungssystem in dieser Zeit mit den neuen technischen Möglichkeiten entwickeln, in der die Chancengleichheit und die beste Bildung für alle Menschen unser großes Ziel bleibt. Heute stehen wir vor Herausforderungen, die ebenso entschlossene wie weitreichende Reformen und Neuerungen notwendig machen. Die rasch fortschreitende

185

190

195 Digitalisierung der vergangenen Jahrzehnte
hat neue Technologien in unsere Arbeits- und
Lebensrealität gebracht und sie radikal
verändert. Ihre Auswirkungen auf die
Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt von
morgen sind weitreichend, allerdings
200 keineswegs klar und leicht vorherzusehen. Vor
diesem Hintergrund steht die heutige
Bildungspolitik vor der Aufgabe, zu definieren,
welche Kompetenzen und Qualifikationen im
digitalen Zeitalter wesentlich sind und
205 vermittelt werden sollen. Wir stehen für
lebenslanges Lernen, das im frühkindlichen
Bereich und der Schule beginnt. Das Wissen
um digitale Tools und deren Anwendung
entscheidet darüber, ob Kinder einer von
210 digitalen Medien begleiteten Zukunft,
erfolgreich und sicher entgegentreten
können. Digitalisierung birgt einerseits das
Potenzial, den Zugang zu Informationen und
damit den Bildungszugang zu erleichtern und
215 Chancengleichheit zu steigern. Andererseits
müssen wir tatsächlich alle Kinder mit den
notwendigen Kompetenzen ausstatten, um
sie zu »Digital Natives« zu machen.

220 5. Wir sind die Europapartei

Der Einsatz für ein friedliches, starkes und
gerechtes Europa ist für uns Teil unseres
Selbstverständnisses. Europa muss ein
sicherer Hafen auch in unsteten Zeiten sein,
225 glaubhaft für Gemeinschaft und soziale
Sicherheit stehen sowie selbstbewusst die
eigenen Werte vertreten.

Die Grundwerte der EU sind nicht vom
Himmel gefallen, ebenso wenig sollen das die
230 Sterne der Europaflagge tun. Zu viel haben die
Staaten unseres Kontinents in das
Friedensprojekt investiert. Aber diese Werte
werden heute in manchen Ländern
angegriffen. Unter dem Deckmantel
235 nationaler Souveränität werden freie Gerichte
unter politischer Aufsicht gestellt, die
Pressefreiheit eingeschränkt und der Raum für
demokratische Auseinandersetzung immer
weiter beschnitten. Die EU darf nicht tatenlos
240 zusehen, wie ihre Prinzipien untergraben
werden, gleichzeitig aber finanzielle
Solidarität wie selbstverständlich
eingefordert wird. Wir werden nicht jene, die
unsere Werte abbauen, auch noch finanziell
245 dabei unterstützen. Das heißt ganz klar und
unmissverständlich: Im Rahmen der

250 Verhandlungen für den kommenden mehrjährigen Finanzrahmen muss klargestellt werden, dass Mittel gekürzt werden, wenn schwere Verletzungen der Wertebasis der EU vorliegen. So einfach ist das.

255 Die Eurozone hat keine abgestimmte Wirtschaftspolitik. Daher werden wir uns im Rahmen der Debatte um die Zukunft Europas für die rasche Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion einsetzen und sie zu einer Wohlstandsunion machen. Gemeinsam mit unseren Partnern in der Eurozone müssen wir die bestehenden Regeln vervollständigen, um soziale Aspekte erweitern.

260 Die Europäische Union muss ihren Bürgerinnen und Bürgern die Gewissheit geben, dass sie auch in Zukunft noch in Frieden und Wohlstand leben können. Die wirtschaftliche Kraft der EU ist ihre größte Stärke. Diese Stärke müssen wir einsetzen, um Europa sozial gerechter zu machen. Sie ist gleichzeitig unser größtes Pfund, wenn es
265 darum geht, einen globalen Gestaltungsanspruch auf Grundlage unserer gemeinsamen Werte zu behaupten.

270
275 Uns muss klar sein: Viele Probleme lassen sich langfristig tatsächlich nur in Europa oder global lösen. Die Sorgen der Menschen aber sind hier zu Hause. Deshalb müssen wir die Probleme hier genauso im Blick haben, wie deren mitunter weltweite Ursachen.

280 Wie die SPD, braucht auch Europa überzeugende Antworten auf die großen Fragen des 21. Jahrhunderts. Wir entwickeln eine Vision für die Vereinigten Staaten von Europa. Ein Europa, das die Menschen begeistert.
285

SPD organisatorisch und strategisch erneuern
Die ehrenamtlichen Politiker brauchen eine stärkere Unterstützung durch die Hauptamtlichkeit. Die personelle, finanzielle und organisatorische Ausstattung der
290 Unterbezirke und Kreisverbände muss verbessert werden. Die Arbeit vor Ort ist für die SPD, als Kümmerer-Partei entscheidend.
295 Das Willy-Brandt-Haus in Berlin muss im Besonderen als starker Partner und Dienstleister für die ehrenamtlichen Strukturen zur Verfügung stehen. Die Kampagnenfähigkeit der Partei muss von der Bundespartei bis zu den Ortsvereinen klar

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

300 strukturiert werden. Dazu sollten die
 vorhandenen Instrumente im internen
 Online-Bereich der SPD genutzt und
 verbessert werden. Musterreden,
 305 Musterpressemitteilungen, Sharepics,
 individualisierbare Druckmaterialien etc.
 müssen für jede Kampagne zur Verfügung
 gestellt werden. Nur so schaffen wir es, dass
 unsere Themen und Erfolge bei den Menschen
 ankommen.

310 Zudem benötigen wir neue Formen der
 Mitbestimmungen und Möglichkeiten zur
 Onlinebeteiligung. Der Parteikonvent soll
 abgeschafft werden. Stattdessen wird für alle
 315 Mitglieder zu regelmäßigen
 themenbezogenen Regionalkonferenzen
 eingeladen werden. Onlineplattformen und
 weitere digitale Möglichkeiten werden für die
 Kommunikation innerhalb der Partei besser
 320 genutzt werden.

SPD personell erneuern
 Nicht weiblicher und jünger sind wichtige
 Attribute bei der personellen Erneuerung der
 325 SPD, sondern die Qualität von
 Mandatsträgern und Parteifunktionären muss
 entscheidend sein. Daher ist es notwendig, die
 Parteschule der SPD und ihr Angebot
 quantitativ und qualitativ auszubauen. Ziel
 330 muss es sein, dass wir alle interessierten
 Mitglieder bestens auf Mandate vorbereiten.
 Mandatsträger auf allen Ebenen werden
 verpflichtet viermal jährlich sich fortzubilden.
 Der Parteivorstand wird daher aufgefordert
 335 die Parteschule organisatorisch, finanziell
 und personell besser auszustatten.

O10

Ortsverein Hohnhorst (Bezirk Hannover)

SPD erneuern!
 Die SPD-Mitglieder haben entschieden: Die
 SPD wird erneut in eine große Koalition gehen.
 Jetzt besteht die große Herausforderung
 darin, eine transparente und basisorientierte
 5 Erneuerung zu starten. Die Sozialdemokratie
 steht jetzt an einem Scheideweg. Die Zukunft
 der SPD wird entscheidend davon abhängen,
 ob es ihr gelingt, sich in der Regierung zu
 erneuern.

10

SPD erneuern!
 Überweisung an den vom ordentlichen
 Bundesparteitag 2017 beschlossenen Prozess
 #SPDERneuern

15 Vor allem die inhaltlichen und organisatorischen Veränderungen müssen wir dringend angehen. Gleichzeitig wollen wir diejenigen, die nicht für die große Koalition gestimmt haben, weiter an die Partei zu binden.

20 Wir wollen die SPD wieder zu einer Partei der Arbeit und sozialen Gerechtigkeit machen. Die Sozialdemokratie muss der Mehrheit der Bevölkerung eine Stimme geben und deren Arbeits- und Lebensbedingungen spürbar verbessern. Dafür braucht es die inhaltliche und demokratische Erneuerung der Partei. Nur auf dieser Grundlage kann es gelingen, wieder gesellschaftliche Mehrheiten für eine linke Reformpolitik zu gewinnen.

30 Fehler korrigieren
Die SPD ist heute in den Augen vieler ehemaliger SPD-Wählerinnen und Wähler nicht mehr der natürliche Anwalt der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten. Nicht einmal jeder Dritte traut der Sozialdemokratie in Gerechtigkeitsfragen noch etwas zu. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wählt nicht mehr rot.

40 Das durch die Agenda-Politik verlorene Vertrauen wird nicht mit kleinen Reparaturen zurückgewonnen. Eine Politik der kleinen Schritte ist nicht erfolgreich, wenn gleichzeitig die sozialen Probleme immer größer werden. Deutschland hat trotz Mindestlohn einen der größten Niedriglohnsektoren Europas. Unsichere Beschäftigung ist weit verbreitet, die Einkommensunterschiede verharren auf hohem Niveau, für einmal abgehängte und arbeitslos gewordene Menschen gibt es so gut wie keine Aufstiegsmöglichkeiten, Millionen Menschen sind von Altersarmut bedroht, in den Krankenhäusern und Altersheimen herrscht Notstand, in den Kitas und Schulen mangelt es an Personal und in den Ballungsräumen explodieren die Mieten. Auch auf den digitalen Wandel der Arbeitswelt hat die SPD bis heute keine Antworten gegeben, welche den Ängsten und Befürchtungen der Menschen entgegenwirken können.

55 Um die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit wieder erkennbar zu machen, muss die Partei sich inhaltlich neu aufstellen.

60

- 65 Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft
- Die SPD braucht ein reformpolitisches Konzept. Die wichtigste Aufgabe einer sozialdemokratischen Partei ist die Verbesserung der Arbeits- und
- 70 Lebensbedingungen der Bevölkerung. Einen Neustart braucht die Sozialdemokratie auch in wirtschaftspolitischen Fragen. Die SPD sollte wieder eine Wirtschaftspolitik verfolgen, die
- 75 auf Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit abzielt. Darüber hinaus muss die Sozialdemokratie aber auch als Europa- und Friedenspartei erkennbar sein. Konkret fordern wir:
- 80 1. Eine Politik für gute Arbeit.
Sozialdemokraten müssen konsequent für sichere, gesunde und tariflich entlohnte Arbeit streiten. Das erfordert die politische Stärkung von Tarifverträgen
- 85 sowie die Eindämmung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung. Zudem muss die SPD durch eine Aufwertung von Dienstleistungsarbeit, mehr
- 90 Arbeitszeitsouveränität sowie die Qualifizierung und Humanisierung der Arbeit fortschrittliche Antworten auf den Wandel der Arbeitswelt geben.
- 95 2. Eine Politik für gute Rente.
Die gesetzliche Rente muss vor Armut schützen und den Lebensstandard sichern. Dafür muss das Rentenniveau wieder deutlich angehoben werden. Darüber hinaus sollten Zeiten der
- 100 Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und Pflege sowie gering entlohnte Erwerbsphasen rentenrechtlich kräftig aufgewertet werden.
- 105 3. Eine Politik für gute Gesundheit
Gesundheit darf keine Ware sein. Wir müssen die real existierende Zwei-Klassenmedizin überwinden. Die Kranken- und Pflegeversicherung muss zu einer BürgerInnenversicherung umgebaut
- 110 werden, die allen Menschen Teilhabe am medizinischen Fortschritt garantiert, die gesundheitliche Versorgung deutlich verbessert und solidarisch finanziert wird.
- 115 4. Eine Politik für Zukunftsinvestitionen
Die öffentliche Infrastruktur muss erneuert und ausgebaut werden. In

- 120 Bildung, Soziales, Wohnungsbau, Klimaschutz und Verkehr muss jedes Jahr ein mittlerer zweistelliger Milliardenbetrag investiert werden. Eine solche Investitionsoffensive darf nicht an einer Finanzpolitik nach Kassenlage – schwarze Null und Schuldenbremsen – scheitern. Die notwendigen Investitionen müssen entweder über Kredite und/oder eine höhere Besteuerung von Reichen und Unternehmen finanziert werden.
- 125
- 130 5. Eine Politik für ein soziales Europa
Europa hat nur eine Zukunft als soziales Europa. Ein demokratisches und soziales Europa braucht eine europäische Wirtschaftsregierung, ein gemeinsames Schuldenmanagement, eine Koordination der nationalen Sozial- und Lohnpolitiken, und besser regulierte Finanzmärkte.
- 135 Anstelle der Austeritätspolitik sind Zukunftsinvestitionen notwendig, besondere in strukturschwachen und von den Krisen der letzten Jahre am stärksten betroffenen Ländern und Regionen. Die Rechte des europäischen Parlaments müssen deutlich erweitert werden.
- 140
- 145 6. Eine Politik für eine friedliche Welt
Weltweit nehmen die militärischen Konflikte zwischen und innerhalb der Staaten zu. Um gewaltsame Scheinlösungen dieser Konflikte zu verhindern, braucht es eine faire Handelspolitik sowie eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe. Eine Politik der Abschottung gegen Flüchtlinge ist der falsche Weg.
- 150
- 155 7. Mehr Demokratie in Wirtschaft und Politik
Die SPD muss eine Politik verfolgen, die demokratische Teilhabemöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter öffnet. Hierzu zählt insbesondere die gesellschaftliche und politische Mitentscheidung von Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention.
- 160
- 165 Monopolmacht des digitalisierten Kapitalismus gilt es zurückzudrängen und dezentrale und demokratische Strukturen zu ermöglichen und zu fördern, wie z.B. Genossenschaften.

- 170 Eine moderne Mitgliederpartei
Mit über 460.000 Mitgliedern sind wir die mitgliederstärkste Partei Deutschlands. Das muss erlebbar sein. Die Mitglieder wollen mehr Beteiligung und wichtige
- 175 Entscheidungen selbst treffen. Wir müssen eine Mitmach- und Mitbestimmungspartei sein. Das Engagement der SPD muss sich für unsere Mitglieder lohnen. Dazu war das Mitgliedervotum ein wichtiger Schritt.
- 180 Weitere Schritte müssen folgen. Konkret heißt das:
1. Unsere Mitglieder müssen an zentralen Personalentscheidungen direkt beteiligt werden. Der Parteivorsitz muss durch
 - 185 Urwahl bestimmt werden. Parteivorstand und Präsidium sollten ein repräsentatives Abbild der Mitgliedschaft darstellen. Dieses Ziel kann durch entsprechende Quoten erreicht werden.
 - 190 2. Die Parteitage brauchen mehr Raum für inhaltliche Debatten. Die Delegierten sollen die Anträge der Mitglieder diskutieren und nicht Anträge des Parteivorstands ratifizieren.
 - 195 Überweisungen an Parteivorstand und SPD-Fraktion oder Erledigungen durch Antrag des Parteivorstands wertschätzen nicht die inhaltliche Arbeit vieler Ortsvereine und Kreisverbände. Der Parteivorstand soll außerdem weder auf Parteitag noch auf Parteikonventen stimmberechtigt sein, da sonst die Abstimmungen verzerrt werden.
 - 200 3. Die direkte Diskussion zwischen Mitgliedern und Parteispitze sollte im Rahmen von Mitgliederforen und Konferenzen fortgeführt werden. Dies kann vereinzelt auch online erfolgen.
 - 205 4. Wichtigster Baustein für die Beteiligung bleiben die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften der SPD. Dort, wo Strukturen brachliegen oder nicht mehr existieren, muss der Parteivorstand verstärkt eingreifen, um Mitglieder zu unterstützen. Insbesondere im Osten und Süden unseres Landes braucht es strukturelle Unterstützung durch die Parteizentrale, damit die SPD überhaupt noch vor Ort wahrnehmbar und ansprechbar ist.
 - 210
 - 215
 - 220
- Die Debatten der letzten Wochen zeigen: Die SPD muss sich auf den Weg der Erneuerung

225 machen: Inhaltlich, strukturell und auch personell. Sozialdemokratie hat nur eine Zukunft, wenn die Erneuerung gelingt!

011

Landesverband Nordrhein-Westfalen

SPD gemeinsam erneuern!

5 Die SPD hat in den vergangenen Wochen intensiv und leidenschaftlich über den Eintritt in eine Große Koalition diskutiert. Diese Debatte war nicht nur notwendig, sie war beispielhaft für eine lebhaft innerparteiliche Demokratie. Und sie hat die SPD zusammengebracht. Auch wenn aus konservativen Kreisen mit teils fragwürdigen Kampagnen der Versuch unternommen wurde, diese Debatte und das Verfahren des Mitgliederentscheids in den Schmutz zu ziehen, können wir selbstbewusst sagen: Die SPD hat gezeigt, dass Parteien der Ort kontroverser Debatten sein können und sachlich ausgetragene Diskussionen unsere Demokratie stärken.

10 Im Ergebnis hat die Mehrheit der Mitglieder der SPD dem Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU zugestimmt. Dieses Ergebnis gilt es gemeinsam zu respektieren. Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung sowie insbesondere auch die SPD-Bundestagsfraktion werden nun die Aufgabe haben, die von der SPD in den Koalitionsverhandlungen erstrittenen Erfolge in die Realität umzusetzen. Dazu benötigen sie auch den Rückhalt der gesamten Partei.

30 In den vergangenen Monaten ist jedoch auch klar geworden: Ein „Weiter so“ darf es auch in der Regierungsarbeit nicht geben. Die SPD muss deshalb die im Koalitionsvertrag angelegten Diskussionsprozesse nutzen, um die sozialdemokratische Position öffentlich wahrnehmbar zu machen, sowie in den sich ergebenden Spielräumen ein klares sozialdemokratisches Profil sichtbar machen. Unterscheidbarkeit zwischen den Koalitionsparteien gefährdet nicht den Koalitionsfrieden, sondern sichert den demokratischen Diskurs in unserer Gesellschaft.

40 Bei aller Kontroverse in der Debatte über das Für und Wider einer Großen Koalition eint uns

SPD gemeinsam erneuern!

Überweisung an den vom ordentlichen Bundesparteitag 2017 beschlossenen Prozess #SPDERneuern

45 die Überzeugung, dass sich die SPD dem
grundlegenden Erneuerungsprozess stellen
muss. Wir haben jetzt die Chance, Erneuerung
wirklich zu leben, und Worten Taten folgen zu
lassen. Unser gemeinsames Ziel lautet: Die
50 SPD muss programmatisch und
organisationspolitisch auf die Höhe der Zeit
gebracht werden, um wieder stärkste Partei
werden zu können. Dieses Leitbild muss sich
klar von national-konservativen und neo-
55 liberalen Strömungen in der Union
unterscheiden, damit es wieder Mehrheiten
für sozialdemokratisch geführte
Regierungenjenseits einer Großen Koalition
gibt.

60 Für den inhaltlichen Erneuerungsprozess
bedeutet dies für uns:

1. Die SPD muss an ihrer Grundhaltung klar
erkennbar sein. Wir streben nach einer
65 offenen, liberalen, solidarischen und pro-
europäischen Gesellschaft und streiten
tagtäglich für ein freies, selbstbestimmtes
und sicheres Leben für jeden einzelnen
Menschen. Wir sind der Zukunft zugewandt,
70 stehen neuen Entwicklungen offen gegenüber
und wollen einen solchen
Fortschrittsgedanken mit dem Streben nach
mehr Gerechtigkeit verbinden. Haltung
zeichnet sich erstens dadurch aus, dass sie
75 nicht aus kurzfristigen taktischen
Erwägungen in Frage gestellt wird. Zweitens
wird Haltung auch dadurch deutlich, dass wir
Fehler der Vergangenheit zugeben und alte
Erzählungen wie die des neoliberalen „Dritten
80 Weges“ hinter uns lassen.

2. Die SPD muss sich – diese grundsätzlichen
Ziele vor Augen – ihrer Rolle und ihres
Auftrags vergewissern. Sie muss deutlich
85 machen, für wen sie Politik gestalten möchte
und somit im besten Sinne wieder parteiisch
werden. Dafür müssen wir die politischen
Unterschiede zu Konservativen und
Marktradikalen, gerade auch in der
90 Europapolitik, herausarbeiten. Volkspartei zu
sein bedeutet nicht, es stets allen recht zu
machen. Viel zu häufig sind wir in der
Vergangenheit dem Fehler aufgesessen, den
möglichen gesellschaftlichen Kompromiss zur
95 eigenen Position zu machen – und haben
damit die Große Koalition schon in der
eigenen Partei „gespielt“. Vielmehr gilt: Es gibt

100 in dieser Gesellschaft Interessengegensätze,
die spiegelbildlich auch in unserer Partei
aufgegriffen, kontrovers diskutiert und im ein
oder anderen Fall auch durch eine Mehrheit
entschieden werden müssen. Statt
Formelkompromissen, Kommissionen und
Klein-Klein brauchen wir mehr kontroverse
105 Debatten, klare Entscheidungen und damit
letztlich auch klarere Positionen. Diese
schaden uns nicht, sie nützen der Demokratie
und auch der SPD, weil sie die gegensätzlichen
Politikentwürfe deutlich werden lassen. Wir
110 sind davon überzeugt: Ein klares Profil, eine
klare Haltung und konsequentes Handeln für
die sozialdemokratischen Ziele graben
letztlich auch den Rechtspopulisten das
Wasser ab. Dem entschiedenen Kampf gegen
115 einen weiteren Rechtsruck sind wir seit jeher
verpflichtet. Auch einem antifeministischen
Rollback stellen wir uns entgegen.

120 3. Die SPD muss mit einer solchen
Grundhaltung und einer klaren Rolle vor
Augen die großen Trends und Themen dieser
Zeit aufgreifen, um damit eine anspruchsvolle
Programmatik zu entwickeln, die weit über
das aktuelle Regierungshandeln hinausgeht.
125 Im Kern der Auseinandersetzung muss dabei
der noch immer – und mittlerweile wieder
stärker – bestehende Gegensatz zwischen
Kapital und Arbeit stehen, der insbesondere
durch immer stärker zunehmende
130 Ungleichverteilung des Wohlstands seinen
unmittelbaren Ausdruck findet: Während die
Konzentration der Vermögen an der Spitze
zunimmt, lebt hierzulande jedes fünfte Kind in
Armut. Auch und gerade vor diesem
135 Hintergrund sorgen sich viele Menschen vor
Entwicklungen wie der Digitalisierung, der
Globalisierung, dem demografischen Wandel,
dem Klimawandel oder weltweiten
Migrationsbewegungen. Wir sind davon
140 überzeugt, dass es sich um gestaltbare
Prozesse handelt, wenn wir bereit sind, auch
mutige, unkonventionelle und weit über den
heutigen Tag hinausgehende Antworten mit
einer klaren Richtung zu geben. Wir sind nicht
145 gewillt, tatenlos zuzusehen, wie ein
globalisierter Kapitalismus zu mehr
Ungleichheit, gravierenden
Umweltproblemen, schlechten
Arbeitsbedingungen und Abstiegsängsten
150 führt. Im Gegenteil: Wir haben den

Optimismus, die Dinge gestalten zu können und praktische Konzepte zu entwerfen, die den Menschen einerseits Zukunftsängste nehmen und andererseits neue Chancen eröffnen.

155
Wir wollen gute Arbeit auch im Zeitalter der Digitalisierung. Dabei stehen wir eng an der Seite der Gewerkschaften und Betriebsräte, um Arbeitszeit- und Tarifautonomie zu stärken.

160
Wir wollen Verteilungsgerechtigkeit herstellen. Die Schere zwischen Arm und Reich darf sich nicht weiter öffnen. Deshalb wollen wir Alters- und Erwerbsarmut bekämpfen und unsere sozialen Sicherungssysteme so reformieren, dass sie effektiv vor Armut schützen. Unser Steuersystem muss diesem Anspruch gerecht werden.

165
Wir wollen einen handlungsfähigen Staat. Dieser gibt den Menschen Sicherheit und sorgt durch öffentliche Daseinsvorsorge auf hohem Niveau für Lebensqualität für alle Menschen und legt die Grundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung.

170
Wir erwarten, dass die vom Parteivorstand eingesetzte Arbeitsgruppe Steuern ihre Arbeit zügig aufnimmt und bis zur Mitte der Legislaturperiode einen Maßnahmenkatalog zur Beschlussfassung vorlegt.

175
Der Bundesparteitag beschließt, das Steuerkonzept im SPD-Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2017 weiterzuentwickeln und dabei insbesondere praktikable Konzepte für eine angemessene Besteuerung von Mega-Vermögen und Mega-Erbschaften zu entwickeln. Außerdem wollen wir die steuerliche Abzugsfähigkeit von Manager-Bezügen als Betriebsausgaben begrenzen.

180
Die bereits im Koalitionsvertrag vereinbarten Schritte gegen Steuerbetrug, Steuerumgehung und Steuerdumping müssen rasch in wirksame Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umgesetzt werden.

185
Die erzielbaren Steuermehreinnahmen bieten die Möglichkeit einer konsequenten Entlastung von Haushalten mit kleinen und mittleren Einkommen, besonders von Haushalten mit Kindern, und die Finanzierung der Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Sicherheit und Zusammenhalt.

190
195
200

205 Ausdrücklich einzubeziehen ist die
Auswirkung steuerlicher Maßnahmen auf
Bund, Länder und Kommunen und zwischen
Ländern und Kommunen. Dazu werden wir
auch den möglichen Veränderungsbedarf bei
210 Länder- und Kommunalsteuern
durchleuchten.
Dieses zukünftige SPD-Steuerkonzept muss
über die im jetzigen Koalitionsvertrag
getroffenen Vereinbarungen hinausgehen.
215 Wir als Partei werden unser neues -über den
Regierungsalltag hinausgehendes-
Steuerkonzept offensiv und mit klarer
Haltung in der Öffentlichkeit vertreten.
Wir sind davon überzeugt, dass eine solche
220 programmatische Erneuerung, die mit einer
grundsätzlichen Haltung, einer klaren Rolle
vor Augen und die großen Themen dieser Zeit
aufgreifend, den Kern von #SPDerneuern
ausmacht. Ebenso sind wir davon überzeugt,
225 dass eine solche programmatische
Erneuerung nur funktionieren kann, wenn die
gesamte Partei in den Prozess einbezogen
wird. Unabhängig von der jeweiligen Position
zur Großen Koalition, unabhängig, ob Neu-
230 oder langjähriges Mitglied: Die Erneuerung
der SPD wird nur gelingen, wenn wir
zusammenarbeiten. Die organisatorische
Erneuerung ist somit kein abstraktes, in der
fernen Zukunft praktiziertes
235 Organisationsmodell, sondern muss ganz
praktisch bereits im programmatischen
Erneuerungsprozess gelebt und sichtbar
werden. Eine solche Einbindung der gesamten
Partei muss deshalb zu Beginn des Prozesses
240 verbindlich deutlich werden. Die vergangenen
Wochen haben gezeigt, dass die SPD eine
diskussionsfreudige Partei ist, die bei aller
Debatte zusammensteht und dadurch stärker
wird. Wir wollen diese Energie auch für die
245 programmatische Erneuerung nutzen. Dies
kann uns gelingen, indem wir einen
partizipationsorientierten Prozess unter
anderem mit folgenden Maßnahmen
unterstützen, die zum einen bewährte
250 Strukturen wieder neu beleben und zum
andern neue Wege der Beteiligung
ermöglichen:

- Eine verbindliche und transparente
Struktur des Erneuerungsprozesses sorgt
255 dafür, dass die Mitgliedschaft Klarheit
darüber hat, wie der Prozess ablaufen

- 260 wird, wo sich jedes einzelne Mitglied einbringen kann und welche konkreten Veränderungen aus im Prozess gefassten Beschlüssen folgen.
- Wir wollen die programmatische Debatte in der gesamten Partei führen und dabei insbesondere die fachliche Kompetenz und die politischen Schwerpunkte in den
- 265 jeweiligen Landesverbänden und Bezirken nutzen.
- Mit regelmäßigen Unterbezirksvorsitzendenkonferenzen können wir eine direkte Rückkopplung an die Unterbezirke gewährleisten. Wichtig ist uns hierbei,
- 270 dass der Kommunikationsfluss in beide Richtungen funktioniert: Wir brauchen sowohl die Impulse der Basis als auch eine größtmögliche Transparenz des
- 275 Neuaufstellungsprozesses im Bund.
- Wir wollen Instrumente und Methoden entwickeln, die eine größere Beteiligung aller Mitglieder ermöglichen.
 - Mit Parteitag, auf denen wieder offen und ergebnisorientiert diskutiert wird und mehr Anträge aus der Mitte der Partei entweder auf dem Parteitag beraten oder auf anderem Wege für die Antragssteller transparent weiterbehandelt werden.
- 280
- Und auch mit der Durchführung von themenorientierten Parteitagen oder Parteikonventen können wir auf der Bundesebene Diskursräume zur kontroversen Debatte von Themen
- 285 eröffnen.
- Mit der flächendeckenden Förderung von Bildungsformaten für die Diskussion vor Ort - etwa durch thematische Pools von Referentinnen und Referenten - können wir unsere Debatte um externe Impulse bereichern und daraus neue Ideen gewinnen.
- 290
- Auch die Parteischule muss Gegenstand des Erneuerungsprozesses sein sowie diesen aktiv mit begleiten.
- 295
- Mit geeigneten Online-Formaten können wir eine direkte Beteiligung vieler Mitglieder gewährleisten. Dabei ist für uns auch vorstellbar, dass zu bestimmten
- 300 Zeitpunkten der Debatte ein Meinungsbild der Parteibasis online eingeholt wird. Hierbei müssen entsprechende Angebote der jeweiligen Unterbezirke auch gewährleisten, dass
- 305

310 Mitglieder, die noch nicht online
erreichbar sind, sich beteiligen können.
Wir wollen die parteiinterne
Digitalisierung vorantreiben, aber keine
315 einseitige Ausrichtung auf die Bedürfnisse
der digitalen Elite.

- Wir wollen Expertinnen und Experten in
unserer Mitgliedschaft stärker in den
Erneuerungsprozess einbinden und
Stimmen jenseits der Fraktionen und
320 Parteigremien stärker hören.

325 • Wir wollen unsere Ortsvereine
modernisieren, um sie wieder zu
aktivieren, sie zu öffnen und auch für
Neumitglieder, Frauen und Jusos
attraktiver zu gestalten. Nur wenn wir die
Basis unserer Partei ernsthaft in den
Erneuerungsprozess einbeziehen, wird es
uns gelingen, für die Bürgerinnen und
Bürger wieder sichtbarer und
330 wahrnehmbarer zu werden.

- Für unsere Erneuerung brauchen wir auch
neue Köpfe. Sowohl in der Breite, als auch
in der Spitze gilt: jünger, weiblicher,
vielfältiger.

335 Diese Liste ist gewiss nicht abschließend. Sie
macht aber deutlich: #SPDerneuern ist kein
Selbstläufer. #SPDerneuern kann dann
gelingen, wenn wir alle gemeinsam in unserer
340 Partei die großen Zukunftsdebatten führen.
Wir wollen den Menschen Sicherheit im
Wandel garantieren. Dazu gehört ein Staat,
der über die finanziellen Mittel verfügt, diese
Sicherheit gewährleisten zu können.

345 Wir werden neue Strukturen schaffen, um die
Erfahrungen und Kompetenz unserer vielen
erfolgreichen Kommunalpolitikerinnen und
Kommunalpolitiker auch auf anderen Ebenen
der Partei stärker einzubinden.

350 Wir brauchen kontroverse Debatten über die
großen Fragen unserer Zeit
Wir brauchen transparente und verlässliche
Entscheidungen. Und am Ende haben wir ein
355 klares Profil einer linken Volkspartei, die auf
der Höhe der Zeit ist.

Wir sind davon überzeugt: Die SPD wird
gebraucht. Und die SPD braucht alle ihre
Mitglieder, um wieder stärker zu werden.
360 Packen wir es gemeinsam an!

O12

Unterbezirk Märkischer Kreis / Kreisverband Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Erneuerung jetzt erst recht – die SPD zur größten und modernsten Mitgliederpartei in Europa machen!

5 Nach dem schlechtesten Bundestags-Wahlergebnis der SPD nach 1945 ist ein Prozess der Parteierneuerung unerlässlich. Den Grundstein haben wir dafür in dem Antrag „Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn“ auf dem ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2017 in Berlin gelegt. Aber in den letzten Monaten hat sich viel verändert: Nach dem starken Mitgliederzuwachs Anfang des Jahres, den chaotischen Wochen im Vorfeld der Mitgliederbefragung und der Zustimmung der Mitglieder zum Gang in die Große Koalition brauchen wir jetzt eine Neubewertung des Erneuerungsprozesses.

15 Die schwierige Lage der SPD ist sicher nicht erst in den letzten Wochen und Monaten entstanden. Sie hat ihre Ursachen zu großen Teilen in gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und Veränderungen, denen die Partei ausgesetzt war und für die auch nicht immer effektive Strategien auf der Hand lagen. Dies trifft im Übrigen für alle sozialdemokratischen Parteien in Europa zu.

20 In den letzten Monaten und insbesondere in den letzten Wochen haben sich allerdings strategische Defizite und taktische Fehler gehäuft, die nicht ausschließlich einzelnen Personen zuzuschreiben sind, sondern die der Parteivorstand und insbesondere das Präsidium in Gänze zu verantworten haben. Es ist vor allem der engagierten und ernsthaften Diskussionskultur der Parteibasis und der Gliederungen zu verdanken, dass das Bild der Öffentlichkeit über die SPD hier auch deutlich positive Aspekte gewonnen hat. Dies schließt die Gegner einer erneuten Großen Koalition, wie etwa die Jusos, aber gerade auch die in den letzten Monaten zu uns gestoßenen Neumitglieder in besondere Weise mit ein. Das deutliche „Ja“ zum Koalitionsvertrag ist insoweit weder als ein explizites Vertrauensvotum in die Parteispitze noch als ein Ausdruck der ungeteilten Überzeugung zu den Erfolgsaussichten der Großen Koalition oder der Begeisterung über die Inhalte des Koalitionsvertrages zu werten. Es entlässt die

Erneuerung jetzt erst recht – die SPD zur größten und modernsten Mitgliederpartei in Europa machen!

Überweisung an den vom ordentlichen Bundesparteitag 2017 beschlossenen Prozess #SPDerneuern

50 Parteispitze vor allem nicht aus ihrer Verantwortung, die Erneuerung der SPD inhaltlich, strukturell und auch personell mitzugestalten und diesen Prozess nicht durch eigene Interessen zu blockieren.

55 Der Anspruch einer erneuerten SPD kann sich nicht darauf beschränken, den Korrekturbetrieb für konservative Politik zu geben. Der Einstieg in die erneute Große Koalition muss gleichzeitig mit der klaren Absicht verbunden sein, aus dieser auch wieder auszusteigen. Die Entwicklung der politischen Landschaft in Deutschland und auch in Europa gibt uns dabei zu denken. Seit der Bundestagswahl 2009 gibt es keine gesellschaftliche Mehrheit für progressive Politik und derzeit erleben wir mit dem Einzug
60 der rechtsradikalen AfD den rechtsten Bundestag seit Bestehen der Bundesrepublik. Unser Ziel ist es, den Zustand der dauerhaften Großen Koalitionen zu überwinden und für klare progressive Mehrheiten in unserer Gesellschaft und in den Parlamenten zu kämpfen, um mit neuen Bündnissen unter Führung der Sozialdemokratie eine gerechtere, eine menschlichere Politik umzusetzen. Dafür wollen wir bis 2020 die
65 größte und modernste linke Mitgliederpartei in Europa werden.

80 Mit selbstbewussten Visionen in die Offensive – Inhaltliche Erneuerung

Wir brauchen keine Neuerfindung unserer Grundwerte: Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind gerade in Zeiten des sich
85 globalisierenden Kapitalismus ein hoch aktueller Kompass, an dem wir unsere Politik ausrichten können. Aber uns fehlt eine Übersetzung, mit der wir unser Ziel des demokratischen Sozialismus auf die aktuellen Herausforderungen wie die Veränderung der Arbeitswelt und der gesamten Gesellschaft durch die Digitalisierung oder die europäische
90 Integration übertragen können. In der Tagespolitik der Großen Koalition mit all den kleinen hart erkämpften Kompromissen drohen unsere Visionen in den Hintergrund zu geraten. Dabei ist genau das der Kernpunkt,
95 um die SPD wieder mehrheitsfähig zu machen: Wir müssen endlich wieder deutlich sagen, wo wir hinwollen! Wir müssen aufhören damit, nur über die Mittel zu reden und dabei den Zweck selbst aus den Augen zu
100

105 verlieren! Elf Jahre nach dem Ausbruch der großen Finanzkrise und damit dem Scheitern des Neoliberalismus als unverrückbare Dogmatik der Wirtschaftspolitik haben wir es immer noch nicht geschafft, mit einer neuen Erzählung sozialdemokratische Politik wieder mehrheitsfähig zu machen. Wir wollen der Gesellschaft der Neoliberalen und Konservativen, die bis in die kleinsten Bereiche auf Wettbewerb setzt, einen eigenen positiven Gesellschaftsentwurf entgegensetzen. Wir wollen eine europäische Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der wirklich alle die Möglichkeit haben, ein freies und selbstbestimmtes Leben zu führen. Der Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm ist deshalb richtig.

120 Über die Diskussion über unsere inhaltlichen Grundlagen hinaus, brauchen wir im politischen Alltagsgeschäft mehr Mut zur klaren Kante. Unsere Wahlprogramme dürfen sich nicht schon wie vorweggenommene Koalitionsverträge lesen. Wir werden die Zeit in der Großen Koalition deshalb nutzen, um nicht nur die Grundsätze unserer Politik, sondern auch konkrete weitergehende Konzepte zu unseren Positionen zu erarbeiten und wahrnehmbar zu bewerben. Die können wir zwar vielleicht nicht mit CDU und CSU umsetzen, aber mit denen können wir uns zur nächsten Wahl klar von dem Stillstand-Kurs der Merkel-CDU abgrenzen.

135 Um mit unseren Ideen wieder mehrheitsfähig zu werden, ist es auch wichtig, zu eigenen Fehlern der Vergangenheit zu stehen. Deshalb müssen wir auch die Jahre der rot-grünen Bundesregierung aufarbeiten. Es ist für uns Zeit klar zu sagen: Wir haben in den rot-grünen Regierungsjahren viele Dinge richtig gemacht und viele richtige Entwicklungen auf den Weg gebracht. Aber gerade in der Sozial- und Wirtschaftspolitik haben wir uns zu sehr von den vorherrschenden neoliberalen Deutungen dieser Zeit leiten lassen. Anders als wir es geplant hatten, hat auch unsere Politik zu sozialen Verwerfungen und Entsolidarisierungsprozessen in der Gesellschaft beigetragen. Diese Einordnung der Vergangenheit ist notwendig, um für unsere sozialdemokratische Idee einer gerechteren und menschlicheren Gesellschaft

155 glaubwürdig werben und damit in Zukunft wieder mehrheitsfähig werden zu können.

160 Das Herzstück unseres Gesellschafts-entwurfes ist die europäische Idee. Die europäische Integration in Form der europäischen Union, dieses großartige und historisch wohl einmalige Friedensprojekt, das seine Identität aus den Menschenrechten und freiheitlich-demokratischen Grundwerten, aus Humanität und Aufklärung schöpft, muss
165 jetzt zukunftssicher weiterentwickelt werden. Ein Rückfall in nationale Egoismen und Ab- und Ausgrenzungen scheint zurzeit nicht ausgeschlossen zu sein und muss verhindert werden. Im Mittelpunkt steht für uns dabei
170 ein Europa, das ein gutes, freies und selbstbestimmtes Leben für alle ermöglicht und nicht nur für einige wenige. In Zeiten des globalisierten Kapitalismus sind die Nationalstaaten alleine nicht mehr in der Lage, das gute Leben für alle zu organisieren.
175 Gerade viele junge Menschen in Deutschland sehen das genauso und hoffen deshalb auf ein starkes Europa. Um diese großartige europäische Idee zu retten und den Menschen näher zu bringen, müssen wir Europa aber gerechter und demokratischer machen. Das wird substantiell nur gegen die Konservativen gehen. Deshalb dürfen wir in der Großen Koalition nicht hinter die Vereinbarungen des
180 Koalitionsvertrags zurückfallen und müssen die notwendige Reform Europas immer wieder aufs Neue einfordern. Unser Ziel bleiben die vereinigten Staaten von Europa.

190 Dafür dürfen wir nicht bei der Durchsetzung des Koalitionsvertrags stehen bleiben. Wir müssen an eigenen Modellen und Erzählungen arbeiten, die die europäische Wettbewerbsfähigkeit nicht durch eine
195 Abwärtsspirale bei Löhnen, Steuern, Sozialabgaben und betrieblicher Mitbestimmung herstellt, sondern als progressive Strategie, die vor allem auf technologischen, sozialen und menschlichen Fortschritt setzt. Dafür sind Investitionen in Forschung und Entwicklung auch für die europäische Peripherie unerlässlich. Die
200 Stärkung der europäischen Peripherie ohne eine Schwächung des Zentrums ist bedeutsam, um die Fliehkräfte innerhalb EU zu bremsen und das Problem der
205

Abwanderung aus der europäischen Peripherie zu adressieren.

210 Die Kernidee der Sozialdemokratie ist eine gerechtere und menschlichere Gesellschaft. Und unsere Form für eine gerechtere Gesellschaft ist ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen – also ein aktiver Staat, leistungsfähige gemeinnützige

215 Institutionen, eine aktive Zivilgesellschaft und starke Gewerkschaften. Gerade bei den aktuellen Herausforderungen der Digitalisierung brauchen wir einen in die Zukunft investierenden Staat, gerade wenn wir Innovationen und Fortschritt nutzen wollen, um mehr soziale und wirtschaftliche Teilhabe für die Menschen zu gewinnen. Wir brauchen dafür eine Definition und ein Verständnis von Fortschritt, das die Menschen und ihre Interessen und Bedürfnisse in den

220 Mittelpunkt stellt und nicht die abstrakte Logik von Wachstum und Profit. Und wir brauchen eine stärkere Einbindung und Partizipation der vielen Menschen, die vom gesellschaftlichen Wandel betroffen sind. All dies geht nur, wenn wir mit der neokonservativen Technokratie à la „There is no alternative“ (TINA) und ihrem finanzpolitischen Dogma brechen, das die schwarze Null zu einem Wert an sich erklärt.

225 Eine schwarze Null kann je nach Konjunktur- und Finanzlage ein notwendiges Mittel sein, aber niemals ein Zweck sozialdemokratischer Politik. Zweck sozialdemokratischer Politik sind immer die Menschen mit ihren Interessen und Bedürfnissen.

230

235

240

Zur Zielsetzung des handlungsfähigen Staates gehört es, die Frage zu beantworten, wer in

245 welchem Umfang an dessen Finanzierung beteiligt werden soll. In der Bundesrepublik driftet die Schere zwischen Arm und Reich immer stärker auseinander. Mit CDU und CSU lässt sich eine gerechtere Verteilung der Steuern nicht umsetzen. Für uns bleibt auch in Zeiten der Großen Koalition klar: Ein starker Sozialstaat wie die Bundesrepublik braucht Umverteilung – und zwar von oben nach unten! Für mehr Gerechtigkeit in unserer

250 Gesellschaft müssen wir das Steuersystem gerechter gestalten. Wir wollen einen höheren Spitzensteuersatz, die Einführung einer Vermögenssteuer und eine Erbschaftssteuer mit weniger Ausnahmen.

255

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

260 Eine elementar wichtige Frage für die Zukunft
 unserer Gesellschaft wird sein, wie sich die
 Arbeitswelt in Zeiten der Digitalisierung
 entwickelt. Blickt man die
 Verhandlungsergebnisse der gescheiterten
 265 Jamaica-Gespräche an, sieht man, dass einzig
 die SPD ihren Schwerpunkt darauf legt, gutes
 Arbeiten in der digitalisierten Welt zu
 realisieren. Gleichzeitig hat die SPD in den
 letzten beiden Jahrzehnten einen erheblichen
 270 Vertrauensverlust bei den abhängig
 Beschäftigten erlitten.

Die Verwendung sogenannter atypischer
 Arbeitsverhältnisse führt zu einer
 275 Untergrabung des Betriebsverfassungsrechts.
 Egal, ob das Verhältnis zwischen Betrieb und
 Beschäftigtem durch Arbeitsvertrag,
 Arbeitnehmerüberlassung oder Werkvertrag
 geregelt wird: Hier müssen Betriebsräte die
 280 Möglichkeiten der vollen Mitbestimmung
 erhalten.

Home Office, Crowd-/Clickworking und
 andere Formen der Beschäftigung außerhalb
 der Betriebsstätten bieten Chancen, können
 285 aber zu einer Entfremdung der Belegschaften
 führen. Ebenfalls droht eine Verschleierung
 von Wertschöpfungsprozessen, weil der
 Beitrag einzelner an diesen noch weniger
 offensichtlich wird. Um diesen Entwicklungen
 290 entgegenzutreten, müssen wir neue Formen
 der Einbeziehung in das
 Betriebsverfassungsgesetz schaffen. Neben
 einer Erweiterung der in der Regel viermal im
 Jahr stattfindenden Betriebsversammlungen
 295 müssen z.B. digitale Beteiligungsformen
 Einzug in die Betriebsverfassung finden.

Die Digitalisierung führt zu einem höheren
 Investitions- und Weiterbildungsbedarf in den
 300 Betrieben. Wer den Maschinenpark nicht
 erneuert und sich weigert, sich zumindest mit
 Innovationen wie zum Beispiel dem 3D-Druck
 oder vernetzten Produktionsanlagen auch nur
 auseinanderzusetzen, wird Probleme haben,
 305 sich weiter am Markt behaupten zu können.
 Gleiches gilt für Beschäftigte, die nach ihrer
 Berufsausbildung oft nicht fortgebildet
 werden. Der Wandel vom Verbrennungs- zum
 Elektromotor zeigt, dass hier in vielen Berufen
 310 erheblicher Fortbildungsbedarf entsteht. In
 vielen Betrieben werden Roboter nicht mehr
 nur von Kolleginnen und Kollegen gesteuert,

315 sie werden künftig autonom handeln und selbst „Kollegin und Kollege“ im Betrieb sein. Diese Veränderung der Arbeitsweise muss auch durch Weiterbildung vorbereitet sein.

320 Dies zeigt, dass die Beteiligungsmöglichkeiten der Betriebsräte in wirtschaftlichen Fragen der Betriebe mindestens erweitert gehören. Fragen der Weiterbildung müssen Bestandteil der Mitbestimmung werden.

325 Die Digitalisierung wird allerdings auch die grundsätzlichen Verteilungsfragen neu stellen. Wenn ihre technischen Möglichkeiten klug und im Sinne der Menschen genutzt werden, kann notwendige Produktionsarbeit reduziert und die verbliebene Arbeit neu verteilt werden. Das setzt neben notwendiger

330 Fort- und Weiterbildung allerdings auch eine deutliche Arbeitszeitverkürzung bei grundsätzlich vollem Lohnausgleich voraus. Das Ergebnis könnte mehr Zeitsouveränität, weniger Arbeitsverdichtung und damit mehr

335 Arbeits- und Lebensqualität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein. Weiter ist vermehrt Arbeitskraft in beschäftigungsintensive Bereiche wie Bildung, Pflege, Gesundheit etc.

340 umzuverteilen und zu finanzieren. Dieser notwendige Strukturwandel ist nur mit einem mit ausreichenden Ressourcen ausgestatteten Staat und starken Gewerkschaften möglich. Dazu gehört es

345 auch, über öffentliche und gemeinwirtschaftlich ausgerichtete Unternehmen wieder mehr Marktmacht und größere Anteile am Sozialprodukt zu erlangen.

350 Auch ein starker öffentlicher Dienst kann Maßstäbe für auskömmliche und abgesicherte Arbeitsverhältnisse sowie sinnvollen Strukturwandel setzen. Die Stärkung von genossenschaftlichen und

355 anderen gemeinwirtschaftlich sowie nachhaltig ausgerichteten Unternehmensformen kann ein Gegengewicht zur entfesselten Marktmacht internationaler Großkonzerne sein und dabei helfen, die Menschen wenigstens in Teilen wieder zu Akteuren der Ökonomie zu machen.

360 Die klassischen Sozialversicherungssysteme stehen nach den Jahrzehnten der neoliberalen Deregulierung und Umverteilung unter erheblichem Druck. Hinzu kommen jetzt die Auswirkungen der Digitalisierung, die ohne

- ein Umsteuern die Finanzierungsbasis weiter schmälern wird. Dabei sind die Sozialversicherungen bislang das einzig wirksame Instrument, mit dem sich
- 370 multinationale Konzerne wie Amazon, Starbucks und Co. nicht von Zahlungsverpflichtungen wie im Steuerwesen befreien können. Durch die Beteiligung an den
- 375 Versicherungsbeiträgen findet immerhin eine Beteiligung an den Kosten für Gesundheit, Rente und Pflege statt. Insbesondere die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise 2008 haben gezeigt, dass gerade die
- 380 umlagefinanzierten Systeme am Ende erheblich verlässlicher sind als private, dem Kapitalmarkt unterworfenen Alternativen, sei es in der Altersvorsorge oder auch in der Krankenversicherung. Ein aus
- 385 Steuereinnahmen finanziertes Grundeinkommen ist ebenfalls nicht geeignet, dieses bewährte und vergleichsweise krisensichere Umlagesystem vollständig zu ersetzen.
- 390 Immer mehr Wertschöpfung findet allerdings schon jetzt jenseits von abhängiger Erwerbsarbeit statt und nur durch diese werden die klassischen Sozialversicherungen
- 395 finanziert. Dieser Trend wird sich noch verschärfen. Deswegen ist es eine der ersten Aufgaben der SPD, über eine innovative Neuorganisation der Sozialversicherungen nachzudenken, ihre Finanzierungsbasis
- 400 deutlich zu verbreitern und unter dem Gedanken der „Sozialversicherung 4.0“ den Sozialstaat im Lichte der Digitalisierung und neuer Arbeits- und Wirtschaftsweisen zu
- 405 organisieren. Dazu gehört es auch, das sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“ neu zu formulieren und damit den Phänomenen Soloselbstständigkeit, Crowd-/Clickworking und der vermehrten Verwendung von
- 410 Werkvertragsverhältnissen in Betrieben Rechnung zu tragen. Diese Beschäftigungsformen müssen vollständig in das System der Sozialversicherungen integriert werden.
- 415 In unserer Arbeitsmarktpolitik müssen wir Frauen besonders in den Blick nehmen. Wie wir es seit über 150 Jahren kennen, müssen wir auch eine Gesellschaft, in der die Geschlechter gleichgestellt sind, gegen

420 konservativen und rechten Widerstand durchsetzen. Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und gleiche Chancen auf beruflichen Aufstieg müssen für uns weiter ein zentrales Ziel bleiben.

425 Auch in der Gesundheitspolitik besteht weiterhin Handlungsbedarf. Wir halten an unserem Modell der Bürgerversicherung fest und werden die Zeit in der Großen Koalition dafür nutzen, ein umsetzbares Konzept zu

430 entwerfen und für gesellschaftliche Mehrheiten dafür zu werben. Gleichzeitig wollen wir eine Debatte darüber anstoßen, wie wir die Pflege neu aufstellen. Die Vereinbarungen der Großen Koalition sind

435 zwar ein Schritt in die richtige Richtung, wirken für viele in der Pflege Beschäftigte aber nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb werden wir uns nicht mit den kleinen Schritten abfinden, sondern Ideen zur Neuaufstellung der Pflege entwickeln.

440 Zufrieden geben werden wir uns auch nicht mit den Vereinbarungen, die in der Migrationspolitik getroffen worden sind. Wir werden in der Großen Koalition im Rahmen

445 des Koalitionsvertrags mit allen Mitteln verhindern, dass die Asylpolitik ein Spielfeld für rechtsnationalistische Träume in der CSU wird. Wir werden uns gegen eine Abschottungspolitik und gegen inhumane Abschiebungen wehren und stattdessen für

450 eine offene und bunte Gesellschaft werben.

Oft genug verkommt in den Diskussionen die Forderung „Fluchtursachen bekämpfen“ zu einer leeren Phrase. Wir müssen diejenigen

455 sein, die diese Forderung mit Leben füllt. Wir müssen unser Profil als Friedens-Partei wiederfinden. Wichtige Schritte dafür sind eine starke Entwicklungspolitik mit einem

460 entschiedenen Eintreten für das 0,7-Prozent-Ziel, eine klar erkennbare Politik der Abrüstung und des Einschränkung von Rüstungsexporten und in eine Außenpolitik, die in sozialdemokratischer Tradition auf starke Diplomatie setzt.

465 Für uns ist klar, dass der Schlüssel für eine gute Migrationspolitik, die auch in der Bevölkerung Akzeptanz hat, eine gute Integrationspolitik ist. Gute Integration funktioniert über

470 berufliche Teilhabe und Aufstiegschancen, die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben und

die Anerkennung im engeren sozialen Umfeld. Auch dafür brauchen wir einen aktiven Staat, der in die Zukunftsfähigkeit und den Zusammenhalt der Gesellschaft investiert. 475 Gute Ausbildung, sichere Arbeit, bezahlbarer Wohnraum, Zusammenhalt in den Wohnquartieren und gut ausgestattete Kommunen, die in der Lage sind, ein gutes Zusammenleben zu organisieren, sind unsere 480 Instrumente dafür.

Wesentliches Merkmal dieser Instrumente ist, dass sie einer doppelten Integration dienen. In 485 den vergangenen Jahren ist das Vertrauen in den Staat und in demokratische Aushandlungsprozesse gesunken. Wir müssen eingestehen, dass es uns in großen Teilen nicht gelungen ist, die Menschen zu erreichen, 490 die das Vertrauen in die Funktionsweise des Staates und der Demokratie verlieren und gleichzeitig die vielen Menschen anzusprechen, die in den letzten drei Jahren ehren- und hauptamtlich Verantwortung 495 übernommen haben, um die Integration von Geflüchteten vor Ort gelingen zu lassen. Das falsch verstandene „donnernde Sowohl-als-auch“ hat dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren niemand unsere 500 Positionen verstanden hat. Viel zu oft haben wir uns gewunden, wenn eine klare Haltung angebracht war. Gerade in der Migrations- aber auch in der Sicherheits- und Innenpolitik dürfen wir den Konservativen nicht mit ihren 505 Deutungen das Feld überlassen. Wir dürfen auf die gefühlte Unsicherheit in unserer Gesellschaft nicht nur mit der Forderung nach mehr Polizei reagieren, sondern müssen vor allem auf soziale Sicherheit setzen. Bildung, 510 Prävention, sichere Arbeit und gute Sozialsysteme sind unser Weg, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Besonders herausgefordert wird der gesellschaftliche Zusammenhalt durch die 515 rechtsradikalen Kräfte, die inzwischen auch im Bundestag sitzen. Wir wenden uns strikt gegen die Versuche von der CSU und Teilen der CDU, mit einem Rechtsruck in ihrer Politik die 520 Rechten zu bekämpfen. Wir werden nicht zulassen, dass weiter die Grenze des politisch Sagbaren nach rechts verschoben wird. Der Anstieg fremdenfeindlicher Gewalt und

525 menschenfeindlicher Stimmung sind die Folge.

Wir setzen auf einen doppelten Weg gegen den Rechtsruck: Wir wollen mit staatlichen Investitionen mehr soziale Sicherheit schaffen und für wirtschaftliche Dynamiken sorgen, in denen Hoffnungen die Abstiegssorgen als Antriebskraft verdrängen. Und gleichzeitig werden wir klare Haltung zeigen. Wenn wir die Rechten bekämpfen, werden wir uns dafür nicht in ihre Arenen begeben.

Eine starke Mitgliederpartei – Strukturelle Erneuerung

Die Stärke der SPD sind die Mitglieder. Deshalb ist es elementar wichtig, dass wir die in den letzten 15 Monaten neu eingetretenen Mitglieder schnell vor Ort integrieren. Dafür muss die SPD strukturell erneuert werden. Das kann Zeit, Nerven und auch Geld kosten. Aber diese Aufgabe ist zu wichtig, um sie nicht anzugehen.

In den letzten beiden politisch turbulenten Jahren, die von Wahlkampf und Druck von Rechts geprägt waren, mussten wir schwierige Erfahrungen machen: Einerseits ist es uns gelungen, seit Anfang 2016 mehr als 50.000 neue Mitglieder zu gewinnen. Andererseits sind wir damit konfrontiert worden, dass wir in einer Gesellschaft und Medienlandschaft im Umbruch zu wenig als Partei vorkamen und überzeugen konnten. Auf die hiermit verbundenen, vielschichtigen Befunde müssen wir als Partei reagieren: In Zeiten, in denen gemeinsame Leitmedien, besonders Zeitungen, für die Menschen an Bedeutungen verlieren und traditionelle Milieus vollständig erodieren, liegt es an uns, neue Wege der dauerhaften Direktkommunikation und neuen gesellschaftlichen Verwurzelung zu finden.

Um nicht erst bis zur nächsten Bundestagswahl, sondern schon für den Prozess der Programmentwicklung eine neue Kontakt- und Kommunikationsstrategie entwickelt zu haben, muss es im ersten Schritt gelten, möglichst viele Neumitglieder aktiv in die Partei einzubinden – und ihre Vorstellungen des Mitmachens aufzugreifen.

Diese große Aufgabe kann nicht alleine von den politischen Angestellten der Partei übernommen werden. Vielmehr stehen alle

580 gewählten, hauptamtlichen und ehrenamtlichen SPD-FunktionärInnen in der Pflicht, sich selbst in der Neumitgliederintegration und Bildungsarbeit einzubringen – natürlich unterstützt und koordiniert von den politischen Angestellten der SPD. Die Aufgabe der

585 Neumitgliederintegration und allgemeinen Bildungsarbeit hat absolute Priorität – weil es hier um die Zukunft der SPD geht.

590 Die SPD muss schnellstmöglich für sich neu berücksichtigen, für welche Menschen sie eigentlich Politik macht – und welche Personengruppen für sie direkt erreichbar und ansprechbar sind. Für die Entwicklung der zukünftigen SPD-Programmatik müssen wir vorab berücksichtigen, wie Mitglieder und

595 UnterstützerInnen, die bestimmte thematische Interessen haben, direkt in die Programmarbeit, Priorisierung und auch verbindlich in die anschließende (Wahlkampf-) Kampagnenarbeit einbezogen werden. Hierbei sollte es die SPD umgehend gewährleisten, dass Online-Kanäle attraktiv in die Programmentwicklung einbezogen werden. Generell muss sich die SPD

600 strategisch darauf ausrichten, mit (Einbindung von) erreichbaren sozioökonomischen UnterstützerInnenmilieus schnellstmöglich wieder mindestens 30 Prozent der

605 WählerInnenstimmen auf sich zu vereinen.

615 Um die innerparteiliche Demokratie zu stärken, müssen wir in Zukunft auch die Zwischenebenen der Partei stärken. In der Vergangenheit haben wir den Begriff der Demokratisierung der Parteistrukturen darauf verkürzt, die Bindung zwischen Parteivorstand und Mitgliedern zu stärken. In einer so großen Mitgliederpartei sind es aber die Ortsvereine,

620 Unterbezirke, Bezirke und Landesverbände, die Diskurse und Meinungsbildung organisieren und führen, die Positionen der Mitglieder bündeln und nach oben tragen müssen. Wenn wir in Zukunft unsere

625 Mitglieder befragen wollen, werden wir diese Ebenen deshalb wie in den Statuten vorgesehen, in das Verfahren stärker einbinden.

630 Auch in der strukturellen Neuaufstellung ist ein gegenseitiger Vertrauens- und

Verständnisverlust zwischen Parteiapparat und organisierter ArbeitnehmerInnenschaft in den Blick zu nehmen.

- 635 Organisatorisch muss der Austausch zwischen Interessenvertretungen der Beschäftigten und der Partei wieder ausgebaut werden. Die höheren Gliederungsebenen müssen dafür Sorge tragen, dass auch vor Ort bzw. in der
- 640 Fläche wieder vermehrt Veranstaltungen wie Betriebsrätekonferenzen oder regelmäßige Austauschmöglichkeiten zwischen örtlicher Partei sowie den örtlichen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auf gewerkschaftlicher
- 645 Seite stattfinden. Ebenso sind Kandidaturen zum Beispiel für die Kommunalparlamente von betrieblichen Funktionärinnen und Funktionären in besonderer Weise zu fördern. Gewerkschaften und Partei werden das
- 650 Zeitalter der Digitalisierung nur gemeinsam miteinander bestehen können. An beide adressiert sich die Frage, wie die zunehmende Automatisierung und Neuorganisation der Arbeit zu mehr Selbstbestimmung in Betrieb und Freizeit führen kann. Wenn Partei und
- 655 Gewerkschaften es nicht schaffen, die Digitalisierung zu einem Erneuerungsprozess zu gestalten, der das Arbeitsleben demokratischer, sicherer und persönlich erfüllender macht, haben sie ihren historischen Auftrag missverstanden. Für die SPD gehört es in diesem Sinne zu ihrem historischen Auftrag, immer wieder das Bündnis mit den Gewerkschaften zu suchen und sich in Tarifauseinandersetzungen im Grundsatz auf die Seite der Beschäftigten zu stellen, deren Arbeitswelt sich verbessern soll. Wenn die SPD politisch und gesellschaftlich wieder mehrheitsfähig werden soll, muss sie
- 660 grundsätzliche Bündnis- und Gesprächspartnerin für alle gesellschaftlichen Gruppen, Initiativen und Bewegungen sein, die sich für die Weiterentwicklung einer freiheitlichen, demokratischen und menschlichen Gesellschaft engagieren. Dazu gehört prinzipielle Offenheit für neue Ideen, die Bereitschaft, zuzuhören, aber auch ein klares Bekenntnis zu den eigenen Grundwerten. Das schafft Vertrauen und
- 675 Glaubwürdigkeit.
- 680

Wenn wir mittelfristig nicht nur als Korrekturbetrieb verwalten, sondern die

- 685 Gesellschaft wirklich gestalten wollen, brauchen wir Bündnisoptionen links der Mitte. Die einzige dafür derzeit denkbare Variante ist ein rot-rot-grünes Bündnis. Auf dem Weg dorthin gibt es viele Hindernisse. Die Grünen wirken oft wie eine Wohlfühl-Partei, die selbst
- 690 nicht so genau weiß, ob sie eher ins progressive oder ins konservative Lager will. Die Linkspartei hat noch immer offene Flanken, was eine verantwortungsvolle Außenpolitik und eine zukunftsweisende
- 695 Europapolitik betrifft, und ist darüber hinaus innerlich darüber zerstritten, ob sie sich wirklich traut, in Regierungsverantwortung Fortschritt im Sinne der Menschen zu nutzen oder ob sie lieber in der
- 700 Fundamentalopposition ausharrt. Darüber hinaus sucht offensichtlich noch immer zumindest ein Teil dieser Partei die eigene Identität in der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Alles in allem ist ein solches
- 705 Bündnis alles andere als ein Selbstläufer. Wir müssen also weitergehen als 2013, indem wir ein rot-rot-grünes Bündnis nicht nur nicht ausschließen, sondern die Jahre in der Großen Koalition bewusst nutzen, um mit beiden
- 710 Parteien gemeinsame Gespräche zu institutionalisieren und die Optionen zukünftiger Regierungsbündnisse auszuloten. Personelle Erneuerung
- 715 In Abgrenzung zu letzten Großen Koalitionen müssen die Unterschiede zwischen Partei, Fraktion und Regierung inhaltlich und personell deutlich sichtbarer werden. Wir setzen auf eine selbstbewusste Partei, die mit
- 720 eigenen Ideen und Forderungen an Fraktion und Regierung herantritt. Die Trennung von Parteivorsitz und Regierungsamt ist dafür ein erster notwendiger Schritt. Wenn wir es mit der
- 725 selbstbewussten Partei, die Positionen über die Regierungsarbeit hinaus entwickelt, ernst meinen, brauchen wir eine deutlichere personelle Abgrenzung. Ein
- 730 Regierungsmitglied darf konsequenterweise nicht mehr Vorsitzender der Antragskommission für Bundesparteitage und -konvente sein. Es ist vollkommen klar: Eine neu aufgestellte
- 735 SPD kann nicht von den alten Köpfen repräsentiert werden. Wir müssen also die nächsten Jahre nutzen, um uns auch personell

- 740 zu erneuern. Die Diskussion um die Große Koalition hat wieder gezeigt: Die SPD ist eine lebendige Partei, in der verschiedene Positionen ausdiskutiert werden. Wenn wir unsere vielfältige Mitgliedschaft mitnehmen wollen, müssen auch verschiedene Positionen in unseren Führungsgremien vertreten sein.
- 745 Die Anzahl und auch die Frequenz einstimmiger Parteivorstandsbeschlüsse in den letzten Wochen und Monaten haben nicht gerade zu einem Vertrauensgewinn in unsere Parteispitze geführt.
- 750 Grundlegend überarbeiten müssen wir unsere Bildungsarbeit. Zu oft bilden wir unsere Mitglieder nur noch mit methodischem Wissen, vernachlässigen aber die grundsätzliche inhaltliche Bildung über die
- 755 Geschichte und die Grundwerte der Sozialdemokratie und Wege, wie wir unsere Werte auf aktuelle Fragen sowohl in den Kommunen als auch in Land, Bund und Europa anwenden. Gerade mit Bezug auf die
- 760 aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche, die besonders im Arbeitsleben starke gesamtgesellschaftliche Auswirkungen haben, gibt es zudem einen Bedarf an
- 765 faktischem, konzeptionellem und politisch-ideologischem Wissenstransfer. Diese Defizite müssen von sozialdemokratischer Bildungsarbeit – in Zusammenarbeit mit
- gesellschaftlichen PartnerInnen (Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Stiftungen) – in der Breite adressiert werden.
- 770

O13

11/05 Friedrichsfelde-Rummelsburg (Landesverband Berlin)

- | | | |
|----|---|--|
| 5 | <p>Debatte über Zukunftsfragen ermöglichen – Themenparteitag</p> <p>Die SPD muss wieder stärker der Ort werden, an dem Debatten stellvertretend für die gesamte Gesellschaft geführt werden. Zudem muss die Sozialdemokratie einige Zukunftsfragen inhaltlich aufarbeiten und klären, um konkrete Visionen zu entwickeln, die über den Tag, aktuelles Regierungshandeln und tagesaktuellen Herausforderungen hinausweisen. Dazu gehört etwa die Frage der Arbeitsgesellschaft der Zukunft und wie soziale Sicherungssysteme auch in zwanzig, dreißig</p> | <p>Debatte über Zukunftsfragen ermöglichen – Themenparteitag</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand</p> |
| 10 | <p>der Zukunft und wie soziale Sicherungssysteme auch in zwanzig, dreißig</p> | |

15 Jahren noch funktionsfähig und verlässlich sein können. Hierzu hat der Berliner SPD-Landesvorsitzende Michael Müller mit dem Vorschlag eines solidarischen Grundeinkommens bereits einen konkreten zukunftsorientierten Impuls gegeben, der auf einem Bundesparteitag fortentwickelt und diskutiert werden könnte. Auch die Frage, wie berechnete Arbeitnehmer*inneninteressen mit der notwendigen sozial-ökologischen Wende ausbalanciert werden können, ist von der SPD nicht ausreichend klar beantwortet.

25 Um solchen gesellschaftlichen Debatten, die die SPD auch öffentlich attraktiv machen, ausreichend Raum zu geben, schlagen wir vor, monothematische Parteitage einzuberufen. Hier soll ohne akuten Entscheidungsdruck etwa durch Regierungshandeln ein Zukunftsprogramm für wichtige inhaltliche Fragen entworfen werden. Dies soll mit mehrmonatiger Vorbereitungsphase geschehen, um den Gliederungen ausreichend Zeit zu geben, eigene Initiativen und Vorschläge zu einem eingegrenzten Thema vorzubringen, die auch in die Arbeit an einem Leitantrag einfließen können.

O14

Ortsverein Hürth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Verfahren bei Mitgliederentscheiden der SPD
Bei Mitgliederentscheiden sollen künftig keine weiteren Unterlagen, die nicht das Abstimmungsverfahren betreffen, beigelegt werden dürfen.

Verfahren bei Mitgliederentscheiden der SPD
Überweisung an SPD-Parteivorstand

O15

Ortsverein Bonn-Küdinghoven-Ramersdorf-Oberkassel / Ortsverein Bonn-Beuel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

5 **Einrichtung einer internetbasierten Diskussionsplattform der SPD**
Der Parteivorstand wird aufgefordert, eine internetbasierte Plattform einzurichten, die allen Mitgliedern der SPD zur bundesweiten Diskussion offensteht. Auch Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Europas soll in geeigneter Form eine Wortmeldung auf der Plattform möglich gemacht werden.

Einrichtung einer internetbasierten Diskussionsplattform der SPD
Überweisung an SPD-Parteivorstand

10 Die Plattform soll so gestaltet werden, dass die interessierte Öffentlichkeit und die Medien die dort geführten Debatten beobachten und verfolgen können.

15 Auf der Plattform sollen in einzelnen Blöcken bis zu fünf Themen aufgerufen werden, die in der Bevölkerung umstritten sind und diskutiert werden. Die Themenblöcke sollen mindestens vier Wochen, längstens drei Monate stehen, bevor die Teilnehmer an der

20 Diskussion durch Abstimmung über Schließung oder nicht befinden.

Die Schließung eines Themenblocks löst die Verpflichtung des Vorstands oder seiner zuständigen Mitglieder zur Stellungnahme aus; die einschlägig zuständigen Mitglieder in

25 der Bundesregierung und in den Landesregierungen mit sozialdemokratischer Beteiligung werden um ihre Meinung gebeten. Der Themenblock wird tatsächlich geschlossen, nachdem Mitglieder der Partei

30 eine Woche Zeit und Gelegenheit hatten, auf diese Äußerungen zu antworten. Nach heutigem Stand wären folgende Themenblöcke für den Auftakt der

35 bundesweiten Diskussion auf der Plattform geeignet:

1) Was heißt "Politik der gemeinsamen Sicherheit" und wie können wir ihr im Sinne Willy Brandts wieder Geltung verschaffen?

40

Die Remilitarisierung der Politik nach dem 11. September 2001 ist unterdessen so weit fortgeschritten, dass ein neuer Kalter Krieg sich ausgebreitet hat und verfestigt und ein heißer Krieg zwischen den großen Mächten nicht mehr ausgeschlossen wird. Diese Entwicklung hat die hoffnungsvollen Ansätze einer Politik der gemeinsamen Sicherheit weggeschwemmt, sie befeuert die

45 militärische und geheimdienstliche Aufrüstung weltweit und untergräbt die überlebensnotwendige internationale Zusammenarbeit auf allen Gebieten, von der Seuchenvorbeugung bis zur Eindämmung der

50 Erdüberhitzung. --- Wie gelangen wir zur Abkehr von Konfrontation und Verfeindung und zur Erneuerung von Kooperationen im beiderseitigen Interesse?

55

2) Steuerpflicht, Steuervermeidung, Steuerbetrug und nationale Solidarität

60

65 Norbert-Walter Borjans hat seine Amtszeit als
Finanzminister von NRW genutzt, um dem
gezielten Steuerbetrug die Aura des
Kavaliersdelikts zu nehmen und ihn als das zu
kennzeichnen, was er ist: ein Verbrechen. Eine
große Tat! Es bleiben "Steuergestaltung" und
Steuervermeidung um jeden Preis und mit
70 allen Tricks. Das sind zwar keine Verbrechen,
aber Betrug ist es doch: Betrug an den
ehrlichen Mitbürgern und an der nationalen
Solidarität. --- Wie gelangen wir zu einer
Steuerpolitik, nach der nicht mehr der Arme
und der Ehrliche sich als der Dumme fühlen
75 muss? (Siehe auch 4.)

3) Recht und Ordnung als
sozialdemokratisches Programm
Der langjährige Abbau von Polizei und
80 Ordnungskräften des Staates im Zeichen von
Deregulierung, Liberalisierung und
Privatisierung hat zwar die privaten
"Sicherheitsunternehmer" - nicht ihre
Angestellten! - groß und reich gemacht, der
85 öffentlichen Sicherheit war die Umsetzung
der neoliberalen Ideologie aber extrem
abträglich. Da die Politik sich stark bewachen
lässt und an der Spitze nicht selten in
gepanzerten Autos fährt, ist es auch nicht
90 erfolgreich, den Leuten zu sagen, mit der
Kriminalität sei alles halb so schlimm. Das ist
zwar vergleichsweise richtig, unterschätzt
aber die Gefährdung und das Gefühl der
Gefährdung, die von der kleinen und mittleren
95 Kriminalität ausgehen. --- Welche
Anstrengungen und Veränderungen sind
nötig, um der Bürgerschaft die Zuversicht zu
vermitteln, dass die Sozialdemokratie ihre
alltägliche Sicherheit im Blick hat und
100 bewirkt?

4) Die negative Ausstrahlung der Armut auf
die gesamte Gesellschaft
Die Reorganisation des Sozialstaats im
105 Gefolge der Agenda-Politik hat windigen
Unternehmern zwar billige Arbeitskräfte
verschafft, strapaziert aber den
Zusammenhalt der Gesellschaft gewaltig. Der
Frust der schlecht bezahlten und prekär
110 beschäftigten Arbeitnehmer wird noch
übertroffen von der Verlassenheit der
Arbeitslosen und Tagelöhner; beide Gruppen
vereint das Empfinden von Ausgrenzung und
Mangel an mitmenschlicher Anerkennung. Im

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

115 sog. Mittelstand verschreckt dieser Abstieg
enorm und befördert die Angst, ein ähnliches
Schicksal zu erleiden. Abgrenzung ist die Folge.
In diesem Klima lockern sich die Bindekräfte
der Gesellschaft insgesamt, ihre schleichende
120 Zerstörung wird allein durch gute Konjunktur
nicht aufgehalten. --- Was ist im Licht dieser
dramatischen Fehlentwicklung zu tun, um den
Zusammenhalt der Bevölkerung zu stärken
und die Zukunftsängste zu mindern? Wie sähe
125 insofern eine gestaltende Finanzpolitik aus?

5) Zuwanderung und Asyl

Es liegt auf der Hand, dass ein reiches Land mit
niedriger Geburtenrate und einer
130 überdurchschnittlich wachsenden Zahl alter
Menschen Zuwanderung nicht nur auslöst,
sondern auch braucht und nutzen kann. Es ist
aber ebenso klar, dass nur eine kulturell
verträgliche und zahlenmäßig kontrollierte
135 Zuwanderung von der ortsansässigen
Bevölkerung akzeptiert wird. Bricht
Zuwanderung über die Eingeborenen herein
wie zuletzt aus den Bürgerkriegsgebieten des
Mittleren Ostens, fehlen nicht nur objektiv die
140 Mechanismen für eine gelingende Integration,
sondern auch die subjektive Bereitschaft einer
Mehrheit dazu. --- Welche politischen
Maßnahmen sind nötig, um in unserem Land
einen weitreichenden Konsens in Sachen Asyl
145 und Zuwanderung wiederherzustellen?

6) Nationale Frage und kulturelle
Geborgenheit

Es ist ein Irrtum zu glauben, in Zeiten der
150 Globalisierung und des weltweiten Netzes
hätten Nationalstaat, nationale Zugehörigkeit
und traditionelle Sitten und Gebräuche an
Bedeutung eingebüßt. Das Gegenteil ist wahr.
Je stärker die unübersehbare Welt ins Leben
155 der Leute hineinragt und je mehr Bohei darum
gemacht wird, umso wichtiger ist vielen die
Bodenständigkeit und die Sicherheit, dass das
Land ihrer Geburt ihr vertrautes Land bleibt
und dass das gelernte Leben mit seinen
160 Normalitätsgewissheiten nicht zur
Disposition steht. --- Was sollte die Partei
unternehmen, um dem Eindruck
entgegenzuwirken, sie betrachte als überholt,
reaktionär, kurz: unmodern, was Grundlage
165 einer funktionierenden nationalen
Gesellschaft ist?

O16*Ortsverein Isernhagen (Bezirk Hannover)***Einrichtung von Diskussionsforen**

Es werden zentral, nicht öffentliche, Internet-Diskussionsforen für alle Parteigliederungen und Arbeitsgemeinschaften eingerichtet, in denen Mitglieder miteinander diskutieren können.

5

Einrichtung von Diskussionsforen

Überweisung an SPD-Parteivorstand

O17*Ortsverein Bad Kleinen (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)***Bericht über die Umsetzung von Parteitagbeschlüssen**

Der/Die Parteivorsitzende soll künftig auf jedem ordentlichen Bundesparteitag über die Umsetzung der beim vorherigen Parteitag gefassten Beschlüsse berichten. Der Bericht soll zudem elektronisch an alle Mitglieder der Partei versendet werden.

5

Die Vorgehensweise ist ebenso bei Landes- und Kreisparteitagen anzuwenden.

Bericht über die Umsetzung von Parteitagbeschlüssen

Erledigt durch gängige Praxis ("Erledigungsbroschüre") und dem angestrebten Aufbau einer elektronischen Beschlussdatenbank (Sätze 1&2).

Nichtbefassung: Satz 3

O18*06/02 Südende (Landesverband Berlin)***Mehr Zeit für die Debatte von Wahlprogrammen**

Entwürfe für Wahlprogramme für Bundestagswahlen und Wahlen der Länderparlamente müssen mindestens sechs Monate vor dem beschließenden Parteitagstermin durch den Parteivorstand beschlossen und danach umgehend allen SPD-Mitgliedern zugänglich gemacht werden. Im Fall vorgezogener Neuwahlen trägt der Parteivorstand dafür Sorge, dass die Mitglieder so viel Zeit wie möglich für die Debatte des Wahlprogramms bekommen.

5

10

Mehr Zeit für die Debatte von Wahlprogrammen

Überweisung an SPD-Parteivorstand

O19*24/01 Freundeskreis Paris (Landesverband Berlin)***Revolutionierung der Kommunikation – SPD International als Beispiel**

Im Rahmen des Erneuerungsprozesses wird der SPD Parteivorstand aufgefordert, insbesondere die Erfahrungen der SPD International zu nutzen, um durch neue

Revolutionierung der Kommunikation – SPD International als Beispiel

Überweisung an den vom ordentlichen Bundesparteitag 2017 beschlossenen Prozess #SPDERneuern

- 5 Methoden oder Instrumente die inner- und
außerparteiliche Kommunikation zu
verbessern und auf den Stand der Zeit zu
bringen.
- 10 Die SPD International mit ihren 20
Auslandsgruppen rund um den Erdball, in 14
Zeitzonen und mit etwa 5.000 Mitgliedern
dient schon heute als ein hervorragendes
"Experimentierfeld" etwa für innerparteiliche
Kommunikation und Entscheidungsfindung,
15 an der sich Mitglieder je nach ihren eigenen
verfügbaren Zeitkontingenten einbringen
sollen und können, was als Beispiel dienen
kann und soll.
- 20 Konkret sind vom Parteivorstand, vertreten
durch den Generalsekretär,
- binnen einen Monats ein Arbeitsplan zu
entwerfen und parteiintern vorzustellen, der
deutlich macht, wie bis zum Ende des Jahres
25 2018 die notwendigen Methoden und
Instrumente erarbeitet werden können, um
die Kommunikation der Partei den
Erfordernissen der Zeit anzupassen;
- konkrete Zwischenschritte zu benennen, die
30 als Etappenziele den Erfolg oder Misserfolg
der vorgenannten Arbeiten für die
Parteiöffentlichkeit transparent machen;
- sodann bis zum Ende des Jahres 2018 unter
Einbeziehung der gesamten Partei,
35 insbesondere aber auch der SPD International
mit ihren vorgenannten spezifischen
Kompetenzen, die notwendigen Methoden
und Instrumente zu erarbeiten;
- dabei der Änderungsbedarf an Statuten der
40 Partei aufzulisten und konkrete
Änderungsvorschläge zu unterbreiten;
- zum Ende des Jahres 2018 in geeigneter Form
die Ergebnisse der Partei zu präsentieren,
zusammen mit einem konkreten
45 Umsetzungsplan;
- die vorgeschlagenen Änderungen an den
Statuten der Partei beim nächsten Parteitag
zu beantragen;
- die Umsetzung und Verankerung der
50 Änderungen in und mit der gesamten Partei
vorzunehmen.

O20*Unterbezirk Bielefeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Urwahl des Parteivorsitzenden**

5 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zu ihrem Profil als Mitgliederpartei. Die Diskussionen über die Teilnahme an einer Koalition mit der Union verdeutlichen, wie lebendig die Mitgliedschaft der SPD ist. Eine Abstimmung der Mitglieder über einen Koalitionsvertrag ist daher wichtig und richtig. Wir wollen diesen Weg konsequent weiterführen und die Urwahl des

10 Parteivorsitzenden, bei der alle Mitglieder abstimmen dürfen, bis auf weiteres zur Pflicht machen. Die Kandidat*innen müssen ihr inhaltliches Profil in mehreren regionalen Vorstellungsrunden präsentieren. Wir

15 versprechen uns daraus zwei Dinge:

20 1. Eine offene Diskussion über die inhaltliche und personelle Ausrichtung der Partei. Der übliche Ablauf bei der Wahl eines Parteivorsitzenden ist, dass der scheidende Vorsitz oder der Parteivorstand einen Kandidaten vorschlägt, der anschließend auf einem Parteitag gewählt wird. Diese Kandidatur wirkt oft alternativlos und senkt überdies die Chancen für eventuelle weitere Bewerber, sodass sich niemand anderes traut, zu kandidieren. Eine Urwahl senkt diese Hemmschwelle, was zur Folge hätte, dass es möglicherweise mehrere Kandidaturen gibt.

25 30 Durch die Vorstellungsrunden gibt es eine offene inhaltliche Debatte um die Positionen der Kandidat*innen und der Partei als Ganzes.

35 2. Ein erhöhtes öffentliches Interesse an den Positionen und Grundsätzen der Sozialdemokratie und einen daraus folgenden Mitgliederanstieg. Schon die Abstimmung über den letzten Koalitionsvertrag mit der Union führte zu einem deutlichen Mitgliederzuwachs, weil Menschen, die der SPD ohnehin nahestanden, mitbestimmen wollten und eingetreten sind. Auch die Abstimmung in diesem Jahr wird dazu führen, dass sich mehr Menschen in unserer Partei engagieren wollen. Wir sehen dies positiv und empfinden es als Chance zur Erneuerung unserer Partei. Falls notwendig fordern wir eine entsprechende Änderung des Parteiengesetzes.

40 45

Urwahl des Parteivorsitzenden

Überweisung an den vom ordentlichen Bundesparteitag 2017 beschlossenen Prozess #SPDERneuern

O21*Ortsverein Uehlfeld (Landesverband Bayern)***Keine Mitglieder als Delegierte, die von der Partei finanziell abhängig sind**

Der Bundesvorstand wird beauftragt eine Satzungsänderung vorzubereiten und dem nächsten Bundesparteitag zur Entscheidung vorzulegen, wonach Delegierte für Bundes- und Landesparteitage, sowie entsprechende Konvente, nicht gleichzeitig Mitglieder*innen im Bundestag bzw. den Landesparlamenten sein dürfen, um Gewissenskonflikte auszuschließen.

5

Keine Mitglieder als Delegierte, die von der Partei finanziell abhängig sind

Ablehnung

O22*Ortsverein Gadebusch (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)***Personeller Neuanfang der SPD**

Die Mitglieder des SPD-Bundesvorstands werden aufgefordert, wegen permanenter strategischer Fehlentscheidungen (im Nachgang der Bundestagswahl 2017) geschlossen von ihren Ämtern zurückzutreten und so den Weg für Neuwahlen frei zu machen, um einen glaubwürdigen Neuanfang der SPD zu ermöglichen.

5

Personeller Neuanfang der SPD

Ablehnung

O23*Ortsverein Düsseldorf-Hennekamp (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Persönliche Erklärungen der Mitglieder des Parteipräsidiums**

Die Mitglieder des SPD-Präsidiums genießen durchweg hohes Ansehen – nicht nur in der Partei. Umso verwunderlicher erscheint aber ihr Verhalten während der Koalitionsverhandlungen und in der direkten Folgezeit.

5

Immer wieder wurde die Einstimmigkeit der Beschlüsse des Vorstands betont – selbst beim höchst dilettantisch anmutenden Versuch, den Vorsitzenden Martin Schulz nach seinem Rücktritt durch Andrea Nahles vertreten zu lassen, obwohl sie nicht Mitglied des Vorstands ist.

10

Diese Einmütigkeit und die scheinbare Solidarität im Vorstand fanden mit dem Rücktritt von Martin Schulz ein schnelles Ende.

15

Persönliche Erklärungen der Mitglieder des Parteipräsidiums

Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

20 Trotz immer einstimmig getroffener Entscheidungen sieht sich offensichtlich neben dem Parteivorsitzenden sonst niemand in der Pflicht, zurückzutreten.

25 Da sich das so nicht von selbst erklärt, wird jedes einzelne Mitglied des Parteipräsidiums aufgefordert, sich diesbezüglich auf dem nächsten Parteitag und vorab auch schriftlich zu erklären.

O24

Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Wer Parteimitglied war, muss danach Unterstützer*in werden können!

Der Bundesparteitag der SPD möge ermöglichen, dass Parteimitglieder sich von einer Parteimitgliedschaft auf eine Unterstützermigliedschaft zurückstufen lassen können.

5

Wer Parteimitglied war, muss danach Unterstützer*in werden können!

Ablehnung

O25

Ortsverein Versmold (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Evaluierung des Koalitionsvertrages durch Parteitag

1. Die zur Mitte der Legislaturperiode vorzunehmende Bestandsaufnahme des Koalitionsvertrages sowie dessen Umsetzung sind den Delegierten des Parteitages mit einem 14tägigen Vorlauf in schriftlicher Form darzulegen.

5

2. Über diesen Bericht erfolgt am Bundesparteitag eine Aussprache.

10

3. Die Delegierten des Bundesparteitages entscheiden darüber, ob der bisherige Erfolg zu einer Weiterführung der Koalition berechtigt, oder der Koalitionsvertrag aufgekündigt werden muss.

15

4. Das Votum des Bundesparteitages in dieser Frage ist bindend.

Evaluierung des Koalitionsvertrages durch Parteitag

Annahme in der Fassung der Antragskommission:

Der ordentliche Parteitag 2019 wird zur Halbzeit der Wahlperiode eine Bilanz der bisherigen Regierungsarbeit sowie der Erneuerung der SPD ziehen und eine Entscheidung für den weiteren Fortgang treffen.

O26

Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)

Evaluierung der Zusammenarbeit mit der Union auf dem Bundesparteitag

Die SPD verpflichtet sich, die im Koalitionsvertrag vorgesehene Diskussion

Evaluierung der Zusammenarbeit mit der Union auf dem Bundesparteitag

Erledigt durch Annahme von O25 in der Fassung der Antragskommission

5 über die Zusammenarbeit mit der Union in einer Großen Koalition nach zwei Jahren unter anderem im Rahmen eines Bundesparteitages durchzuführen.

10 Beim Mitgliedervotum der SPD zur Entscheidung über den Eintritt in eine Große Koalition spielte das Misstrauen gegenüber der Union bei vielen Mitgliedern eine große Rolle. Die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Evaluierung der Zusammenarbeit zur Mitte der
15 Legislaturperiode veranlasste jedoch viele Genoss*innen dazu, einer Großen Koalition zuzustimmen, da gerade dieser Paragraph als Sicherheit gesehen wird, im Falle erneuter Alleingänge oder Blockaden seitens der Union, gegebenenfalls die Zusammenarbeit mit der Union in dieser Koalition beenden zu können. Da es hier, nicht weniger als beim Mitgliedervotum zur Großen Koalition selbst, um die Zukunft der SPD geht, lehnen wir es ab, dass einzelne Gremien über die weitere Zusammenarbeit mit der Union beraten. Folglich möchten wir die Evaluierung unter anderem in die Hand des Bundesparteitages legen und fordern zur Mitte der
20 Legislaturperiode dort eine Debatte über die weitere Zusammenarbeit mit der Union in der Großen Koalition.

O27

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Erste Schritte zur Erneuerung - Arbeitswelt in der Parteiarbeit stärker verankern!

5 1) Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Bundesparteitag im Einvernehmen mit der AfA ein Konzept vorzulegen, das auf allen Gliederungsebenen eine Repräsentanz von Vertreterinnen und Vertretern der organisierten Arbeitnehmerschaft ermöglicht bzw. gewährleistet.

10 2) Der Parteivorstand legt dem nächsten Bundesparteitag eine Änderung des Organisationsstatutes vor, die vorsieht, dass dem Parteivorstand künftig zwei VertreterInnen der organisierten Arbeitnehmerschaft angehören. Das Vorschlagsrecht dafür liegt bei der
15 Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen.

Erste Schritte zur Erneuerung - Arbeitswelt in der Parteiarbeit stärker verankern!

Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 20 3) Der Parteivorstand bündelt sämtliche hauptamtlichen Aktivitäten der Bundesebene im Bereich der Arbeitnehmerpolitik in einer Organisationseinheit. Die Leitung und Besetzung dieses Referates wird analog der Regelung bei den Jungsozialisten auf Vorschlag der AfA gewählt.

O28

Ortsverein Neuss-Rosellen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

- | | | |
|----|---|--|
| 5 | <p>Außenwirkung der SPD
Die Außenwirkung der SPD ist in den letzten Jahren nicht sehr professionell gestaltet gewesen. Die erfolgreiche Regierungsarbeit der SPD wurde den Wählern nur unzureichend deutlich gemacht und vermittelt. Daher soll beim Bundesvorstand eine Stabsstelle „Öffentlichkeitsarbeit und Parteimarketing“ eingerichtet und mit einem Fachmann/einer Fachfrau, der/die über eine einschlägige professionelle Ausbildung verfügt, besetzt werden, damit der schlechte Auftritt der SPD der letzten Jahre nicht wiederholt wird.</p> | <p>Außenwirkung der SPD
Überweisung an SPD-Parteivorstand</p> |
| 10 | <p>10</p> | |
| 15 | <p>15</p> <p>Außerdem soll durch diese Stelle die erfolgreiche Arbeit der SPD in der Regierung deutlich herausgearbeitet und veröffentlicht werden.</p> | |

O29

Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

- | | | |
|----|--|---|
| 5 | <p>Europahymne auf dem Bundesparteitag
Auf Bundesparteitagen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands soll künftig die Europahymne gespielt werden. Unsere Partei steht für ein starkes Europa und fordert die Vereinten Staaten von Europa. Viele Genossen*innen kritisieren, dass wir im Bundestagswahlkampf 2017 Europa zu wenig thematisiert haben. Um ein weiteres Zeichen für Europa zu setzen, soll künftig die Europahymne auf dem Parteitag gespielt werden.</p> | <p>Europahymne auf dem Bundesparteitag
Überweisung an SPD-Parteivorstand</p> |
| 10 | <p>10</p> | |

O30

03/06 Alt-Pankow (Landesverband Berlin)

Einführung gleichberechtigte Leitung Doppelspitze auf Ortsvereinsebene	Einführung gleichberechtigte Leitung Doppelspitze auf Ortsvereinsebene
---	---

Das Organisationsstatut wird wie folgt geändert: Einfügen eines neuen § 11 Abs. 6 mit folgendem Wortlaut:

Erledigt durch Beschlusslage o. BPT 2017 "Die #SPDerneuern. Unser Weg nach vorn."

- 5 Die Ortsvereine der SPD können statt des bestehenden Vorstandsmodells mit einer/einem Vorsitzenden eine geschlechterparitätische Doppelspitze aus zwei Vorsitzenden wählen. Die Ortsvereine entscheiden vor Eintritt in die Vorstandswahl über das von ihnen gewählte Vorstandsmodell.

- 15 Die **Wahlordnung** wird wie folgt geändert: § 6 (Getrennte Wahlgänge) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
a) der oder die Vorsitzende bzw. die Vorsitzenden im Falle einer Doppelspitze im Ortsverein

O31

Ortsverein Versmold (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Halberstadt (Landesverband Sachsen-Anhalt)

Trennung Amt und Mandat

Das Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Fassung vom 09.12.2017 wird wie folgt ergänzen:

Trennung Amt und Mandat

Ablehnung

- 5 § 23 Parteivorstand
Abs.(10) Sonderregelung für den Parteivorsitzende
a.) Der Parteivorsitzende darf weder Mitglieder der Bundesregierung noch einer Landesregierung sein, noch ein Mandat auf Bundes- oder Landesebene begleiten.
b.) Wird eine in §23 Abs. 10 Satz a) bezeichnete Person zum Bundesvorsitzenden gewählt, so hat diese in einer Übergangsfrist von 3 Monaten ein solches Amt oder Mandat niederzulegen.
c.) Der Parteivorsitzende muss von ihm/Ihr ausgeübte bezahlte und unbezahlte Tätigkeiten in Aufsichtsräten, Verbänden und Vereinen oder von ihm/ihr abgeschlossene Beraterverträge offenlegen.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

25 d.) Der Parteivorsitzende erhält zur Wahrung der finanziellen Unabhängigkeit für seine Tätigkeit eine angemessene Aufwandsentschädigung.

O32

06/02 Südende (Landesverband Berlin)

Beschränkung der Amts- und Mandatsträger im Bundesvorstand

Das Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Fassung vom 09.12.2017 wird wie folgt ergänzt:

5

§ 23 Parteivorstand (wird um folgenden Absatz ergänzt);

Abs. (11) Beschränkung der Amts- und Mandatsträger im Bundesvorstandes

10

1.) Die Anzahl der Mitglieder des Parteivorstandes, die ein Amt- oder Mandat auf Bundesebene begleiten, wird auf 2/5 der Gesamtzahl der Parteivorstandsmitglieder beschränkt. Hierbei ist die Quotierung gemäß §11 Abs. 2 bzw. §23 Abs. 4 Buchstabe f) einzuhalten.

15

2.) Die Anzahl der Mitglieder des Parteivorstandes, die ein Amt- oder Mandat auf Landesebene bekleiden, wird auf 2/5 der Gesamtzahl der Parteivorstandsmitglieder beschränkt. Hierbei ist die Quotierung gemäß §11 Abs. 2 bzw. §23 Abs. 4 Buchstabe f) einzuhalten.

20

Beschränkung der Amts- und Mandatsträger im Bundesvorstand

Ablehnung

O33

Ortsverein Versmold (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Wegfall des Stimmrechts des Parteivorstandes auf Parteitag

Der § 15 des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Fassung vom 9. Dezember 2017 wird wie folgt ergänzt:

5

[...]

(3) Sofern die Mitglieder des Parteivorstandes nicht als Delegierte im Sinne von § 15, Absatz 1 am Parteitag teilnehmen, sind sie nicht stimmberechtigt.

Wegfall des Stimmrechts des Parteivorstandes auf Parteitag

Erledigt durch Beschlusslage o. BPT 2017 "Die #SPDerneuern. Unser Weg nach vorn."

O34*03/06 Alt-Pankow (Landesverband Berlin)*

	Trennung von Amt/ Mandat und Parteifunktionen auf Bundesparteitag der SPD	Trennung von Amt/ Mandat und Parteifunktionen auf Bundesparteitag der SPD
	Der Parteivorstand wird aufgefordert, dem nächsten Parteitag einen statutenändernden Antrag vorzulegen, der eine Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktionen auf Bundesparteitag vorsieht. Der Antrag soll regeln, dass Mitglieder der Landesparlamente, des Bundestages, des Europaparlaments, hohe kommunale Wahlbeamte sowie Mitglieder der Landesregierungen, der Bundesregierung und Staatssekretäre auf Bundes- und Landesebene nicht mehr Delegierte mit Stimmrecht für den Bundesparteitag sein können. Im Gegenzug ist § 15 Abs. 2 des Organisationsstatuts so zu ändern, dass Personen aus allen hier benannten Gruppen in angemessener Weise mit beratender Stimme am Willensbildungsprozess auf dem Parteitag beteiligt werden. Für den Parteikonvent soll analog ein Antrag mit gleicher Zielstellung vorgelegt werden.	Ablehnung
5		
10		
15		
20		

O35*Ortsverein Oebisfelde-Weferlingen / Kreisverband Börde (Landesverband Sachsen-Anhalt)*

	Parteivorsitz und Fraktionsvorsitz nicht in Personalunion	Parteivorsitz und Fraktionsvorsitz nicht in Personalunion
	Für die aktuelle Legislaturperiode 2017–2021 des Bundestages werden die Positionen der/ des Parteivorsitzenden der SPD und der/ des Fraktionsvorsitzenden der SPD Bundestagsfraktion mit zwei unterschiedlichen Personen besetzt.	Ablehnung
5		

O36*Unterbezirk Bremen-Nord (Landesorganisation Bremen)*

	Auch bei der Bundespartei – Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz	Auch bei der Bundespartei – Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz
	Auf Bundesebene soll der SPD-Parteivorsitz von einer anderen Person wahrgenommen werden als der Vorsitz der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.	Ablehnung

O37*Unterbezirk Hildesheim (Bezirk Hannover)***Trennung Parteivorsitz / Vorsitz
Bundestagsfraktion**

Der Parteitag des SPD-Unterbezirks Hildesheim spricht sich für eine Trennung des SPD-Parteivorsitzes vom Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion aus.

**Trennung Parteivorsitz / Vorsitz
Bundestagsfraktion**

Ablehnung

O38*Ortsverband Calden (Bezirk Hessen-Nord)***Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz auf
Bundesebene**

Die Delegierten des außerordentlichen Bundesparteitags am 22. April 2018 in Wiesbaden werden aufgefordert vor der Wahl zum Parteivorsitz festzulegen, dass in der Phase des Erneuerungsprozesses der SPD die Ämter der/des Parteivorsitzenden und der/des Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktion zu trennen sind.

5

**Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz auf
Bundesebene**

Ablehnung

O39*Ortsverein Hannover Bothfeld (Bezirk Hannover)***Trennung von Ämtern**

Der SPD-Ortsverein Hannover-Bothfeld spricht sich in der jetzigen Situation bei der anstehenden Neuwahl des / der Parteivorsitzenden für eine konsequente Trennung von Ämtern in der Bundesregierung sowie im engeren Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion und dem Amt des / der neu zu wählenden Bundesvorsitzenden der SPD aus. Kein Mitglied der neuen Bundesregierung und kein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Bundestagsfraktion sollte daher zum/zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt werden.

5

10

Trennung von Ämtern

Ablehnung

O40*Ortsverein Bonn-Beuel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz
Der Parteivorsitz und der Fraktionsvorsitz sollen wegen Interessenkonflikt zwischen Erneuerung der Partei auf der einen Seite und

Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz
Ablehnung

- 5 Bindung an Koalitionsvertrag auf der anderen Seite zum jetzigen Zeitpunkt getrennt bleiben.

Sozialpolitik (S)

S1

Landesverband Berlin

Zwangspoolung abschaffen – Selbstbestimmung garantieren!

- 5 • Die Eingliederungshilfen sollen individuell genehmigt werden, um eine tatsächliche (soziale) Teilhabe eines jeden Individuums nach den individuellen Ansprüchen und Vorlieben zu ermöglichen. Das bedeutet gleichzeitig ein Verzicht auf „Zwangspoolung“
- 10 • Die Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen sollen an erster Stelle stehen und sie sollen nicht aufgrund von Kosten zurückgestellt werden dürfen. Der Sparzwang darf die Lebensqualität der Betroffenen keinesfalls einschränken und muss deswegen aufhören. Eine transparente Beurteilung der Leistungen anhand von Kriterien, die gemeinsam mit den Betroffenen erstellt werden, halten wir für maßgeblich, um das Recht auf Selbstbestimmung und eine gleichwertige Lebensqualität wirklich erreichen zu können.
- 15 • Die nach dem (korrigierten) Bundesteilhabegesetz festgelegten Rechte auf Leistungen müssen transparent und übersichtlich gemacht werden. Allen Betroffenen muss eindeutig klar werden können, wem welche Leistungen zustehen und wie sie sie beziehen können. Damit kann der Willkür oder Fehlern der Ämter vorgebeugt werden.
- 20
- 25
- 30

35 Das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen, kurz Bundesteilhabegesetz, das am 23. Dezember 2016 im Bundestag beschlossen wurde und am 25. Juli 2017 in Kraft getreten ist, verspricht Menschen mit Behinderung eine vermeintlich selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft.

40 Laut UN-Behindertenrechtskonvention ist eine Verbesserung der sozialen Teilhabe behinderter Menschen in Deutschland längst überfällig.

45

Zwangspoolung abschaffen – Selbstbestimmung garantieren!

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) ist in der jetzigen, beschlossenen Form aber unzulänglich beziehungsweise fehlerhaft. Das

50 Bundesteilhabegesetz sieht als Eingliederungshilfen Maßnahmen vor, die dem Artikel 19 der UN-Behindertenkonvention widersprechen. Gegen das dort formulierte Menschenrecht

55 auf „selbstbestimmtes Leben und Einbeziehung in die Gemeinschaft“ sprechen das sogenannte „Poolen von Leistungen“ und die damit verbundene Bevormundung durch Behörden.

60 Leistungen zur Eingliederung werden nicht mehr individuell, sondern für mehrere Betroffene gemeinsam bewilligt, wenn die gemeinsame Leistung laut §116 des BTHG „für die Leistungsberechtigten zumutbar ist und

65 mit Leistungserbringern entsprechende Vereinbarungen bestehen.“ Hier droht eine Abhängigkeit von den Behörden und den Leistungsträger*innen, die zur „Zwangspoolung“ führen kann. Individuelle

70 Transporte zu Freizeitaktivitäten werden nicht mehr möglich, Assistenzen müssen geteilt werden oder ein Leben in einer Wohngemeinschaft wird zwangsweise vorgeschrieben. Wollen beispielsweise

75 mehrere Menschen aus einer Region unabhängig voneinander in eine größere Stadt gebracht werden, so werden diese nun gebündelt an einem Termin transportiert, um Kosten zu sparen. Auf die individuellen

80 Termine und Bedürfnisse der Einzelnen* wird dabei keine Rücksicht genommen. Die „Zwangspoolung“ widerspricht daher dem Recht auf Selbstbestimmung.

85 Grundsätzlich sind die Hilfsleistungen nur vermeintlich den individuellen Ansprüchen der Betroffenen angepasst. Im Bundesteilhabegesetz formuliert §104 II

90 allerdings explizit, dass den Wünschen der Leistungsberechtigten nur dann zu entsprechen sind, wenn sie als angemessen bewertet werden. Die Angemessenheit richtet sich aber nur nach den Kosten. Werden die

95 Kosten für eine gewünschte Leistung als „unverhältnismäßig“ angesehen, müssen sich die Betroffenen mit „vergleichbaren Leistungen“ zufrieden geben. Was eine solche vergleichbare Leistung ist, beschließen die

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 100 Leistungserbringer*innen.
 Leistungserbringer*innen sind Einrichtungen oder Dienstleister*innen, die von den verschiedenen Leistungsträger*innenschaften (Krankenkasse, Sozialamt, etc.) mit gewissen Eingliederungshilfen beauftragt wurden.
- 105 Hierin äußert sich ein zugrundeliegender Sparzwang, der den individuellen Ansprüchen der Betroffenen übergeordnet ist.
- 110 Das Bundesteilhabegesetz soll deswegen korrigiert und zu einem Gesetz der wirklichen Teilhabe und der tatsächlichen Selbstbestimmung gemacht werden. Nur ohne zwanghafte Auflagen, die die Betroffenen letztlich pauschalisieren und
- 115 individuelle Bedürfnisse missachten, und ohne Bevormundung durch Ämter und Leistungsträger*innenschaften kann das Gesetz die Selbstbestimmung garantieren.

52

Ortsverein Leverkusen-Opladen/Berg.Neukirchen / Unterbezirk Leverkusen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

- | | | |
|--|--|---|
| <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> | <p>Anpassung des Regelsatzes für Kinder im ALG II
 Die Leistungen des Arbeitslosengeldes II, klassisch auch als Hartz IV bezeichnet, stehen seit der Agenda 2010 immer wieder in der öffentlichen Debatte. Aktuell durch die Äußerungen des neuen Bundesgesundheitsministers Jens Spahn. Aber auch die Äußerungen zur „spätromischen Dekadenz“ und zum „Konjunkturprogramm für die Alkohol- und Tabakindustrie“ aus der Vergangenheit zeigen die Sicht von CDU- und FDP-Politikern auf das soziokulturelle Existenzminium unserer Gesellschaft.</p> <p>Die Regelsätze des ALG II entsprechen dem soziokulturellen Existenzminimum unserer Gesellschaft und sichern dieses den Leistungsbeziehern. So steht es jedenfalls im Gesetz. Doch was heißt dieses Minium eigentlich? Wollen wir dieses Minimum?</p> <p>Die Höhe der Regelsätze werden jedes Jahr auf Grundlage der bundesdurchschnittlichen Preisentwicklung für regelbedarfsrelevante Güter und Dienstleistungen sowie der durchschnittlichen Entwicklung der Nettolöhne berechnet. Das heißt 145,04 € für</p> | <p>Anpassung des Regelsatzes für Kinder im ALG II
 Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDERNEUERN</p> |
|--|--|---|

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

30 Nahrungsmittel, 39,91 € für Freizeit und Kultur, 34,66 € für Mobilität, 15,80 € für Gesundheitspflege und 1,06 € für Bildung. Die tatsächlichen Kosten für ein Leben in der Mitte der Gesellschaft kann jeder einmal mit seinen durchschnittlichen Ausgaben vergleichen.

35 Es ist beschämend, dass die Regelsätze für Kinder und Jugendliche deutlich unter dem allgemeinen Regelsatz von 416 € liegen. Kinder und Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren erhalten lediglich 316 €, Kinder zwischen 6 und 13 Jahren 296 € und Kinder unter 6 Jahren nur 240 €.

40 Die Berichte zur Kinderarmut in Deutschland zeigen, dass besonders Kinder von Beziehern von Arbeitslosengeld II von Armut betroffen sind. Kinder von Alleinerziehenden im ALG II-Bezug leiden sogar noch stärker. Eine wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist nicht möglich. Vielleicht aber auch gar nicht gewünscht?

45 Wollen wir dies als SPD noch länger so hinnehmen? Wir sagen nein!

50 Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche bis 17 Jahren sind daher unverzüglich an den allgemeinen Regelsatz anzupassen. Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion müssen in der neuen Regierung für diese Forderung eintreten und sie mit allen Mitteln durchsetzen.

53

Ortsverein Uehlfeld (Landesverband Bayern)

5 **Alle Einkünfte zu Berechnung der Rentenversicherungsbeiträge heranziehen**
Ab dem Einkommensteuer-Veranlagungsjahr 2020 müssen alle Einkunftsarten im Sinne des Einkommensteuergesetzes zur Berechnung der Rentenversicherungsbeiträge zugrunde gelegt und die Beitragsbemessungsgrenze mindestens um die Hälfte erhöht werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert bis zum 31.07.2019 ein Überleitungssystem für Beamtenverhältnisse zu erarbeiten und dem Bundestag zur Beratung und Abstimmung mit dem Bundesrat vorzulegen.

Alle Einkünfte zu Berechnung der Rentenversicherungsbeiträge heranziehen
Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand

S4

Unterbezirk Bielefeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

	Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen	Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen
	Als Einstieg in die solidarische	Überweisung an SPD-Parteivorstand zur
	Bürgerversicherung fordern die Abschaffung	Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess
	der Beitragsbemessungsgrenzen und	#SPDerneuern
5	Versicherungspflichtgrenzen bei den	
	Beiträgen zur Kranken-, Pflege-, Renten- und	
	Arbeitslosenversicherung. So wollen wir zu	
	einer allgemeinen Sozialversicherungspflicht	
	für ein Einkommen aus nicht-selbständiger	
10	Arbeit kommen. Um das	
	Sozialversicherungssystem vor zu großen	
	Auszahlungen, die die Folge dieser	
	Maßnahme wären, zu schützen, darf bei der	
	Auszahlung von Renten-, Arbeitslosen- und	
15	Pflegeversicherung ein festzulegender	
	Maximalsatz nicht überschritten werden. Die	
	Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung	
	werden progressiv gestaffelt, um kleine und	
	mittlere Einkommen zu entlasten.	

Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik (StW)

StW1

Ortsverein Steinbergkirche (Landesverband Schleswig-Holstein)

	Steuerbefreiung für Aufwandsentschädigungen	Steuerbefreiung für Aufwandsentschädigungen
	Das Steuerrecht ist dahingehend zu ändern, dass Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige gänzlich von der Besteuerung befreit sind, um der schwindenden Bereitschaft in der Bürgerschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren zu begegnen.	Ablehnung
5		
	Aus den gleichen Grund sind Aufwandsentschädigungen nicht auf Sozialleistungen wie Hartz IV und Grundeinkommen, Wohngeld etc. anzurechnen.	
10		

StW2

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten

	Sozialdemokratische Handschrift in der Finanz- und Haushaltspolitik durchsetzen. Abkehr von der schwarzen Null!	Sozialdemokratische Handschrift in der Finanz- und Haushaltspolitik durchsetzen. Abkehr von der schwarzen Null!
	Marode Schulen, gesperrte Brücken, fehlende Wohnungen, geschlossene Bäder und Bibliotheken prägen vielerorts den Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Diese Missstände sind die konkret erfahrbaren Folgen einer Politik, die den Staat im Namen der schwarzen Null in Geiselhaft hält. Mit fatalen Auswirkungen: Unsere Gesellschaft steht nicht nur vor einer ungeheuren Investitions- und Modernitätslücke, sondern auch vor einer klaffenden Gerechtigkeitslücke. Wenn Staatsausgaben als „verschwenderisch“ zusammengestrichen werden, dann sind es nämlich nicht die an der Spitze der Einkommensverteilung, die ihren Gürtel enger schnallen müssen, sondern jene, die auf staatliche Angebote und Unterstützungsleistungen angewiesen sind.	Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern
5		
	Es ist unsere Aufgabe, aufzuzeigen, dass das von Konservativen und Marktradikalen formulierte Ziel der Herstellung von Generationengerechtigkeit durch die Konsolidierung der Staatsfinanzen fadenscheinig ist. Denn Austeritätspolitik dient vor allem neoliberalen	
10		
15		
20		
25		

Verteilungsinteressen und wirkt ganz im Sinne des Glaubenssatzes „Privat vor Staat“. Kommenden Generationen vererben wir allerdings nicht nur Kontostände, sondern auch die infrastrukturellen und staatlichen Rahmenbedingungen für ein gutes Leben in Freiheit und Gerechtigkeit. Wir fühlen uns deshalb der Aufgabe verpflichtet, im Sinne einer übergreifenden Generationensolidarität, die Grundlagen für die Zukunft kommender Generationen zu erhalten und ggf. erneut zu schaffen. Wir wollen der wirtschaftspolitischen Erzählung des Neoliberalismus unsere Vorstellungen eines handlungsfähigen, vorsorgenden Staates entgegensetzen und diesen durch eine fortschrittliche Steuerpolitik in die Lage versetzen, Investitionen in Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Bildung zu tätigen. Die schwarze Null ist dabei weder finanzpolitisches Programm noch ein eigenständiges Ziel. Sozialdemokratisches Regierungshandeln nehmen wir deshalb in die Pflicht, schon heute auf diesem Feld tätig zu werden und die Abkehr von der christdemokratischen Finanz- und Haushaltspolitik der letzten Jahre einzuleiten. Am Ende der Regierungszusammenarbeit mit der Union muss deutlich erkennbar sein, dass der Finanzminister kein schwarzes, sondern ein rotes Parteibuch hat. Eine Fortsetzung der alten Politik in neuen Gewändern werden uns die Wählerinnen und Wähler nicht mehr verzeihen.

StW3

Ortsverein Hannover Oststadt-Zoo (Bezirk Hannover)

5	<p>Wiederbelebung der Vermögensteuer Aus Gerechtigkeitsgründen und zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wird die Vermögensteuer nach dem Vermögensteuergesetz (VStG) wiederbelebt. Vermögen oberhalb eines <u>Freibetrages von 1 Million €</u> wird wieder mit 1 % pro Jahr besteuert werden. Grundlage der Berechnung der Steuer sind die Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht in seinem</p>	<p>Wiederbelebung der Vermögensteuer Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand</p>
10	<p>Beschluss vom 22.06.1995 (2 BvL 37/91) aufgestellt hat.</p>	

Umwelt-, Energie-, Verbraucherschutzpolitik (U)

U1

Ortsverein Schnelsen (Landesorganisation Hamburg)

	Sozialverträglichen festschreiben	Kohleausstieg	Sozialverträglichen festschreiben	Kohleausstieg
5	(1) Die SPD setzt sich in der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages dafür ein und wird in einer möglichen nächsten Bundesregierung mit SPD-Beteiligung dafür sorgen, daß in Deutschland bis 2019 ein verbindlicher, gesetzlich verankerter, sozialverträglicher Ausstiegsfahrplan aus der Energiegewinnung aus Braunkohle und Steinkohle für das kommende Jahrzehnt erstellt wird, der den betroffenen Regionen, Gemeinden, Arbeitnehmern und Unternehmen eine verlässliche Planungsgrundlage für den schrittweisen Ausstieg garantiert.		erledigt durch Koalitionsvertrag "Kommission Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung" zu 1	
10				
15	(2) Die SPD setzt sich in der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages und in einer möglichen nächsten Bundesregierung mit SPD-Beteiligung dafür ein, daß der bestehende "Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung" (EGF), der bislang ehemalige Arbeitnehmer bei der Arbeitsplatzsuche und Umschulungen sowie bei Wegen in die Selbstständigkeit unterstützt, wenn ihr Betrieb in Folge der Globalisierung geschlossen wurde, durch eine relativ kleine Änderung im laufenden Haushaltsplan der EU (2014-2020) auch auf Kohleregionen ausgeweitet wird.		Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion: zu 2 und 3	
20				
25				
30	(3) Die SPD unterstützt den von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vorgestellten Sozialplan-Finanzierungsvorschlag für die Umsetzung des deutschen Kohlekonsenses in der kommenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. ver.di schlägt vor, die Sozialplankosten über die Einnahmen aus den Auktionen der CO2-Zertifikate (ETS-Zertifikate) gegenzufinanzieren.			
35				

U2

Landesverband Schleswig-Holstein

Energiewende beschleunigen

Die SPD Fraktionen im Bund, im Land Schleswig-Holstein und im Europäischen Parlament werden aufgefordert, die eingeleitete Energiewende weg von fossilen Energieträgern (Kohle, Öl und Gas) hin zu regenerativen Energiequellen konsequent und beschleunigt fortzuführen. Die SPD muss auch in der Opposition einen entschlossenen Beitrag zur Drosselung des Klimawandels leisten und dafür auch neue Instrumente entwickeln, um das nationale Klimaschutzziel von minus 40 % CO₂ bis 2020 zu erreichen.

Die einzelnen notwendigen Maßnahmen:

1. Wir brauchen einen diskriminierungsfreien Energiemarkt für Erneuerbare Energien und diese systemisch einbeziehende Technologien. Dementsprechend wird der bisher geltende Vorrang Erneuerbarer Energien auf die Systemintegration Erneuerbarer Energien ausgeweitet.
2. Eine wirksame Nutzungserleichterung Erneuerbarer Energien für Hauseigentümer und Mieter schaffen.
3. Regulatorische Hürden und ökonomische Hemmnisse zur Speichernutzung müssen abgebaut werden. Mit Klima- und Ressourcenschutzmaßnahmen sowie einem mit diesen einhergehend wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien steigt im Energiegewinnungs- und Versorgungssystem auch der Bedarf an Flexibilität und Energiespeichern, zumal mit Blick auf Synergie-Optionen zwischen den Sektoren Strom, Wärme und Mobilität.
4. Eine Dynamisierung von Netzentgelten einführen: Sie bedürfen einer solidarischen Finanzierung. Zugleich soll es belohnt werden, wenn Netzentlastungen geleistet werden.
5. Für eine Mobilitätswende müssen die Kombinationen der Bereiche des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Individualverkehrs angereizt werden, auch unter Nutzung der Digitalisierung.
6. Erneuerbaren Energien müssen beschleunigt ausgebaut werden, um möglichst bald die vollständige Ablösung

Energiewende beschleunigen

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 50 fossiler Energieträger im Strom-, Wärme-, und Verkehrssektor zu erreichen. Ausbaubeschränkungen für Erneuerbare Energien werden aufgehoben, da sie den Handlungserfordernissen aus
- 55 bestehenden Klima und Ressourcenschutzverpflichtungen widersprechen und sich als Hemmnis für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowohl mit Blick auf hieverloren gehende
- 60 Arbeitskräfte als auch abwanderndes Knowhow erweisen.
7. Restriktionen zur sektorübergreifenden Verwendung von Strom aus Erneuerbaren Energien sind aufzuheben, da sie einer
- 65 ihrer effektiven Nutzung widersprechen.
8. Zur Senkung von Strompreisen und zur Weitergabe kontinuierlicher Kostensenkungen Erneuerbarer Energien an Stromkunden wird die EEG-Umlage steuerfinanziert, soweit sie auf der
- 70 Umlagebefreiung energieintensiver Industrien beruht.
9. Emissionen und Schadstoffe müssen im Energiepreis in Form einer
- 75 Schadstoffbepreisung einbezogen werden. Die Reduktion von hochgradig klimaschädlicher Kohleverstromung in einem ergänzenden Umfang von 90 Mio. t CO₂ bis 2020 durch das Abschalten
- 80 besonders emissionsintensiver Kraftwerke sowie von Volllaststunden in weiteren Kraftwerken.

U3

Landesverband Schleswig-Holstein

- | | | |
|---|--|---|
| 5 | <p>Richtungswechsel zu einer nachhaltigen Agrarpolitik
SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion und die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament werden aufgefordert, in den nächsten Jahren konsequent für einen Richtungswechsel hin zu einer nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland und in Europa einzutreten, die ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch rentabel ist.</p> | <p>Richtungswechsel zu einer nachhaltigen Agrarpolitik
Annahme</p> |
|---|--|---|

Verkehrspolitik (V)**V1***OB Pfungstadt (Bezirk Hessen-Süd)***Normgerechte Batterien für Elektrofahrzeuge**

Der Bundestag möge beschließen, dass sich die SPD-Bundestagsfraktion für den Betrieb von Elektrofahrzeugen einsetzt und darauf hinwirkt, dass Fahrzeughersteller gesetzlich verpflichtet werden, normgerechte Batterien in die Elektrofahrzeuge einzubauen.

5

Normgerechte Batterien für Elektrofahrzeuge

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

V2*Ortsverein Gifhorn (Bezirk Braunschweig)***Vermeidung von langen Bauzeiten auf Straßenbaustellen**

Der Ortsverein Gifhorn fordert die SPD Fraktion sowie die Kabinettsmitglieder im Bund und Land auf alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Dauer von Straßenbauarbeiten an Bundesautobahnen und Bundesstraßen (das gilt auch für andere Baumaßnahmen wie z.B. Schienen- und Wasserverkehr, öffentliche Bauten) erheblich zu verkürzen. Es sind unter anderem folgende Maßnahmen umsetzen:

5

10

- Planungsarbeiten analog einer industriellen Fertigung
- Schichtarbeit, flexible Arbeitszeiten und Zeitbanking
- Fertigung von Bauteilen im Vorfeld, so dass diese auf der Baustelle zeitnah und zügig fertiggestellt werden können
- Umsetzen von Logistikkonzepten zur Vermeidung von Leerlaufzeiten auf der Baustelle nach der Methode „just in time“
- Optimieren der volkswirtschaftlichen Gesamtbilanz incl. der ökologischen Aspekte

15

20

25

Mit diesen und möglichen nicht genannten weiteren Maßnahmen können die Verkehrsbehinderungen durch Baustellen erheblich gemindert werden. Damit wird auch der volkswirtschaftliche Schaden reduziert.

30

Wie viel genau, ist schwierig zu beziffern. Schätzungen verschiedener Studien ergeben in Deutschland Kosten zwischen 10 Milliarden und knapp 120 Milliarden Euro pro Jahr, die

- 35 durch allgemeine Staus verursacht werden.
Mit der Umsetzung dieser Maßnahme wird ein Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger erfüllt, zumal in Nachbarländern dieses bereits umgesetzt ist.

I. Gültige Wahlvorschläge zum Parteivorstand

Wahlvorschlag 1

Der a.o. Bundesparteitag möge
Andrea Nahles
als Vorsitzende
in den Parteivorstand wählen.

Parteivorstand

Wahlvorschlag 2

Der a.o. Bundesparteitag möge
Simone Lange
als Vorsitzende
in den Parteivorstand wählen.

Ortsverein Kiel Süd-West (Schleswig-Holstein)
Ortsverein Dannewerk (Schleswig-Holstein)
Ortsverein Flensburg-Adelby-Engelsby (Schleswig-Holstein)
Ortsverein Flensburg-Nord (Schleswig-Holstein)
Ortsverein Kiel-Holtenau (Schleswig-Holstein)
Ortsverein Busdorf (Schleswig-Holstein)
Ortsverein Kieler Mitte (Schleswig-Holstein)
Ortsverein Pellworm (Schleswig-Holstein)
Ortsverein Henstedt-Ulzburg (Schleswig-Holstein)
Ortsverein Glücksburg (Schleswig-Holstein)
Ortsverein Gelting (Schleswig-Holstein)
Ortsverein Marli (Schleswig-Holstein)
Ortsverein Steinbergkirche (Schleswig-Holstein)
Ortsverein Molfsee (Schleswig-Holstein)

Ortsverein Selmsdorf (Mecklenburg-Vorpommern)
Ortsverein Parchim (Mecklenburg-Vorpommern)
Ortsverein Stadt Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern)
Ortsverein Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern)

Ortsverein Hannover-Mitte (Niedersachsen)
Ortsverein Nienburg (Niedersachsen)
Ortsverein Stadland (Niedersachsen)
Ortsverein Lilienthal (Niedersachsen)
Ortsverein Emden Nord-West (Niedersachsen)

Ortsverein Velten (Brandenburg)

Abteilung 01/17 Brunnenviertel (Berlin)
Abteilung 09/13 Adlershof (Berlin)
Abteilung 02/12 Petersburger Kiez (Berlin)
Abteilung 11/06 Karlshorst/Friedrichsfelde Süd (Berlin)

Ortsverein Stadtfeld (Sachsen-Anhalt)

Ortsverein Köthen (Sachsen-Anhalt)

Ortsverein Radeburg-Moritzburg (Sachsen)

Ortsverein Erkrath-Hochdahl (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Versmold (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Krefeld-Bockum (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Nachrodt-Wiblingwerde (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Hamm-Uentrop (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Olpe (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Nottuln (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Ochtrup (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Köln-Porz-Eil, Finkenberg/Gremberghoven (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Düsseldorf-Flingern (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Köln-Weidenpesch/Mauenheim (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Kerpen-Horrem/Neu-Bottenbroich (Nordrhein-Westfalen)

Stadtverband Kerpen (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Rösrath (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Aachen-West (Nordrhein-Westfalen)

Ortsverein Bad Zwesten-Oberurff-Schiffelborn (Hessen)

Ortsverein Niederdorfelden (Hessen)

Ortsverein Pfungstadt (Hessen)

Ortsverein Selters (Hessen)

Ortsverein Sonneberg (Thüringen)

Ortsverein Kirchberg (Rheinland-Pfalz)

Ortsverein Mainz-Laubenheim (Rheinland-Pfalz)

Ortsverein Freiburg-Betzenhausen-Bischofslinde (Baden-Württemberg)

Ortsverein Filderstadt (Baden-Württemberg)

Ortsverein Schwandorf (Bayern)

Ortsverein Aschaffenburg Nilkheim (Bayern)

Ortsverein Aschaffenburg Stadtmitte (Bayern)

Ortsverein Nürnberg-Gibitzenhof-Steinbühl (Bayern)

Ortsverein Kulmbach (Bayern)

II. Nicht gültige Wahlvorschläge zum Parteivorsitz

Das Personalvorschlagsrecht folgt dem Antragsrecht. **Personalvorschläge von Ortsvereinen für das Amt des/der Parteivorvorsitzenden** sind nur gültig, wenn sie von mindestens drei Ortsvereinen unterstützt werden, § 3 Abs. 6 Wahlordnung)

Der a.o. Bundesparteitag möge

Stephan Kohn

als Vorsitzenden

in den Parteivorstand wählen.

Ortsverein Olbernhau (Sachsen)